



Investition in Ihre Zukunft!

EFRE Durchführungsbericht 2008



EUROPÄISCHE UNION

Europäischer Fonds für
Regionale Entwicklung

Operationelles Programm des Landes Brandenburg für den
Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
in der Förderperiode 2007 bis 2013

Ziel „Konvergenz“

Jährlicher Durchführungsbericht 2008
gemäß Art. 67 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006

CCI: 2007DE161PO002

Inhaltsübersicht

1. Kenndaten	8
2. Übersicht über die Durchführung des Programms	9
2.1. Ergebnisse und Fortschrittsanalyse	9
2.1.1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen	9
2.1.2. Angaben über den Stand der materiellen Abwicklung des OP	20
2.1.3. Finanzielle Angaben des Operationellen Programms	21
2.1.4. Angaben über die Verwendung von Fondsmitteln	22
2.1.5. Unterstützung, aufgeschlüsselt nach Zielgruppen	23
2.1.6. Zurückgezahlte oder wiederverwendete Unterstützung	23
2.1.7. Qualitative Analyse	24
2.1.7.1. Querschnittsziele	24
2.2. Angaben zur Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht	32
2.3. Wesentliche aufgetretene Probleme und getroffene Abhilfemaßnahmen	33
2.4. Änderungen der Durchführungsbestimmungen des operationellen Programms	34
2.5. Wesentliche Änderung gemäß Artikel 57 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006	34
2.6. Komplementarität mit anderen Instrumenten	34
2.7. Vorkehrungen zur Begleitung	37
2.7.1. Verwaltungs- und Kontrollsystem	37
2.7.2. Bewährte Instrumente der Begleitung	39
2.7.3. Koordinierungsstelle EU-Förderung	40
2.7.4. Veranstaltungen	41
3. Durchführung der Schwerpunkte	42
3.1. Prioritätenachse/Schwerpunkt 1:	
Förderung betrieblicher Investitions- und Innovationsprozesse	42
3.1.1. Ergebnisse und Fortschrittsanalyse	42
a) Förderung gewerblicher Investitionen	44
b) Förderung betrieblicher FuE und technologieorientierter Unternehmen	46
c) Stärkung unternehmerischer Potentiale	48
3.1.2. Wesentliche aufgetretene Probleme und getroffene Abhilfemaßnahmen	52

3.2. Prioritätenachse/Schwerpunkt 2	
Entwicklung innovations-, technologie- und bildungsorientierter Infrastrukturen	53
3.2.1. Ergebnisse und Fortschrittsanalyse	53
a) Investitionen im Bereich Hochschulen, Forschung und Entwicklung sowie Wissenstransfer	54
b) Bildungsinfrastruktur	56
c) Informationsgesellschaft und e-government	58
3.2.2. Wesentliche aufgetretene Probleme und getroffene Abhilfemaßnahmen	58
3.3 Prioritätenachse/Schwerpunkt 3	
Wirtschaftsnahe, touristische und Verkehrsinfrastrukturen	59
3.3.1. Ergebnisse und Fortschrittsanalyse	59
a) wirtschaftsnahe Infrastruktur	60
b) Verkehrsinfrastruktur	61
c) touristische Infrastruktur	63
3.3.2. Wesentliche aufgetretene Probleme und getroffene Abhilfemaßnahmen	65
3.4. Prioritätenachse/Schwerpunkt 4	
Umwelt und städtische Entwicklung	66
3.4.1. Ergebnisse und Fortschrittsanalyse	66
a) Förderung der Umweltinfrastrukturen	67
b) Kleinräumige Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung	69
3.4.2. Wesentliche aufgetretene Probleme und getroffene Abhilfemaßnahmen	72
4. Großprojekte	73
5. Technische Hilfe	73
6. Information und Öffentlichkeitsarbeit	77

I. Anhang zu den sozioökonomischen Rahmenbedingungen in Brandenburg

Tabelle 1:	Bevölkerungsdichte
Tabelle 2:	Bevölkerungszahlen und –entwicklungen
Tabelle 3:	Bruttoinlandsprodukt nominal
Tabelle 4:	Bruttoinlandsprodukt real
Tabelle 5:	pro Kopf-Einkommen nach Bundesländern
Tabelle 6:	Veränderung des Pro Kopf-Einkommens in den Bundesländern
Tabelle 7:	Kapitalintensität und Investitionsquote
Tabelle 8:	Exportquote
Tabelle 9:	Zahl der Betriebe und ihrer Beschäftigten nach Größenklassen
Tabelle 10:	Zahl der Betriebe und ihrer Beschäftigten nach Größenklassen in den neuen Bundesländern
Tabelle 11:	Zahl der Betriebe und ihrer Beschäftigten nach Größenklassen in den alten Bundesländern
Tabelle 12:	Gewerbeanzeigen
Tabelle 13:	Erwerbstätige und Erwerbstätigenquoten
Tabelle 14:	Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen
Tabelle 15:	Arbeitslosenquoten
Tabelle 16:	Bereich Tourismus
Tabelle 17:	Daten zu EFRE-geförderten INSEK-Städten
Tabelle 18:	Kontextindikatoren Bereich Umwelt
Tabelle 19:	Feinstaubmessungen

II. Anlagen

Anlage 1:	Finanzielle Angaben für das Jahr 2008
Anlage 2:	Einteilung der Fondsinterventionen
Anlage 3:	Übersicht über die vertraglichen Beziehungen
Anlage 4:	Übersicht über die quantifizierten Ziele
Anlage 5:	Übersicht über die Hauptindikatoren
Anlage 6:	Übersicht über die Finanzdaten
<i>Karte 1:</i>	Übersicht über die Regionalen Wachstumskerne

Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Strukturwandel im Land Brandenburg
- Abbildung 2: Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Land Brandenburg, 1995-2008
- Abbildung 3: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Brandenburg
- Abbildung 4: Tabelle zur Entwicklung des Energieaufkommens im Inland
- Abbildung 5: Übersicht zur Entwicklung des Abfallaufkommens
von 2003 bis 2007 in Mg

1. Kenndaten

Operationelles Programm

Konvergenz

Brandenburg Nordost und Brandenburg Südwest

Förderperiode 2007 bis 2013

CCI - Nr. 2007DE161PO002

Operationelles Programm des Landes Brandenburg für den
Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
in der Förderperiode 2007 bis 2013

Jährlicher Durchführungsbericht

Berichtsjahr 2008

gebilligt durch den Gemeinsamen Begleitausschuss am 11. Juni 2009

2. Übersicht über die Durchführung des operationellen Programms

2.1. Ergebnisse und Fortschrittsanalyse

2.1.1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Lage und Bevölkerung

Das Land Brandenburg liegt in der Mitte der Europäischen Union. Durch die gemeinsame Grenze mit der Republik Polen kommt der Region eine besondere geostrategische Bedeutung zu.

Der Stadtstaat Berlin, der historisch Teil von Brandenburg ist, wird vollständig vom Land Brandenburg umschlossen. Zwischen beiden Bundesländern existiert eine enge sozioökonomische und wirtschaftliche Verflechtung. Die Hauptstadtregion Berlin–Brandenburg ist ein wichtiger europäischer Agglomerationsraum, der sich zunehmend als Zentrum für Wirtschaft, Forschung und Kultur etabliert.

Das Land Brandenburg umfasst ein Gesamtgebiet von 29.480 km² und ist damit flächenmäßig das fünftgrößte der deutschen Bundesländer.

Der Bevölkerungsbestand weist am Stichtag 30.04.2007 eine Höhe von rund 2,54 Mio. Einwohnern (EW) auf, darunter etwas mehr als 1,28 Mio. Frauen (50,5%). Mit ca. 86 EW pro km² hat Brandenburg nach Mecklenburg-Vorpommern die geringste Bevölkerungsdichte¹ in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei gibt es jedoch massive regionale Unterschiede und zwar sowohl – wie zu erwarten – zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen, als auch zwischen den Landkreisen. Die Bevölkerungsdichte weist hier eine Schwankungsbreite von rund 40 bis 120 EW pro km² auf.

Innerhalb des Landes Brandenburg finden sich verschiedene Raumtypen: Die Berlin nahen Regionen sind überwiegend durch städtische bzw. suburbane Strukturen geprägt. Rund 40 % der brandenburgischen Bevölkerung (1.015 Tausend Einwohner) leben im Berlin nahen Raum. Ein weiterer Bevölkerungsschwerpunkt befindet sich im Süden des Landes in der Lausitz - einer traditionellen Bergbau- und Industrieregion. Insbesondere im Norden finden sich dagegen eher ländlich geprägte Regionen mit einer relativ geringen Bevölkerungszahl und -dichte.

Das Land Brandenburg ist seit 2007 in zwei Nuts II Regionen unterteilt. Die Nuts II Region Nord-Ost umfasst 2007 rund 53% der Fläche und 45,3 % der Einwohner.

¹ siehe Anhang I; Tabelle 1

Demographische Entwicklung

Die demographische Entwicklung² ist in den letzten Jahren dadurch geprägt, dass seit 2001 die Bevölkerungsverluste aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Abwanderung aus den peripheren Gebieten nicht mehr durch Zuzüge aus Berlin in das brandenburgische Umland kompensiert werden. Die langfristige Betrachtung zeigt, dass sich die Bevölkerungszahl seit 2001 bis zum Jahr 2008 um -2,6% verringert hat. Der Rückgang der Bevölkerungszahl verlief in Brandenburg etwas moderater als im Durchschnitt der anderen Bundesländer. 2008 war die Veränderungsrate mit -0,5% zum ersten Mal so hoch wie durchschnittlich in den anderen ostdeutschen Bundesländern.

Die Bevölkerungsentwicklung wirkt sich in den verschiedenen Regionen des Landes Brandenburg unterschiedlich aus. Während die Bevölkerungszahl in den letzten Jahren in den Berlin fernen Regionen spürbar gesunken ist, stieg die Bevölkerungszahl in den Berlin nahen Regionen an. Zusätzlich sind im Anhang I; Tabelle 17 die Bevölkerungsbewegungen in den EFRE geförderten INSeK-Städten aufgeführt. Diese Entwicklungen erfordern unterschiedliche Anpassungsstrategien in allen sozioökonomischen Bereichen, angefangen von Bildung über Daseinsvorsorge bis hin zur Verkehrsinfrastruktur.

Neben den quantitativen Veränderungen ist in den letzten Jahren durch die steigende Lebenserwartung und das Älterwerden der geburtenstarken Jahrgänge eine Erhöhung des Durchschnittsalters der Bevölkerung zu beobachten. Das Durchschnittsalter der Frauen liegt mittlerweile bei 46,1 Jahren, das der Männer bei 42,8 Jahren. Die Zunahme des Durchschnittsalters wird nicht ohne Folgen für die Arbeitswelt bleiben. Insbesondere der Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter kann, sofern dieser nicht durch entsprechende Zuwanderung ausgeglichen wird, den bereits heute partiell spürbaren Fachkräftemangel verstärken.

Die geringen Geburtenraten nach der Wiedervereinigung verschärfen die Verschiebung der Relationen zwischen den Altersklassen zusätzlich. Betrug der Anteil der unter 15 Jährigen 1995 noch 16,8% waren es Ende 2007 nur noch 10,8%. Dagegen stieg der Anteil der Personen im Alter von über 65 Jahren im selben Zeitraum von 13,4% auf 21,3% an.

Für die Zukunft geht eine vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg vorgelegte Bevölkerungsprognose davon aus, dass die Einwohnerzahl Brandenburgs bis zum Jahr 2030 um rund 14% auf 2,19 Mio. Menschen zurückgehen wird. Der Rückgang der Bevölkerung ergibt sich einerseits aus der natürlichen Be-

² siehe Anhang I; Tabelle 2

völkerungsentwicklung. Die jährlichen Sterbeüberschüsse werden sich bis 2030 mehr als verdreifachen. Andererseits ist das Schrumpfen der Bevölkerung auch Folge des negativen Wanderungssaldos.

Ein weiterer Trend, der sich fortsetzen wird, ist die räumliche Ausdifferenzierung und teilräumliche Verschiebung der Bevölkerungsproportionen innerhalb des Landes. Prognosen gehen davon aus, dass im Jahr 2030 ungefähr 45% der Einwohner im Berlin nahen Bereich wohnen werden. Aber auch innerhalb des Berliner Umlands zeigen sich zunehmende räumliche Disparitäten. Der für den Berlin nahen Bereich erwartete leichte Bevölkerungszuwachs von +3,5 % wird sich maßgeblich auf Potsdam und den Landkreis Havelland konzentrieren. Im Berlin fernen Raum wird mit einem Bevölkerungsrückgang um -25,2% gerechnet.

Darüber hinaus erhöht sich das Durchschnittsalter der Bevölkerung weiter. Im Jahr 2030 wird gemäß dieser Prognose jeder dritte Brandenburger älter als 65 Jahre sein. Der Alterslastkoeffizient wird in den nächsten Jahren somit weiter ansteigen.

Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur

Bereits zu Beginn des Jahres 2008 zeichnete sich in Deutschland eine Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung ab. Die internationale Finanzkrise verschärfte den Abwärtstrend Ende 2008 massiv. Die Export orientierte deutsche Wirtschaft verzeichnete innerhalb kürzester Frist einen beträchtlichen Rückgang der Auslandsnachfrage sowie der inländischen Investitions- und Vorleistungsgüternachfrage. In Reaktion auf den Einbruch der Auftragseingänge verringerten sich sowohl die industrielle Fertigung als auch die unternehmensnahen Dienstleistungen deutlich.

Zu Beginn des Jahres 2008 verlief die wirtschaftliche Entwicklung auch in Brandenburg durchaus positiv. Das reale Wirtschaftswachstum lag im ersten Halbjahr 2008 bei respektablen +1,8% nach +2,0% im Jahr 2007. Aufgrund des Einbruches in den letzten Monaten wurde im Gesamtjahr 2008 letztendlich nur noch eine Erhöhung der realen Wirtschaftsleistung um +1,0% erreicht. Damit konnte Brandenburg, ebenso wie die anderen neuen Bundesländer auch 2008 keine Annäherung der Wirtschaftskraft an das Niveau der alten Bundesländer erzielen. Die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes³ (BIP) lag hier bei 1,3%.

³ siehe Anhang I; Tabelle 4

Das nominale Bruttoinlandsprodukt⁴ im Jahr 2008 betrug laut der 2. Fortschreibung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 54,95 Mrd. EUR und stieg im Vergleich zum Vorjahr um +3,3%. Die Differenz zwischen der realen und der nominalen Wachstumsrate spiegelt den relativ großen Einfluss von Preiseffekten im Land Brandenburg wieder.

Pro Kopf wurde in Brandenburg 2008 ein Einkommen von 21.721 EUR erwirtschaftet. Damit erzielte Brandenburg 2008 eine Wirtschaftsleistung gemessen am BIP je Einwohner von knapp 71,6% des bundesweiten Pro-Kopf-Einkommens⁵. Der Zuwachs der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung⁶ im Vergleich zum Vorjahr von +3,8% entsprach in etwa der durchschnittlichen Wachstumsrate in den ostdeutschen Bundesländern, so dass sich am Wohlstandsabstand zum Durchschnitt der NBL in Höhe von knapp 5 Prozentpunkten 2008 kaum etwas geändert hat.

Brandenburg erreichte 2008 gemessen am BIP in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen die zweithöchste Arbeitsproduktivität unter den ostdeutschen Flächenländern. Gegenüber 2007 konnte ein Anstieg von +2,1% erreicht werden. Trotz höherem Produktivitätszuwachs verharrt Brandenburg bei einem Niveau der Arbeitsproduktivität von rund 85% des gesamtdeutschen Durchschnittswertes.

Den höchsten Wachstumsbeitrag leistete 2008 – wie in den Jahren davor - die Industrie. Hier kam es allerdings auch zu einer besonders starken Abschwächung der Dynamik. Gleichwohl lag die reale Wachstumsrate der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes 2008 noch bei 4,4% und damit deutlich über der Steigerungsrate der NBL von 3,4%. Mit einer nominalen Wertschöpfung von rund 10 Mrd. EUR wurde durch die brandenburgische Industrie rund ein Fünftel der landesweiten Wirtschaftsleistung erbracht. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung stieg in den letzten fünf Jahren um 1,7 Prozentpunkte (siehe Abbildung 1). Damit konnte die industrielle Basis weiter gefestigt werden.

Die Strukturveränderungen der letzten Jahre haben sich auch im wertschöpfungsstärksten Bereich – den Dienstleistungen fortgesetzt, allerdings mit einer abgeschwächten Dynamik. Der Anteil der öffentlichen und privaten Dienstleister ging nicht zuletzt wegen der langfristigen Einsparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte weiter zurück. Der Anteil im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen stieg dagegen auf mittlerweile 27,2% im Jahr 2008. Der Zuwachs war über die letzten 5 Jahre betrachtet jedoch deutlich niedriger als im Fünfjahreszeitraum von 1999 bis 2003. Der

⁴ siehe Anhang I; Tabelle 3

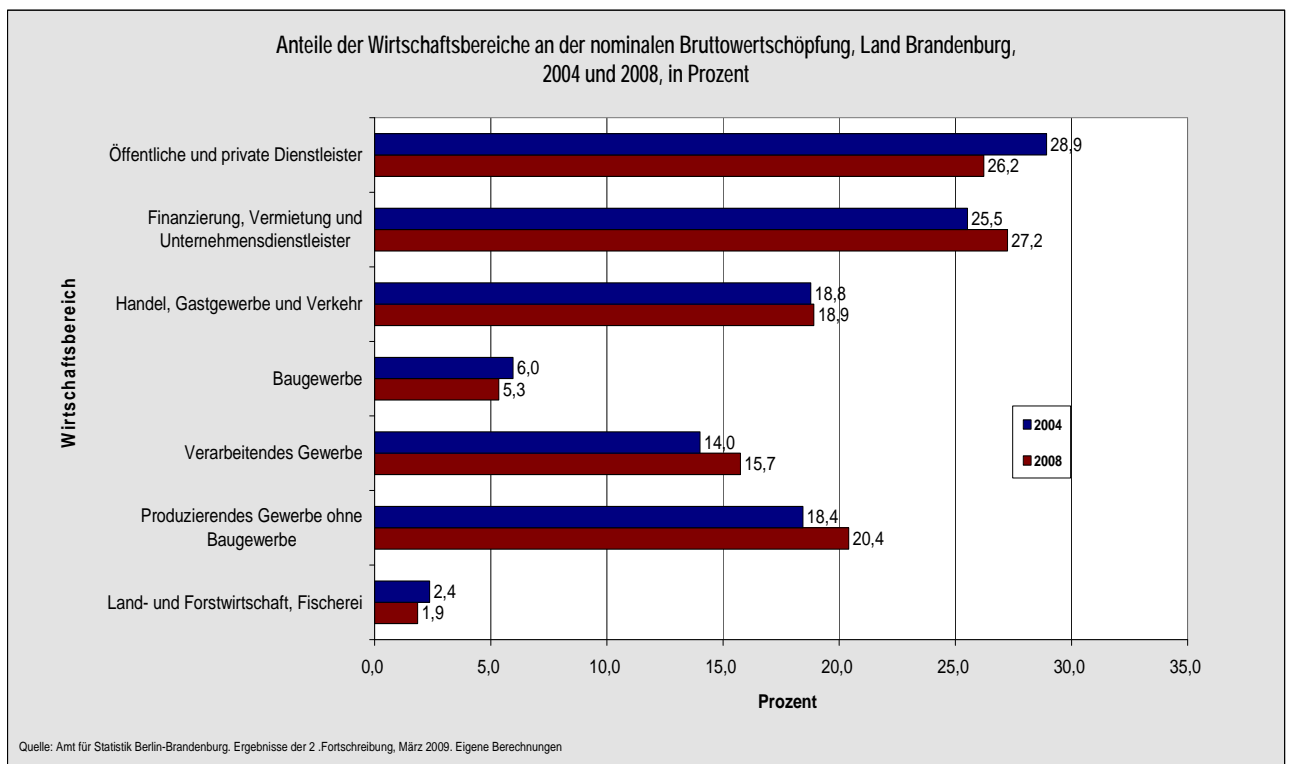
⁵ siehe Anhang I; Tabelle 5

⁶ siehe Anhang I; Tabelle 6

Bruttowertschöpfungsanteil des Bereiches Handel, Gastgewerbe und Verkehr blieb in den letzten Jahren nahezu konstant. Die beiden letztgenannten Dienstleistungsbereiche trugen 2008 jeweils mit 0,3 Prozentpunkten zum Wirtschaftswachstum im Land Brandenburg bei.

Der in der Bauwirtschaft seit Mitte der 90er Jahre stattfindende tiefgreifende Konsolidierungsprozess, der mit einem massiven Abbau an Beschäftigung und einem beträchtlichen Rückgang der Bruttowertschöpfung verbunden war, stoppte 2007 und 2008. Erstmals nach 11 Jahren konnte die Wertschöpfung wieder erhöht werden. Der Anstieg war 2008 jedoch mit +0,4% nur noch gering. Der Anteil an der gesamten Wertschöpfung reduzierte sich ausgehend von einem Spitzenwert von 17,7% im Jahr 1995 auf 5,3% in 2008.

Abbildung 1: Strukturwandel im Land Brandenburg



Trotz der tiefen weltweiten Wirtschaftskrise wurde 2008 erneut ein Rekordausfuhrvolumen von ca. 11,9 Mrd. EUR erzielt. Das Exportvolumen wuchs um 1,6 Mrd. EUR bzw. 15,3 % gegenüber dem Jahr 2007. Wie auch bereits im Vorjahr konnte insbesondere der Export von Fertigwaren und hier speziell von Enderzeugnissen gesteigert werden. Die Ausfuhr von pharmazeutischen Erzeugnissen ist mit einem Anteil von 14,6% wichtigster Exportbereich, gefolgt von Luftfahrzeugen, Mineralölerzeugnissen, Lastkraftwagen und Spezialfahrzeugen sowie Blech aus Eisen oder Stahl. Exportschwerpunkt sind nach wie

vor die EU-Länder mit einem Anteil von 71,9%. Besonders hoch sind die Ausfuhren nach Frankreich und Polen.

Details zur industriellen Entwicklung

Die Industrie ist das Herzstück jeder Volkswirtschaft und eine der wesentlichen wachstumstreibenden Kräfte. Trotz des heftigen Konjunktur einbruchs Ende des Jahres hat sich das Produzierende Gewerbe im Land Brandenburg in der Gesamtschau für 2008 positiv entwickelt.

Mit einem Umsatzvolumen von knapp 20,8 Mrd. EUR erhöhten sich die Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem starken Vorjahr 2007 nochmals um +5,2%.

Zu den umsatzstärksten Branchen im Land Brandenburg zählen die Kernbereiche der Branchenkompetenzfelder Automotive, Ernährungswirtschaft, Holzverarbeitende Wirtschaft, Kunststoffe/ Chemie, Luftfahrttechnik, Metall Papier und Schienenverkehrstechnik. Hohe Umsatzzuwächse in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten wurden 2008 hier vor allem in den Bereichen Herstellung von Metallerzeugnissen, Ernährungsgewerbe und Kunststoffe/Chemie erreicht.

Das stärkste Umsatzwachstum wiesen die Ver- und Gebrauchsgüterproduzenten auf. Die größten Umsatzvolumina erzielten nach wie vor die Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten.

Der Auslandsumsatz der Industriebetriebe stieg 2008 insgesamt um + 4,2%. Die Entwicklung verlief in den einzelnen Wirtschaftszweigen jedoch sehr heterogen. Es gab Branchen mit zweistelligen Wachstumsraten, wie z.B. das Ernährungsgewerbe, den Fahrzeugbau, den Bereich Herstellung von Metallerzeugnissen oder auch den Maschinenbau. Die Mehrzahl der Wirtschaftszweige verzeichnete moderate Zuwächse. Gleichzeitig gingen in einigen wenigen Wirtschaftszweigen, wie z.B. dem Holzgewerbe, die Auslandsumsätze zurück.

Trotz der beständig steigenden Ausfuhren ist der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz der brandenburgischen Industrie (Exportquote)⁷ im deutschlandweiten Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich. Während die Exportquote 2008 im gesamtdeutschen Durchschnitt bei 44,6% lag, betrug diese im Land Brandenburg nur 25,5%. Hierbei handelt es sich teilweise um ein ostdeutsches Spezifikum. In allen anderen neuen Bundesländern liegt die Exportquote ebenfalls weit unter dem Bundesdurchschnitt. Allerdings weicht der Anteil des Auslandsumsatzes in Brandenburg auch signifikant vom Durchschnittswert der NBL (33,2%) ab. Die Ursache hierfür dürfte in der Wirtschafts- und Unternehmensstruktur liegen. Exportstarke Branchen, wie z.B. der Maschinenbau sind teilweise in Brandenburg nur unterdurchschnittlich vertreten. Ferner spielt die geringe Fertigungstiefe und der hohe Anteil an Vorleistungen eine Rolle.

⁷ siehe Anhang I; Tabelle 8

Das Verarbeitende Gewerbe beschäftigte 2008 landesweit etwa 75,8 Tausend Arbeitnehmer. Zum dritten Mal in Folge wurde ein Anstieg der Beschäftigung realisiert.

Im Jahr 2008 ist die Arbeitsproduktivität⁸ der Industriebeschäftigten (Umsatz je Beschäftigtem) weiter gestiegen. Mit einer Produktivität von rd. 273.000 EUR je Beschäftigtem erreicht die brandenburgische Industrie rund 90% der Produktivität der westdeutschen Betriebe und liegt über dem Durchschnitt der NBL. Insbesondere die Gebrauchsgüterproduzenten konnten die Arbeitsproduktivität deutlich erhöhen.

Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit⁹

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verlief in Brandenburg 2008 insgesamt positiv.

Die Zahl der Erwerbstätigen stieg das dritte Jahr in Folge (siehe Abbildung 2). Hier erreichte Brandenburg 2008 mit +1,2% den höchsten Zuwachs unter den ostdeutschen Flächenländern. Dabei verzeichneten fast alle Wirtschaftszweige eine höhere Zahl an Erwerbstätigen. Überdurchschnittlich war der Anstieg im Verarbeitenden Gewerbe (+3,3%) und bei den Unternehmensdienstleistungen (+3,1%). Im Gegensatz dazu sanken die Erwerbstätigen zahlen z.B. im Bereich Energie- und Wasserversorgung um -4,4% und im Baugewerbe um -1,6%. Die Erwerbstätigenquote (Erwerbstätige je Einwohner im erwerbsfähigen Alter) liegt mit fast 13 Prozentpunkten nach wie vor deutlich unter der gesamtdeutschen Erwerbstätigenquote.

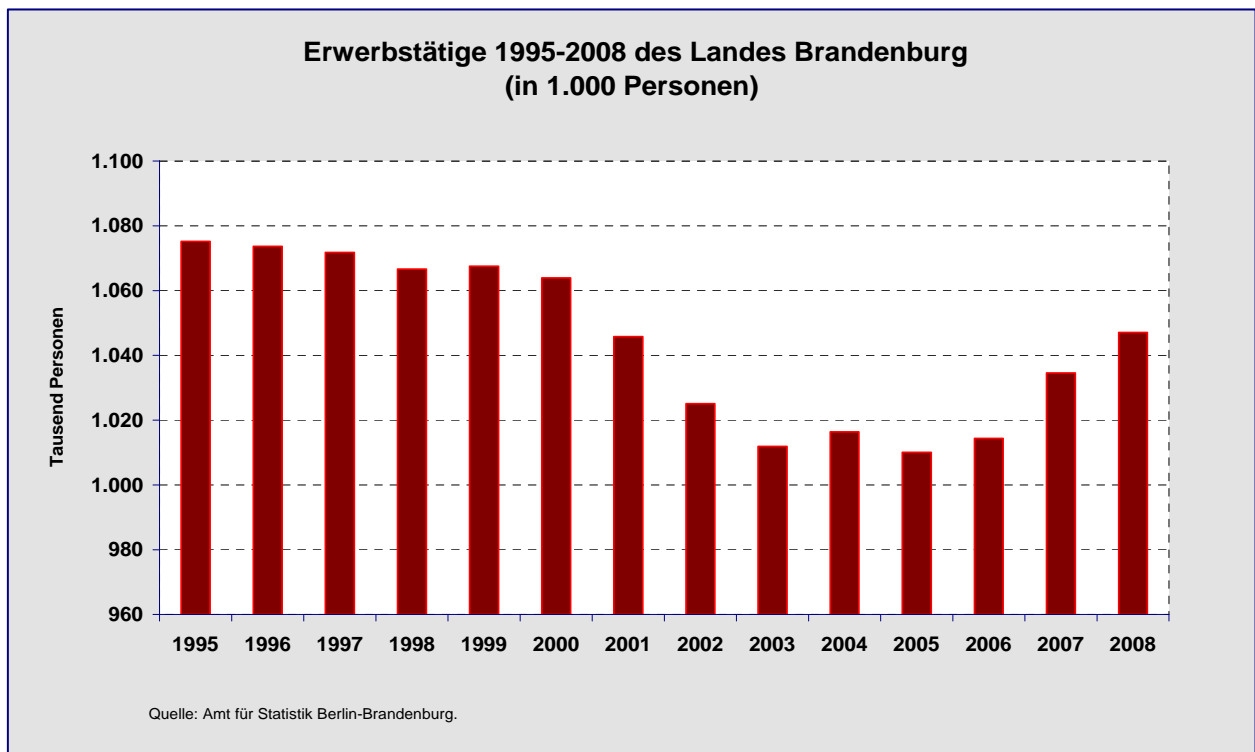
Die zu Beginn des Jahres durchaus noch positive Lage auf dem Arbeitsmarkt führte zu einem Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um +1,7%.

2008 waren im Land Brandenburg 175.459 Personen arbeitslos gemeldet, darunter 85.306 Frauen (48,6%). Die Zahl der Arbeitslosen sank in allen Monaten im Vergleich zum Vorjahr und ging im Jahresdurchschnitt 2008 mit -12,1% etwas stärker zurück als noch 2007 (-11,8%). Im Jahr 2008 waren somit knapp 24.200 Personen weniger arbeitslos gemeldet als im Vorjahr. Im Jahr 2008 nahmen 7.916 Personen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, wie ABM oder Umschulung und Weiterbildung teil.

⁸ siehe Anhang I; Tabelle 7

⁹ siehe Anhang I; Tabellen 9 bis 14

Abbildung 2: Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Land Brandenburg, 1995-2008



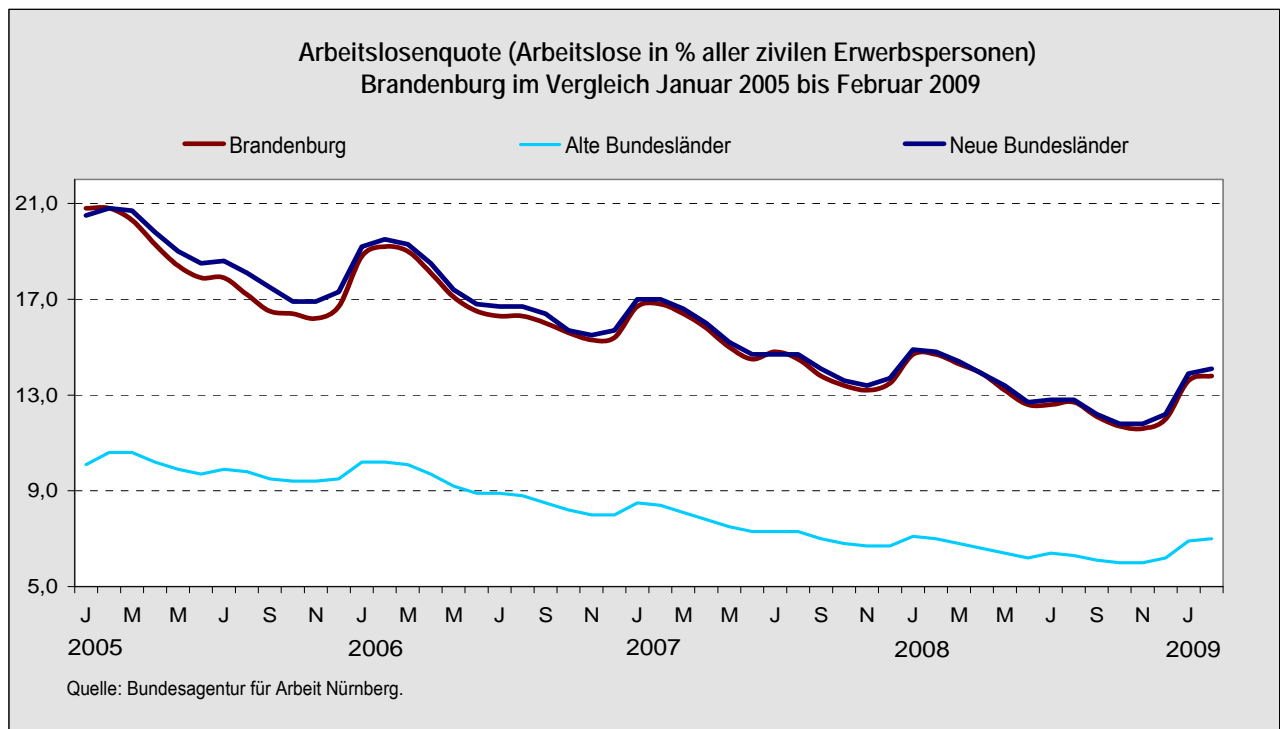
In Bezug auf alle zivilen Erwerbspersonen verringerte sich die Arbeitslosenquote¹⁰ 2008 von 14,9% im Jahr 2007 auf 13,0%. Damit entsprach die Arbeitslosenquote in Brandenburg ungefähr dem Durchschnitt der NBL von 13,1%, lag aber noch immer deutlich über der durchschnittlichen Arbeitslosenquote in den ABL (6,4%).

Die Spreizung der Arbeitslosenquote im Land Brandenburg ist dabei enorm. Während die Arbeitslosenquoten in der kreisfreien Stadt Potsdam oder den Landkreisen Dahme-Spreewald und Potsdam-Mittelmark sich bereits im einstelligen Bereich bewegen, liegt die Arbeitslosenquote z.B. im Landkreisen Uckermark noch bei knapp unter 20%. Die Angaben zu den INSeK- Städten sind im Anhang I; Tabelle 17 aufgelistet¹¹.

¹⁰ siehe Anhang I; Tabellen 15 und 16

¹¹ siehe Anhang I; Tabelle 17

Abbildung 3: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Brandenburg



Die Auswirkungen der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise waren bis Ende 2008 auf dem Arbeitsmarkt kaum sichtbar. Wegen der zeitlichen Reaktionsverzögerungen (z.B. wegen Kündigungsfristen, der Kündigung von Zeitarbeitern) und der Anpassung der Arbeitsnachfrage über zeitliche Komponenten (z.B. Kurzarbeit) kam es noch nicht zu einem Saison untypischen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Für das Jahr 2009 muss dagegen mit einem beträchtlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen gerechnet werden.

Luft und Klima¹²

Die CO₂ (für 2006) - und NO_x-Gesamtemissionen (für 2007) sind die niedrigsten seit 1999 ermittelten Werte. Bei NO_x kann von einem Minderungstrend durch Einsatz moderner Technik gesprochen werden. Die SO₂-Emissionen, die sich 2001 bis 2004 durch die schrittweise Außerbetriebnahme alter Kraftwerkskapazitäten und deren Teilersetzung durch neue Industriekraftwerke begründet, liegt auch weiterhin auf niedrigem Niveau. Die leichte Erhöhung im Jahre 2007 (Schätzwert) steht in Verbindung mit Neuansiedlungen. Das SO₂-Emissionsniveau entspricht für 2007 trotzdem nur noch 60% im Vergleich zu 1999.

¹² siehe Anhang I; Tabelle 18 Kontextindikatoren Bereich Umwelt.

Zusätzliche Ausführungen können dem Jahresbericht 2007 zur Luftqualität des Landesumweltamtes Brandenburg (relevanter Auszug zum Feinstaub in Anhang I; Tabelle 19) entnommen werden.

Neben den (üblicherweise verwendeten) emissionsbezogenen Indikatoren können die Umweltbedingungen auch durch immissionsbezogene Größen (Luftschadstoffkonzentrationen in $\mu\text{g}/\text{m}^3$)¹³ beschrieben werden. Feinstaub (PM10) und Ozon haben hier den Charakter von Leitindikatoren.

Zwischen 2004 und 2008 bewegt sich die PM10-Konzentration im landesweiten Mittel zwischen 21 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ und 26 $\mu\text{g}/\text{m}^3$. Die Schwankungen werden im Wesentlichen durch klimatologisch-meteorologische Faktoren bestimmt. Ungünstige Bedingungen (austauscharme Wetterlagen mit Luftströmungen aus Südosteuropa) verursachten im Jahre 2006 mit 26 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ einen vergleichsweise hohen Wert. In eher günstigen Jahren (größerer Anteil von Wetterlagen mit Westwinden) wie 2004, 2007 und 2008 wird mit 21 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ ein deutlich niedrigeres Niveau verzeichnet. Der PM10-Jahresmittelgrenzwert von 40 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ wird an verkehrsfernen Stadtmessstellen im Mittel nur zu ca. 60 % ausgelastet. An Messstellen an hoch belasten innerstädtischen Straßen erreicht der PM10-Jahresmittelwert allerdings ein deutlich höheres Niveau. Bei diesen Messstellen treten örtlich Grenzwertüberschreitungen auf. Die Luftqualität ist dort immer noch stark belastet.

Der Ozon-Indikator verbleibt, bedingt durch europaweite Emissionen von Ozon-Vorläufersubstanzen in Verbindung mit den klimatischen Bedingungen auf einem (europaweit) erhöhten Niveau. Die Anhängigkeit von Witterung und Klima ist bei diesem Indikator ähnlich hoch wie beim Feinstaub. Ein Entwicklungstrend ist bisher nicht gesichert.

Die üblicherweise verwendeten Indikatoren zur Beschreibung der Energieverbräuche im Land Brandenburg sind in der folgenden Tabelle zusammengefasst. Darüber hinaus kann – zum Zweck der Gegenüberstellung - auch die Kennziffer „Energieaufkommen im Inland“ dargestellt werden (folgende Tabelle).

Abbildung 4: Tabelle zur Entwicklung des Energieaufkommens im Inland

Kennziffer	2002	2003	2004	2005	2006
Energieaufkommen im Inland [TJ] (Förderung, Bezüge, Bestandsentnahmen)	1.028.847	1.026.805	1.045.507	1.083.635	1.124.421
Davon Primärenergieverbrauch [TJ]	643.364	618.410	629.131	671.781	674.006
Davon Außenhandelssaldo [TJ]	384.370	403.451	415.748	410.731	449.406
Davon Bestandsaufstockungen gesamt [TJ]	1.112	4.944	628	1.123	1.004

Im Energieaufkommen sind alle Energieträger erfasst, die im Land Brandenburg gefördert bzw. gewonnen, aus anderen Bundesländern oder dem Ausland bezogen sowie den vorhandenen Beständen entnommen wurden. Es ist die maximale Energiemenge, die für alle wirtschaftlichen Prozesse und den privaten Gebrauch zur Verfügung steht.

¹³ siehe Anhang I Tabelle 19 Feinstaubmessungen

Im „Außenhandelsaldo“ gehen neben der Ausfuhr von Endenergieträgern wie z. B. Strom, Heizöl, Kraftstoffe und Bioenergieträger auch der Austausch von Rohbraunkohle, Brikett und Braunkohleprodukte ein. Bei Erdgas ist ein durchlaufender Anteil berücksichtigt.

Abfallwirtschaft¹⁴

Abbildung 5: Entwicklung des Abfallaufkommens von 2003 bis 2007 in Mg:

		2003	2004	2005	2006	2007
Abfälle der öffentlich rechtlichen Entsorger	Restabfälle einschl. Hausmüll	1.575.000	1.750.000	1.509.000	1.173.000	1.273.000
	Wertstoffe	238.000	231.000	241.000	235.000	260.000
	Direkt deponierte Abfälle	1.157.000	1.262.000	697.000	462.000	512.000
	Nach Behandlung deponierte Abfälle	67.000	53.000	86.000	130.000	143.000
Gefährliche Abfälle		1.104.000	1.257.000	986.000	884.000	733.000

Es ist der langjährige Trend zu beobachten, dass die Menge der den öffentlich rechtlichen Entsorger zur Entsorgung überlassenen Restabfälle langsam zurück geht. Gleichzeitig steigt die Menge der von den öffentlich rechtlichen Entsorger getrennt gesammelten Wertstoffe. Wobei in diesen Mengen die von den sogenannten Dualen Systemen gesammelten Verpackungsabfälle nicht enthalten sind.

Mit dem Verbot der Deponierung unbehandelter Abfälle, das Mitte 2005 in Kraft trat, nahm die Menge der jährlich deponierten Abfälle drastisch ab. Damit verbunden war die Schließung und Sicherung einer Reihe von Deponien. Die nunmehr behandlungsbedürftigen Restabfälle (insbesondere Haus- und Sperrmüll sowie hausmüllähnliche Gewerbeabfälle) werden in Brandenburg flächendeckend durch stoffstromspezifische Verfahren behandelt. Im Ergebnis dieser Behandlung entstehen vor allem reaktionsträge Abfälle zur Deponierung und Ersatzbrennstoffe für die energetische Verwertung in Kraft- und Zementwerken.

¹⁴ siehe Anhang I; Tabelle 18 Kontextindikatoren Bereich Umwelt.

Zusätzliche Ausführungen können dem Jahresbericht 2007 zur Luftqualität des Landesumweltamtes Brandenburg (relevanter Auszug zum Feinstaub in Anhang I; Tabelle 19) entnommen werden.

Die Behandlungstechnologie ist noch relativ neu und besitzt große Optimierungspotentiale. Diese Optimierung zielt neben der Verbesserung der Prozessführung vor allem auf die Verbesserung der Menge und Qualität der erzeugten Ersatzbrennstoffe.

2.1.2. Angaben über den Stand der materiellen Abwicklung des operationellen Programms

Nachdem im September 2007 mit der Genehmigung des Operationellen Programms die Basis für die gesamte Förderperiode gelegt worden war, stand das Jahr 2008 im Zeichen der Umsetzung auf Landesebene. Dies umfasste vor allem die Erstellung und Anpassung von landesinternen Förderrichtlinien und -programmen, die Einrichtung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme, die Festlegung von Indikatoren sowie die Anpassung und Weiterentwicklung des Datenerfassungssystems.

Im Jahr 2008 wurden Bewilligungen in allen vier Prioritätenachsen/Schwerpunkten vorgenommen. Insgesamt wurden 1582 Projekte mit EFRE-Mittel bewilligt. 369 Projekte wurden bereits abgeschlossen. Für diese abgeschlossenen Projekte erfolgt gegenwärtig die Verwendungsnachweisprüfung (225 Projekte) bzw. ist die Verwendungsnachweisprüfung schon abgeschlossen (144 Projekte).

Für alle Förderrichtlinien und –programme wurden zwischen den jeweiligen Fachbereichen und der Verwaltungsbehörde Indikatoren festgelegt, um die Wirkung und den Erfolg der Richtlinie zu messen. Die Indikatoren, deren Anzahl in Abhängigkeit von der Richtlinie variiert, werden im Datensystem (efREporter- Satellit bzw. Abakus der ILB) erfasst und dienen als Grundlage für die Berichterstattung.

Die Ergebnisse zu den quantifizierten Zielen sind in standardisierten Tabellen gemäß Anhang XVII der VO (EG) Nr. 1828/2006 aufbereitet und finden sich in der Anlage 4. Die Daten werden über das SFC2007 an die EU-KOM weitergeleitet. Darüber hinaus wurde eine Übersicht zu den Hauptindikatoren auf Grundlage der Empfehlung EU-KOM aufgenommen (Anlage 5).

In der Tabelle zu den quantifizierten Zielen¹⁵ werden bei der Darstellung der Ergebnisse grundsätzlich die Ist-Werte verwandt. Das heißt, die Ausweisung als Ergebnis erfolgt in dem Jahr, in dem die Projekte abgeschlossen werden. Die Werte sind demzufolge im Berichtsjahr noch gering, werden sich aber in den Folgejahren sukzessive erhöhen.

¹⁵ siehe Anlage 4 Übersicht über die quantifizierten Ziele

Im Operationellen Programm EFRE sind die Zielvorgaben nur für den Gesamtzeitraum 2007-2013 angegeben, d.h. es erfolgte keine Aufteilung auf die Einzeljahre. Mit der EU-KOM wurde vereinbart und im Operationellen Programm festgelegt, dass mit dem Jahresbericht 2008 eine Abschätzung der in den Folgejahren bis 2013 (2015) anvisierten Zielerreichung vorgenommen werden soll. In der Tabelle wurde dies umgesetzt. Es muss allerdings erwähnt werden, dass diese Einschätzung mit Unsicherheiten behaftet ist, da sich sowohl bei der Bewilligung von Projekten als auch bei der Fertigstellung Verschiebungen ergeben können.

Bei einigen Indikatoren deutet sich an, dass die mit dem Operationellen Programm gestellten Ziele nicht vollständig erreicht werden können. Das betrifft das induzierte Investitionsvolumen sowie die geschaffenen Arbeitsplätze in der Förderung produktiver Investitionen im Schwerpunkt 1. Bei anderen Indikatoren wie geförderte Studienplätze, Kooperationsprojekte zwischen Wissenschaft und Wirtschaft (Schwerpunkt 2) sowie geschaffene neue Umschlagkapazitäten in Güterverkehrszentren (Schwerpunkt 3) wird es voraussichtlich zu einem Überschreiten der Zielwerte kommen. Die Verwaltungsbehörde EFRE wird die Entwicklung der Zielerreichung auch anhand der erfolgten Bewilligungen sehr genau beobachten. So wie in den vom Begleitausschuss beschlossenen Auswahlkriterien festgelegt, haben Projekte, die zur Zielerreichung beitragen, Vorrang.

In der mit dem vorliegenden Jahresbericht neu aufgenommenen Tabelle „Übersicht zu den Hauptindikatoren“¹⁶ des Operationellen Programms findet sich eine Gegenüberstellung der Soll-Indikatoren (Bewilligungen) zu den Ist-Indikatoren (abgeschlossenen Projekte). Diese Tabelle, in der die Daten kumulativ über das gesamte Programm dargestellt sind, gibt somit einen guten Überblick über die Durchführung und über den erreichten Programmfortschritt.

2.1.3. Finanzielle Angaben des Operationellen Programms¹⁷

In der Förderperiode 2007 bis 2013 wurden bisher insgesamt 427,1 Mio. EUR bewilligt und 118 Mio. EUR EFRE-Mittel an die Begünstigten ausgezahlt. Der größte Anteil mit rund 110,6 Mio. EUR ausgezahlten EFRE-Mitteln lag dabei im Jahr 2008. In diesen ausgezahlten Mitteln sind auch Zahlungen für EFRE-Projekte enthalten, die im Rahmen des sogenannten Mittelstandsprogramm (Schwerpunkt 1) bewilligt wurden. Zahlungen für solche Projekte gehen erst nach Fertigstellung und Abschluss der Verwendungsnachweisprüfung in die Zahlungsanträge ein, da die Projektträger Zahlungen im Rahmen der

¹⁶ Siehe Anlage 5 Übersicht über die Hauptindikatoren

¹⁷ siehe Anlage 1 Finanzielle Angaben für das Jahr 2008 und Anlage 6 Übersicht über die Finanzdaten

im nationalen Haushaltsrecht geltenden 2-Monatsreglung erhalten. Das bedeutet, abweichend von allen anderen Förderrichtlinien erfolgen die Zahlungen an die Projektträger nicht auf dem Wege der Erstattung, sondern bis zu 2 Monaten im Voraus. Diese Projekte haben im Datensystem ein besonderes Kennzeichen mit dem gewährleistet wird, dass die Zahlungen für die Projekte erst in den Zahlungsantrag einfließen, wenn gesichert ist, dass die getätigten Zahlungen auch auf Basis getätigter und belegter Ausgaben erfolgt sind.

Der Anteil der im Jahr 2008 ausgezahlten EFRE-Mittel, die in einen Zahlungsantrag einfließen können beträgt rund 85,3 Mio. EUR.

Die Ergebnisse zu den finanziellen Angaben¹⁸ sind in den standardisierten Tabellen gemäß dem Anhang XVII der VO (EG) Nr. 1828/2006 abgebildet. Die Daten werden über das SFC2007 an die EU-KOM weitergeleitet.

Zahlungsanträge

Im Jahr 2008 wurden keine Zwischenzahlungsanträge gestellt. Eingenommen wurde die zweite Tranche des Vorschusses der EU-Kommission in Höhe von rund 45 Mio. EUR.

Unregelmäßigkeiten

Im Berichtszeitraum wurde eine Unregelmäßigkeit gemäß Artikel 28 Nr. 1 der VO (EG) 1828/2006 an die EU-KOM mit einem beanstandeten EFRE-Anteil i.H.v. ca. 674.300 EUR gemeldet. Diese wird jedoch mit der Meldung für das I. Quartal 2009 bereinigt.

2.1.4. Angaben über die Verwendung von Fondsmitteln¹⁹

Bis zum Ende des Jahres 2008 sind insgesamt gut 427 Mio. EUR aus dem EFRE bewilligt worden. Davon entfielen insgesamt knapp 362 Mio. EUR auf sogenannte lissabonfähige Ausgaben, also solche, welche die Ziele der Lissabonstrategie unterstützen. Dies entspricht knapp 85 % der bisherigen Bewilligungen. Entsprechend der Kodierung der durch den Anhang II der Durchführungsverordnung vorgegebenen Dimensionen wurden in vier thematischen Oberbereichen lissabonfähige Ausgaben getätigt:

- Forschung und technologische Entwicklung, Innovation und Förderung des Unternehmergeistes
- Informationsgesellschaft
- Verkehr sowie

¹⁸ Siehe Anlage 1 Finanzielle Angaben 2008

¹⁹ siehe Anlage 2 Einteilung der Fondsinterventionen

- Energie.

Mit gut 2 Mio. EUR Bewilligungen stellt der Bereich der Informationsgesellschaft den kleinsten Teil dar. Die Bewilligungen betreffen nur die Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien (Code 11). Im Bereich Verkehr wurden insgesamt gut 60 Mio. EUR bewilligt. Da aus diesem Bereich jedoch nur Förderungen im Schienenverkehr (Code 16) und bei Häfen (Code 30) zur Unterstützung der Lissabonstrategie zugeordnet werden, beträgt der Anteil der lissabonfähigen Ausgaben hier nur 2,6 Mio. EUR.

Auf den Bereich der Energieförderung verteilen sich 38,5 Mio. EUR der Bewilligungen, die vollständig als lissabonfähig angesehen werden. Mehr als die Hälfte der Bewilligungen wurden mit gut 20 Mio. EUR im Bereich der erneuerbaren Energie aus Biomasse (Code 41) getätigt; einen weiteren großen Anteil mit gut 16 Mio. EUR macht die Förderung der Solarenergie (Code 40) aus.

Der wesentliche Anteil wurde im Bereich Forschung und technologische Entwicklung, Innovation und Förderung des Unternehmergeistes bewilligt. Der Gesamtanteil der gut 311 Mio. EUR ist lissabonfähig. Mit gut 192 Mio. EUR entfällt der größte Anteil auf die sonstigen Unternehmensinvestitionen (Code 08). Während im Bereich Forschung und technologische Entwicklung mit gut 43 Mio. EUR die Förderung der Infrastruktur (Code 02) und mit gut 28,5 Mio. EUR die Forschungs- und technologische Entwicklungsförderung in KMU (Code 04) die wesentlichen Bereiche ausmachen.

Von den nicht - lissabonfähigen Bewilligungen entfielen bis zum Ende des Jahres 2008 knapp 50 Mio. EUR auf die Förderung von Straßen (Code 23). Weitere Förderbereiche mit Bewilligungen in Millionenhöhe sind die Wiederbelebung städtischer und ländlicher Gebiete (Code 61), die Verbesserung kultureller Dienstleistungen (Code 60) sowie die Förderung der Biodiversität und des Naturschutzes (Code 51) sowie die Technische Hilfe (Codes 85 und 86).

2.1.5. Unterstützung, aufgeschlüsselt nach Zielgruppen

Der Anteil aller geförderten Vorhaben für brandenburgische KMU (Fälle mit KMU-Status) beträgt rd. 67 % aller Förderfälle. Ausgehend von den Zielsetzungen des Operationellen Programms, vorrangig die KMU-Förderung zu unterstützen, findet diese spezifische Zielgruppenintervention in den EFRE- Vorhaben von 2008 Berücksichtigung.

2.1.6. Zurückgezahlte oder wiederverwendete Unterstützung

Im Jahr 2008 wurden keine Mittel infolge einer Streichung eines Beitrags zurückgezahlt oder wieder verwendet.

2.1.7. Qualitative Analyse

Das Jahr 2008 war das erste volle Jahr der Umsetzung des Operationellen Programms der Förderperiode 2007 bis 2013. Insgesamt ist der Fortschritt des Programms als befriedigend anzusehen. Mit der Inkraftsetzung einer Vielzahl von Richtlinien sowie des Verwaltungs- und Kontrollsystems sind für die kommenden Jahre die grundlegenden Voraussetzungen für einen weitestgehend reibungslosen Ablauf der Programmumsetzung erfolgt.

Naturgemäß liegt in dieser frühen Phase des Programms der Schwerpunkt bei den Bewilligungen, während die tatsächlichen Zahlungen und aufgrund von abgeschlossenen Projekten messbaren Ergebnisse dahinter zurückbleiben. Insgesamt konnten bisher etwa 28,5 % der EFRE-Mittel der gesamten Förderperiode gebunden werden. Dabei ist die Verteilung auf die Schwerpunkte noch ungleichgewichtig. Mit etwa 42 % Bewilligungen der zur Verfügung stehenden Mittel ist dabei der finanziell am stärksten ausgestattete Schwerpunkt 1 überdurchschnittlich. Im Schwerpunkt 3 sind bereits 26 % der Mittel bewilligt und im Schwerpunkt 2 etwa 20 %. Im Schwerpunkt 4 macht sich das verzögerte Anlaufen der Förderprogramme am deutlichsten bemerkbar. Hier konnte bisher weniger als 1 % gebunden werden.

Im Hinblick auf die Erreichung der quantifizierten Ziele ist der Stand zum Jahresende 2008 geplantermaßen noch hinter dem Jahresdurchschnitt bezogen auf die gesamte Förderperiode zurückgeblieben. Aufgrund der starken Zahl der Bewilligungen ist jedoch in den nächsten Jahren mit einer deutlichen Steigerung des Zielerreichungsgrads zu rechnen. Dies kann an der Übersicht über die quantifizierten Ziele²⁰ abgelesen werden. In die Quantifizierungen für die nächsten Jahre sind dabei die erwarteten Werte der bereits bewilligten Projekte eingerechnet.

2.1.7.1. Querschnittsziele

Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit findet als Querschnittsziel durch vielerlei, im folgenden aufgeführten Maßnahmen Berücksichtigung. Hauptinstrument ist dabei die projektbezogenen Nachhaltigkeitsbewertung bei relevanten Richtlinien.

Auswertung der spezifischen Fördertatbestände unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten

Auf Grundlage des Art. 17 der allg.VO/1083 werden die Ziele der Fonds im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung auch im Land Brandenburg verfolgt.

²⁰ siehe Anlage 4: Übersicht über die quantifizierten Ziele

Brandenburg hat den Anspruch, ökologische Verantwortung, wirtschaftliche Effizienz und soziale Solidarität nicht losgelöst voneinander oder in Konkurrenz zu betrachten, sondern im direkten Zusammenhang mit den jeweiligen Wechselwirkungen zu verstehen und zu gestalten.

Mit der Fortschreibung der Strategien von Lissabon und Göteborg konzentriert sich die Nachhaltigkeitsstrategie der EU auf sechs prioritäre Themenfelder, bei denen nachhaltige Entwicklungstendenzen weiterhin unterstützt werden müssen und keinesfalls vernachlässigbar sind:

- Kernthema Klimawandel und „saubere“ Energie (regenerative Energieträger)
- öffentliche Gesundheit
- Armut und soziale Ausgrenzung
- Alterung der Gesellschaft
- Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen
- Flächennutzung, -verbrauch und Verkehr bzw. Mobilität

Die EFRE-Maßnahmen in der Förderperiode 2007-2013 sollen unter Nachhaltigkeitsaspekten dazu beitragen, die Ziele des Umweltschutzes, die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Unternehmen, sowie die Bereiche Beschäftigung und Innovation und Forschung miteinander zu verknüpfen. Für das Berichtsjahr sind dabei folgende Förderbereiche und Vorhaben zu benennen:

Energiewirtschaft, Steigerung der Energieeffizienz

Innerhalb der REN-Richtlinie erfolgte mittels des EFRE-Einsatzes vorrangig der Einbau von Wärmepumpenanlagen bzw. Luft/Wasser-Wärmepumpen. Zudem sind Studien zur energieeffizienten Wärmeversorgung bzw. Klimaschutzkonzepte weitere Fördervorhaben gewesen. Einzelne regionale Pilotprojekte zur Errichtung von Kleinkraftanlagen bzw. Kleinkraftwerken erfolgten ebenfalls in der REN-Richtlinie. Am Unternehmensstandort Rolls & Royce in Dahlewitz wird mit dem Luftfahrtforschungsprogramm am zukünftigen Triebwerksbau für den Flugverkehr geforscht. Mit dem Forschungsziel, die Ressourceneffizienz und die Materialqualität im Triebwerksbereich zu erhöhen, sind 2008 die ersten Forschungsprojekte gestartet worden.

Ausbau einer Geodateninfrastruktur (GDI)

Über die Geodateninfrastruktur werden Daten und Informationen zu den Bodenflächen des Landes zusammengestellt. Entsprechend der „INSPIRE“ – Richtlinie sind vorrangig Geodaten aus dem Um-

weltbereich in die GDI zu integrieren. Mittels der Online-Verfügbarkeit aller Geodatendienste ergeben sich verbesserte Planungsmöglichkeiten im Bereich der Flächennutzung sowie bei der Optimierung von Ressourcennutzungen. So wird bereits durch das Geothermieportal (GDI-Anwendung des Landesamts für Bergbau, Geologie und Rohstoffe) die Nutzung der Erdwärme im Land verstärkt.

Vorhaben der Wasserver- und Abwasserentsorgung

Zur Sicherung der Ressource „Wasser“ werden vorrangig alte Trinkwasseranlagen,- leitungen und Wasserwerke saniert und erneuert. Zudem werden im Bereich der öffentlichen Abwasserbeseitigung die Sanierungen von bestehenden Anlagen und Leitungen mit EFRE-Interventionen unterstützt.

2008 sind innerhalb der Fördermaßnahme aber noch keine Projekte durchgeführt worden.

Bereich Konversion

Im Bereich der Beseitigung militärisch bedingter Altlasten sind vorrangig Abbruch- und Flächenentsiegelungsmaßnahmen durchgeführt worden. Zudem erfolgt bei weiteren Fördermaßnahmen die Rekultivierung bzw. der Umbau zu einer Nachnutzung (sozial - kulturell) von ehemals genutzten Militärf Flächen.

Investitionen im Bereich umweltfreundlicher Verkehrsträger

Bei den Maßnahmen des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs stehen vorrangig Bahnhofsumfeldverbesserungen im Vordergrund. Im Rahmen der Umbaumaßnahmen werden häufig Park & Ride - bzw. Bike & Ride – Anlagen miterrichtet. Umgesetzt wurde bisher innerhalb der GVZ-Vorhaben die Verbesserung der Hafeninfrastuktur im Güterverkehrszentrum Wustermark im Rahmen des modal split, d.h. die Verteilung auf die verschiedenen Verkehrsträger (Schiene, Wasser, Straße).

Vorhaben des umweltverträglichen Tourismus

Die qualitative Verbesserung im Bereich des Radtourismus sowie die Wiedereröffnung des Werbellinkanals zwischen Finowkanal und Oder-Havel zur touristischen Nutzung im Bereich des Wassersporttourismus stellten die Fördermaßnahmen innerhalb der touristischen Infrastruktur im Berichtsjahr dar. Hervorzuheben ist das Förderprojekt „Ausbau des Werbellinkanals“. Im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung wurde keine Beeinträchtigung von Natura 2000-Gebieten sowie eine ausgeglichene Eingriffs- und Ausgleichsbilanz ermittelt, so dass das Planfeststellungsverfahren möglich wurde.

Nachhaltige Stadtentwicklung

15 Brandenburger Städte haben im Rahmen ihrer erarbeiteten Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (InSeKe) konkrete Vorhaben festgelegt. Die einzelnen Handlungsfelder der Richtlinie orientieren sich an

den Themen zur Verbesserung der städtischen Verkehrsverhältnisse sowie der bildungsbezogenen, sozialen und kulturellen Infrastruktur. Zudem werden in den InSeKen vorrangig die Steigerung der Attraktivität öffentlicher Räume, die Beseitigung ökologischer Missstände und die Unterstützung der innerstädtischen Wirtschaft gefördert. Die Ausrichtung der Richtlinie mittels der Kombination der verschiedenen Handlungsfelder innerhalb der ausgewählten städtischen Gebiete bietet unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten eine besonders positive Vorhabensgestaltung und Umsetzung. 2008 sind hauptsächlich die Stadtteilmanagement – und Marketingvorhaben der Städte unterstützt worden. Sie bilden die Grundlage für die weiterführende Förderung der vorgesehenen Quartiermaßnahmen. Die konkreten infrastrukturellen Projekte werden daher erwartungsgemäß ab 2009 durchgeführt werden.

Vorhaben zur Reduzierung von Lärm-, Feinstaub- und weiterer Emissionen

Mit der sog. „Großen Umweltschutzrichtlinie“ werden insbesondere Maßnahmen zur Luftreinhaltung und Lärminderung, zum Klimaschutz und zur Ressourcenschonung gefördert. Exemplarisch für das aktuelle Berichtsjahr ist dabei der Vorhabensstandort SeeCampus Niederlausitz aufzuführen. In einem bisher einmaligen PPP-Modell (Public-Private-Partnership) verwirklicht, bietet das Projekt eine gesicherte langfristige Gesamtfinanzierung. Am errichteten Bildungsstandort können qualifizierte Arbeitskräfte zielgerichtet für die Wirtschaft ausgebildet werden. Der SeeCampus wird eine Bildungseinrichtung mit naturwissenschaftlicher Ausrichtung; es sollen zwei Gymnasien und zwei Standorte des Oberstufenzentrums Lausitz am Standort vereint werden. Aus Nachhaltigkeitssicht ist insbesondere die energetische Passivhaus-Bauweise des Seecampus, auch unter sozio - ökologischen Gesichtspunkten, erwähnenswert.

Finanzielle Aufteilung

Entsprechend der Einteilung der Fondsinterventionen in Dimensionen lassen sich dem Nachhaltigkeitsbereich insbesondere die Dimensionen 06 zur Unterstützung von KMU zur Förderung umweltfreundlicher Produkte und Produktionsverfahren, 40 bis 43 zu den erneuerbaren Energien Sonne, Biomasse und Wasserkraft, Energieeffizienz sowie 50 und 51 Sanierung von verschmutzten Flächen und Förderung der Biodiversität zurechnen. Die Bewilligungsstand in den Projekten, die diesen Dimensionen zuzuordnen sind, beträgt bis zum 31. Dezember 2008 knapp 44,5 Mio. €.²¹

Erfassung von Umweltdaten

Bereits bei der Beschreibung der sozioökonomischen Lage sind insbesondere die Umweltfelder Luft/Klima, Energie und Abfallwirtschaft mit der aktuellen Situationen im Land Brandenburg aufgeführt. Die

²¹ siehe Anlage 2 Einteilung der Fondsinterventionen

EFRE - Maßnahmen zur Förderung der Umweltinfrastruktur (Schwerpunkt 4) und Vorhaben im Bereich der regenerativen Energiewirtschaft werden ihrerseits dazu beitragen, die Situation für diese Umweltbereiche zu verbessern. Der Stand des Umweltmonitorings bezieht sich auch auf in der Strategischen Umweltprüfung SUP festgelegte Umweltindikatoren wie bspw. Emissionen oder Gewässergüteklassen. Diese können der Übersicht über die Kontextindikatoren Bereich Umwelt²² entnommen werden.

Die Nachhaltigkeitsbewertung als Managementvorkehrung zur Minimierung von Zielkonflikten

Mit der projektbezogenen Nachhaltigkeitsbewertung wurde ein Instrument entwickelt, welches neben den Auswahlkriterien dafür geeignet ist, bestehende Konflikte zwischen dem Hauptziel „Erhöhung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, Steigerung des Wohlstands- und Beschäftigungsniveaus“ und dem Querschnittsziel „Nachhaltigkeit/Umweltschutz“ zu minimieren und über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus nachteilige Umweltauswirkungen zu vermeiden bzw. zu verringern.

Beteiligung Brandenburgs an der Bund-Länder AG „Umwelt“

Am Treffen der AG Umwelt im Juni 2008 nahm ein Vertreter des MLUV teil. Themenschwerpunkte der Beratung waren u.a. die Verankerung des Themas Umwelt in den OP sowie die Erarbeitung einer Übersicht über die ESF- und EFRE Umweltindikatoren der Bundesländer. Die in diesem Zusammenhang erstellte Übersicht über die EFRE- und ESF- Umweltindikatoren Brandenburgs wurde der Arbeitsgruppe zugearbeitet.

Weiterführung und Qualifizierung des Managementsystems zur Bewertung des QZ „Nachhaltigkeit“

Die projektbezogene Nachhaltigkeitsbewertung, die im Rahmen der Antragsstellung bei der ILB durchgeführt wird (ex-ante), wurde auch in 2008 an Neubewilligungen vorgenommen. Die Grundlage stellt dabei das entwickelte Bewertungstool der ILB dar (siehe Abschlussbericht „Nachhaltigkeitsbewertung von Infrastrukturprojekten in der EFRE-Förderung“, 2006; sowie vorhergehende Jahresberichte).

²² siehe Anhang I; Tabelle 18

Die Nachhaltigkeitsbewertung erfolgt bisher ex-ante bei folgenden Richtlinien²³:

GA-gewerblich	→	470 durchgeführte Projektbewertungen
Bereich Konversion	→	8 durchgeführte Projektbewertungen
städtische Infrastruktur	→	6 durchgeführte Projektbewertungen
touristische Infrastruktur	→	4 durchgeführte Projektbewertungen
Umweltschutzrichtlinie	→	- keine Bewilligungen
Bereich Trinkwasser/Abwasser	→	- keine Bewilligungen
Verkehrsinfrastruktur	→	2 durchgeführte Projektbewertungen
Wissenschaft & Forschung	→	177 durchgeführte Projektbewertungen
wirtschaftsnahe Infrastruktur	→	4 durchgeführte Projektbewertungen

Sukzessive sollen alle weiteren Richtlinien dahingehend untersucht werden, ob die Anwendung der Nachhaltigkeitsbewertung sinnvoll unternommen werden kann. Bei den Richtlinien, für die eine Bewertung vorgenommen wird, sind erste Bewertungsergebnisse in 2009 zu erwarten, wenn eine entsprechende Förderprojektanzahl vorliegt. Mittels erster Ergebnisse ist auch vorgesehen, die Nachhaltigkeitsbewertung bei Richtlinien weiter zu „verfeinern“ oder ggf. anzupassen (z.B. bei der Änderung von Fördertatbeständen).

Aufbauend auf die im Vorjahr durchgeführten Schulungen für die zuständigen Bearbeiter innerhalb der ILB ist die Nachhaltigkeitsbewertung weiteren nachgeordneten Landesbehörden vorgestellt worden. Im Juni fanden hierzu mit dem Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB), und im Oktober mit dem Landesamt für Bauen und Verkehr Einführungen zu diesem Thema statt.

Beitrag zur Erreichung der Ziele der Klimastrategie 2010, zum Maßnahmenkatalog Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel und zur WRRL

Im 2008 von der Landesregierung beschlossenen „Maßnahmenkatalog zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ wurden eine Reihe von konkreten Aufgaben benannt, die im Land Brandenburg umzusetzen sind, um die in der Klimastrategie benannten klimapolitischen Ziele zu erreichen. Der EFRE ist ein geeignetes Instrument für die Realisierung dieser Aufgaben und wird damit gleichzeitig dem Anspruch gerecht, seine Impulse auf eine Nachhaltige Entwicklung Brandenburgs zu

²³ Der finanzielle und materielle Stand der Abwicklung der Förderbereiche ist dem Punkt 3. Durchführung der Schwerpunkte zu entnehmen.

konzentrieren. Der EFRE kann in spezifischen Förderbereichen dazu beitragen, diese Aufgaben zu bewältigen, wie beispielsweise innerhalb des REN-Programms.

Stand der Zusammenarbeit mit dem „Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz“

Im Jahr 2007 wurde ein aus Experten bestehender "Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz" beim Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz berufen, der die Landesregierung zu Fragen der Nachhaltigkeit berät und an der Ausgestaltung der relevanten Strategien und Programme des Landes mitwirkt. Im Zusammenhang mit der Energiestrategie 2020 des Landes Brandenburg formulierte der Beirat strategische Zielstellungen und gab Handlungsempfehlungen, die u.a. auch für die Schwerpunktsetzung der EFRE-Förderung relevant sein können.

Weitere Maßnahmen zur Evaluation und Begleitung

Seitens der EFRE-Verwaltungsbehörde ist vorgesehen, mittels Auftragsvergabe das Thema Nachhaltigkeit gesondert evaluieren zu lassen, ähnlich einer themenspezifischen Halbzeitbewertung bzw. zum Abschluss der Förderperiode. Ab Februar 2009 ist zudem vorgesehen, innerhalb der ILB eine Stelle einzurichten, die sich explizit dem Thema Nachhaltigkeit zuwendet. Die projektbezogene Nachhaltigkeitsbewertung der ILB soll dabei verbessert und das Bewertungstool angepasst werden. Der Nachhaltigkeitsbeauftragte innerhalb der ILB wird zudem das Thema wissenschaftlich begleiten und verstärkt bei Publizitäts- und Öffentlichkeitsmaßnahmen zum Querschnittsziel Unterstützung leisten. Er soll dabei Unterstützung leisten, bei der Auswahl der Projekte entsprechend den Auswahlkriterien umwelt- bzw. nachhaltigkeitsbezogene Aspekte zu berücksichtigen, indem neben den relevanten Landesstrategien in der Anwendung auf das Projekt auch eine grundsätzliche Vergleichbarkeit der Nachhaltigkeitsaspekte begleitet wird.

Chancengleichheit

Die EFRE-Verwaltungsbehörde war auch 2008 in der fondsübergreifenden Arbeitsgemeinschaft „Chancengleichheit in den Strukturfonds“ (AG Chancengleichheit) aktiv vertreten. Innerhalb der AG sind ständige Vertreter seitens EFRE, ESF, des ELER- Programms sowie der fachrelevanten Landesressorts an der Arbeit beteiligt.

Innerhalb der AG ist ein Arbeitsprogramm für den Förderzeitraum erstellt worden. Dieses wurde u.a. auch den Wirtschafts- und Sozialpartnern beim Gemeinsamen Begleitausschuss vorgestellt und beschlossen. Vorrangig sind somit folgende Aufgabenfelder der Arbeitsgruppe festgelegt:

- Erprobung von Projekten mit dezidierter Genderrelevanz (Pilotprojekte), u.a. auch zur Nutzung im Rahmen von Publizitätsmaßnahmen i.S.v. good – practice
- Weiterentwicklung eines Indikatorensystems für das Querschnittsziel Chancengleichheit
- Einführung eines abgestimmten Verfahrens zur Gender-Relevanzprüfung
- praktische Unterstützung bei der Berücksichtigung von Genderaspekten für Richtlinienverantwortlichen, zwischengeschaltete Stellen und Fachbereiche
- Fortsetzung der Netzwerkarbeit auf Bund – Länder – Ebene im Bereich Chancengleichheit
- Information und bedarfsorientierte Kooperation mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern im BGA

Der Stand der Umsetzungen bei den Arbeitsschritten ist bei den Begleitausschusssitzungen im Jahr 2008 vorgestellt worden. Zudem ist eine Informations- und bedarfsorientierte Kooperation mit den Partnern im Gemeinsamen Begleitausschuss angestrebt worden. Infolgedessen wurde im Dezember 2008 erstmalig eine erweiterte AG-Sitzung mit Mitgliedern des BGLA durchgeführt (Unternehmerinnenverband, Frauenpolitischer Rat etc.). Für die Wirtschafts- und Sozialpartner ergab sich dadurch die Möglichkeit, sich direkt über die Arbeitsfelder der AG Chancengleichheit zu informieren. Zudem konnte über weitere Aufgaben für 2009 diskutiert und sich ausgetauscht werden. Das erweiterte Gremium soll, auch aufgrund der positiven Resonanz, fortgeführt werden.

Bei der Planung und Durchführung von Projekten mit dezidierter Genderrelevanz orientieren sich die Projektinhalte auf die Bereiche zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer, auf eine chancengerechte Bildungsbeteiligung sowie auf eine gezielte Förderung und Unterstützung von Frauen bei der Existenzgründung sowie bei Betriebsübernahmen. Bei einer erfolgreichen Umsetzung der geplanten Projekte wird beabsichtigt, die Vorhaben im Rahmen der fondsübergreifenden Öffentlichkeitsarbeit im Sinne von good – practice – Beispielen vorzustellen. Eine Publizitätsmaßnahme, ggf. eine Broschüre, ist jedoch nicht vor 2010 vorgesehen, da erst dann erste Erfahrungen mit den Genderprojekten und Evaluationsergebnisse zu den Projekten vorliegen.

Verschiedene Ressorts nutzten auch 2008 die AG, um Fragestellungen zur Förderung der Chancengleichheit zu diskutieren. Schwerpunkt bildete der fachliche Austausch zu Fragen der Umsetzung des Querschnittsziels Chancengleichheit bei der Erarbeitung der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte InSeke (bzw. der Richtlinie zur Nachhaltigen Stadtentwicklung) durch das MIR. Neben der Integration von Handlungsfeldern mit Bezug zu Chancengleichheit innerhalb der Richtlinie ist auch vorgesehen, Projektträger bzw. kommunale Antragsteller zu beraten, um die Genderthematik innerhalb der Förderprojekte zu berücksichtigen. Gerade bei der Förderung integrierter Stadtentwicklung, auch mit Fokus

auf die demografische Entwicklung, ist die Beachtung von Fragen der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung von erhöhter Bedeutung.

Im Berichtsjahr erfolgte die Festlegung zu einem abgestimmten Verfahren für eine sog. Gender-Relevanzprüfung beim Einsatz der Strukturfondsmittel (EFRE, ESF, ELER). Mit dem erstellten Arbeitsdokument kann bei der Erarbeitung, Weiterentwicklung und Evaluierung von Richtlinien und Förderprogrammen im Rahmen des Gender-Mainstreaming-Prinzips Hilfestellung und Unterstützung gegeben werden. Das Papier soll bereits im Prozess der Maßnahmenplanung Anwendung finden und helfen, den Verwaltungsaufwand für erforderliche Relevanzprüfungen angemessen und effizient zu halten. Die Relevanzprüfung ist in eine Arbeitsanweisung für die zwischengeschalteten Stellen integriert worden.

Die Weiterentwicklung des Indikatorensystems für das Querschnittsziel Chancengleichheit bildete auch 2008 weiterhin einen Aufgabenbereich innerhalb der AG. In einem nächsten Schritt sollen Indikatoren gebildet werden, die in geeigneter Weise den Fortschritt der Umsetzung des Querschnittsziels im Rahmen des Strukturfondseinsatzes in Deutschland abbilden. Bund und Länder haben sich darauf verständigt, künftig in einer fonds- und zielgebietsübergreifende AG Chancengleichheit zu agieren und sich über geeignete Indikatoren zu verständigen, die dann auch relevant sind für die Berichterstattung zum Nationalen Strategischen Rahmenplan für den Strukturfondseinsatz in Deutschland.

Mittels der Netzwerkarbeit auf Bund-Länder-Ebene ist zudem ein gesteigerter Austausch mit anderen Bundesländern zu bestimmten Fragen der Genderimplementierung und -umsetzung erfolgt, (siehe z.B. Ländersynopse Durchführungsbericht 2007).

2.2 Angaben zur Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht

Es sind keine grundlegenden Probleme bei der Durchführung des OP in Bezug auf das Gemeinschaftsrecht im Jahr 2008 aufgetreten, wenngleich durch die Umstrukturierung des Beihilfenrechts im Jahr 2008 ein Anpassungsbedarf gegeben war.

Die Einhaltung der Gemeinschaftspolitiken erfolgt entlang der im OP und in der Beschreibung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme ausführlich dargestellten Strukturen, Grundlagen und Abläufe. Da die Richtlinien, mit denen die Umsetzung ins nationale Verwaltungsrecht erfolgt, auf der Basis des OP sowie der einschlägigen Vorschriften des Gemeinschaftsrechtes beruhen und von der Verwaltungsbehörde auf Übereinstimmung mit diesen Grundlagen geprüft werden, sind klare Regelungen insbesondere auch zur Einhaltung des Beihilferechts, der Regeln für die öffentliche Auftragsvergabe aber auch weite-

re gemeinschaftsrechtliche Bestimmungen sichergestellt. Die Umsetzung über die zwischengeschalteten Stellen wird sichergestellt.

Die Kommission hat seit Herbst 2008 eine Reihe von Rechtstexten beihilferechtlicher Natur zur Abstimmung mit den Mitgliedstaaten gestellt. Einige Papiere gehen aus dem „Aktionsplan – Staatliche Beihilfen“ der Kommission aus dem Jahre 2006 hervor, der eine Reform der materiellen und verfahrensrechtlichen Aspekte des Beihilfenrechts zum Ziel hatte, etwa die bereits in Kraft getretenen FuEul-Rahmen oder die Allgemeine GruppenfreistellungsVO.

Mit Beginn der Finanzkrise und deren Folgen für die Realwirtschaft hat die Kommission zusätzlich vorübergehende Regelungen zur deren Behebung bzw. Abfederung geschaffen. Im Mittelpunkt steht dabei der „Vorübergehende Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen zur Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise“ der Kommission vom 17.12.2008. Bedingung für alle unter diesem Gemeinschaftsrahmen fallenden Maßnahmen ist, dass es sich bei den begünstigten Unternehmen zum Stichtag 1.7.2008 nicht um eines in Schwierigkeiten handelte.

Dieser lediglich für die Jahre 2009 und 2010 geltende Gemeinschaftsrahmen bildet die Grundlage für die nationalen Maßnahmen, die der Bund für sich, die Länder und Kommunen in einzelne Rahmenregelungen kategorisiert hat. Vorhaben, die entsprechend dieser Rahmenregelungen durchgeführt werden, müssen der Kommission nicht gesondert gemeldet und zur Genehmigung vorgelegt werden.

Eine solche von der Kommission bereits am 30.12.2008 genehmigte Rahmenregelung trägt den Namen „Kleinbeihilfen“ des Bundes, mit der Beihilfen mit einem Wert von bis zu 500.000 EUR bewilligt werden können. Im Gegensatz zu De-minimis-Beihilfen, die wegen ihrer Maximalhöhe von 200.000 EUR dogmatisch nicht als Beihilfen gelten und damit nicht dem Verbot unterfallen, handelt es sich bei den Kleinbeihilfen von bis zu 500.000 EUR um – nach Art. 87 Abs. 3 lit. b EG-Vertrag gerechtfertigte – Beihilfen.

Im Jahr 2008 wurden vier Förderprogramme beihilferechtlich notifiziert. Alle Notifizierungen erfolgten nach Artikel 88 Abs. 3 des EG-Vertrages. Notifiziert wurde die Große Richtlinie zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie die Richtlinie zur Förderung von Forschung und Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen. Im Oktober erfolgte die Notifizierung des Risikokapitalfonds II und im Dezember des EFRE-Frühphasenfonds für jungen technologieorientierte Unternehmen.

2.3. Wesentliche aufgetretene Probleme und getroffene Abhilfemaßnahmen

Im Jahr 2008 wurde das Verwaltungs- und Kontrollsystem für das Operationelle Programm eingerichtet. Eine genauere Beschreibung erfolgt unter dem Punkt Vorkehrungen zur Begleitung. Ferner wurde die

Auflage verschiedener alternativer Finanzierungsinstrumente intensiv vorbereitet. Zur Auflage des Stadtentwicklungsfonds fanden verschiedene Gespräche mit der Kommission statt.

Wesentliche Probleme sind nicht aufgetreten.

2.4. Änderungen der Durchführungsbestimmungen des operationellen Programms

Es sind keine für die Durchführungsbestimmungen des Operationellen Programms relevanten Entwicklungen aufgetreten. Für die operationelle Umsetzung sind mit Referaten im MIR, MLUV, MWFK und MW weitere zwischengeschaltete Stellen eingerichtet worden.

2.5. Wesentliche Änderung gemäß Artikel 57 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006

Wesentliche Änderungen gemäß Artikel 57 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 sind nicht aufgetreten.

2.6. Komplementarität mit anderen Instrumenten

Die EFRE-Strukturfondsförderung wird nach dem Grundsatz der Komplementarität gemäß Artikel 130 des EU-Vertrages und Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 umgesetzt. Die Förderung aus dem EFRE stellt somit eine Ergänzung der Förderungen auf Landesebene dar und erfolgt subsidiär gegenüber Bundes- und Landesförderung.

Für die Kohärenz zwischen den Fonds sind aus übergreifender Sicht in erster Linie zwei Blickwinkel maßgeblich. Zum einen müssen die Fonds mit der allgemeinen Entwicklungspolitik des Landes im Einklang stehen und zum anderen müssen sich die Fördermöglichkeiten der einzelnen Fonds sinnvoll ergänzen und insbesondere keine Doppelförderungen zulassen. Die diesbezüglichen Tätigkeiten der Koordinierungsstelle EU-Förderung werden im Abschnitt über die Vorkehrungen zur Begleitung dargestellt.

Übereinstimmung mit der Entwicklungspolitik des Landes

Neben der Orientierung an der Neuausrichtung der Landesförderstrategie geht die EFRE-Förderung Hand in Hand mit weiteren grundlegenden landespolitischen Konzepten. Bereits bei Erstellung des operationellen Programms EFRE wurde das Landesinnovationskonzept 2006 integriert. Das EFRE OP ist ebenfalls mit der Landestourismuskonzeption 2006 bis 2010 und der Energiestrategie 2020 verzahnt.

Kohärenz mit anderen Instrumenten

Bereits bei Erstellung des EFRE OP 2007 bis 2013 wurde nicht nur auf den Ausschluss einer Doppelförderung geachtet, sondern zugleich auf die sinnvolle Ergänzung bei etwaigen Berührungspunkten mit

anderen Instrumenten. Hierbei waren für die Jahre 2007 und 2008 noch die auslaufenden Programme der Förderperiode 2000 bis 2006 EAGFL-A, ESF, INTERREG III A, URBAN II und LEADER + zu berücksichtigen, während zugleich die Programme der Förderperiode 2007 bis 2013 ERFE Europäische Territoriale Zusammenarbeit, ESF, ELER, EFF und URBACT II anliefen. Auf der Grundlage der genehmigten Programmdokumente wurde die Kohärenz zwischen dem EFRE und anderen nationalen und europäischen Förderinstrumenten abgesichert.

Der abgestimmte Fördermitteleinsatz erfolgt entsprechend den Entwicklungsprioritäten der (Regional-) Entwicklungskonzepte in räumlich abgegrenzten Gebieten. Inhaltlich richten sich die Programme an den oben genannten ressortübergreifenden Konzepten zur Umsetzung landespolitischer Zielstellungen aus. In ressortübergreifenden, oft regelmäßigen oder bei Bedarf einberufenen Sitzungen erfolgt die Feinabstimmung zwischen den Programmen und Initiativen, so dass im laufenden Prozess eventuell auftretende Überschneidungen oder Lücken vermieden oder behoben werden. Die in der Staatskanzlei angesiedelte Koordinierungsstelle achtet vor allem im Vorfeld des Erlasses oder der Änderung von Landesrichtlinien zur Förderung aus den Fonds auf die Kohärenz. Auch im gemeinsamen Begleitausschuss für die Fonds EFRE, ESF und ELER, in den neben den Fondsvertretern auch alle Wirtschafts- und Sozialpartner eingebunden sind, die wenigstens von einem der Fonds betroffen sind, werden sinnvolle Formen der Kooperation und Abgrenzung im Einsatz der einzelnen Fonds sichergestellt.

Für die Operationellen Programme zum EFRE Ziel 3, an denen das Land Brandenburg beteiligt ist, wurden im Jahr 2008 die Verwaltungs- und Kontrollsysteme gemeinsam mit den polnischen Partnern aufgebaut. Da in diesem Rahmen noch keine Bewilligungen zu verzeichnen waren, mussten keine Feinabstimmungen im Jahr 2008 erfolgen.

Zwischen den Verwaltungsbehörden für den ESF und den EFRE sowie den jeweiligen Fachreferaten fanden im Jahr 2008 mehrere Abstimmungen zur Abgrenzung der Förderprogramme im Bereich der Existenzgründung, insbesondere zum geplanten Zuschussprogramm für innovative Gründungen statt.

Zwischen den Verwaltungsbehörden des EFRE und des ELER sind im Jahr 2008 Abstimmungen zur Förderung von Breitbandinfrastruktur erfolgt. Hierbei wurde verabredet, dass die Förderung von Breitband außerhalb der Erschließung von Industrie- und Gewerbegebieten im Rahmen der Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur nicht mit dem EFRE, sondern mit dem ELER kofinanziert wird. Außerdem fanden im Bereich der touristischen Infrastruktur zwischen den Verwaltungsbehörden und den beteiligten Fachreferaten Abstimmungen zur klaren Zuord-

nung zu den Fonds statt. Zum Europäischen Fischereifonds EFF gab es im Jahr 2008 keinen Abstimmungsbedarf.

Zwei weitere Instrumente flankieren die EFRE-Förderung. Einerseits das URBACT II-Projekt RUnUP, welches nachfolgend beschrieben wird, andererseits das aus Technischer Hilfe finanzierte Projekt zur Erhöhung der Wirksamkeit der EFRE-Interventionen in den Regionalen Wachstumskernen. Dieses Projekt wird unter dem Punkt Technische Hilfe erläutert.

Im Rahmen des Projektes URBACT II – Projekt RUnUP / Role of Universities in Urban Poles soll versucht werden, die Rolle von Hochschulen und Forschungseinrichtungen für die regional-ökonomische und städtebauliche Entwicklung von mittelgroßen Städten (50.000 bis 200.000 Einw.) systematisch und nachhaltig zu stärken. Die Kompetenzen der regionalen Hochschulen sollen in den Städten für die wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung des Wissens-transfers nutzbar gemacht werden. Für eine Projektbearbeitung vor Ort sollen dazu lokale Akteure (z.B. Stadtverwaltung, Wissenschaftseinrichtungen, Unternehmen, Kammern, Hochschulen) systematisch eingebunden und vernetzt werden. Die Potenziale der lokalen Hochschul- und Forschungseinrichtungen sowie der lokalen Wirtschaft und der Stadt sollen füreinander nutzbar gemacht und besser aufeinander abgestimmt werden.

An dem Projekt sind 9 europäische Städte beteiligt: Agueda (PT), Barakaldo (ES), Campobasso (IT), Dunkirk (FR) Leszno (PO), Patras (GR), Potsdam (GE), Solna (SW) sowie als Lead-Partner Gateshead (GB). In Potsdam ist die Universität Potsdam Projektpartner.

Eine Umsetzung eines lokalen Aktionsplans ist ab 2011/12 vorgesehen. Dabei können prinzipiell auch EFRE-Mittel zum Einsatz kommen. Es sind aber auch eine Vielzahl anderer (Förder-) Maßnahmen denkbar.

7. Forschungsrahmenprogramm

Neben verschiedenen Abstimmungen auf Arbeitsebene zwischen Bund und Ländern fand in Potsdam im Dezember 2008 eine Bund-Länder-Konferenz zur EU-Förderung für Forschung und Innovation statt. Auf dieser vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung veranstalteten Tagung wurden Berührungspunkte, Synergien und Abgrenzungen zwischen Strukturfonds und den Forschungsrahmenprogrammen diskutiert.

Abstimmung mit dem Land Berlin

Im Herbst des Jahres 2008 wurde aus Mitteln der Technischen Hilfe des EFRE extern eine Analyse und Bewertung der länderübergreifenden Technologieförderung in der Region Berlin-Brandenburg erarbeitet. Auf der Grundlage dieser Analyse wird ab dem Jahr 2009 eine länderübergreifende Arbeitsgruppe Strukturen und Wege erörtern, im Rahmen der gemeinsamen Innovationsstrategie Verbundprojekte zu fördern.

2.7. Vorkehrungen zur Begleitung

Im Jahr 2008 wurden umfangreiche Vorkehrungen zur Begleitung des EFRE OP getroffen. Der Schwerpunkt lag dabei beim Aufbau des Verwaltungs- und Kontrollsystems. Neben der Erfüllung der folgend genannten Pflichtaufgaben ermöglicht dieses Begleitsystem einen permanenten Überblick über das Gesamtprogramm und damit dessen Bewertung und Steuerung durch die Verwaltungsbehörde. Daneben wurden die bewährten Instrumente der Begleitung fortgeführt und ergänzt. Punktuelle Veranstaltungen mit verschiedenen Partnern traten hinzu.

2.7.1. Verwaltungs- und Kontrollsystem²⁴

Mit der Genehmigung des Operationellen Programms EFRE am 05.09.2007 hatte das Land ein Jahr Zeit, der EU-Kommission die für die Förderperiode 2007 bis 2013 eingerichteten Verwaltungs- und Kontrollsysteme durch die Verwaltungsbehörde beschreiben zu lassen. Weiterhin hatte die Prüfbehörde innerhalb dieser Frist eine Bewertung abzugeben, inwieweit diese die Anforderungen der Art. 58 bis 62 der VO (EG) Nr. 1083/2006 erfüllen.

Die Verwaltungsbehörde trägt gemäß Artikel 60 der VO (EG) Nr. 1083/2006 die Gesamtverantwortung für die Verwaltung und Durchführung des operationellen Programms. Sie koordiniert die zwischengeschalteten Stellen und ist Ansprechpartnerin für den Bund und die Europäische Kommission.

Die Verwaltungsbehörde nimmt, wie oben bereits beschrieben, die Aufgabe wahr, das operationelle Programm zu verwalten und für eine ordnungsgemäße Durchführung desselben Sorge zu tragen.

Eine wichtige Voraussetzung dafür bildet die Einrichtung funktionierender Verwaltungs- und Kontrollsysteme, welche eine der Grundvoraussetzungen für die Durchführung des Operationellen Programms ist.

Beispielhaft seien an dieser Stelle folgende Grundsätze genannt, die sich aus Artikel 58 VO (EG) Nr. 1083/2006 für die Verwaltungsbehörde ergeben:

²⁴ siehe Anlage 3 Übersicht über die vertraglichen Beziehungen

- die Aufgabenbeschreibung der mit der Verwaltung und Kontrolle betrauten Stellen (Verwaltungsbehörde, Bescheinigungsbehörde, Prüfbehörde, zwischengeschaltete Stellen) und eine angemessene Aufgabentrennung zwischen diesen bzw. innerhalb dieser Stellen,
- Verfahren, mit denen die Richtigkeit und Ordnungsmäßigkeit der im Rahmen des operationellen Programms geltend gemachten Ausgaben sichergestellt werden,
- Zuverlässige und computergestützte Systeme für die Buchführung, Begleitung und Finanzberichterstattung,
- ein System für die Berichterstattung und Begleitung in den Fällen, in denen die zuständige Stelle die Ausführung von Tätigkeiten einer anderen Stelle überträgt,
- Systeme und Verfahren, die einen hinreichenden Prüfpfad gewährleisten, sowie
- Verfahren zur Berichterstattung und Begleitung bei Unregelmäßigkeiten.

Um sicherzustellen und überprüfen zu können, ob diese wesentlichen Grundlagen durch den Mitgliedstaat geschaffen wurden, hat die Verwaltungsbehörde der Europäischen Kommission gemäß Artikel 71 Abs. 1 VO (EG) Nr. 1083/2006 eine Beschreibung dieser eingerichteten Verwaltungs- und Kontrollsysteme vorzulegen, die insbesondere über Folgendes Aufschluss gibt:

- den Aufbau und die Verfahren der Verwaltungs- und der Bescheinigungsbehörde sowie der zwischengeschalteten Stellen und
- den Aufbau und die Verfahren der Prüfbehörde und der sonstigen Stellen, die unter deren Verantwortung Prüfungen vornehmen.

Der Inhalt dieser Beschreibung richtet sich nach den Artikeln 21 und 22 der VO (EG) Nr. 1828 und dem Anhang XII dieser VO sowie Artikel 15 der VO (EG) Nr. 1828/2006 (Prüfpfad).

Gemäß Artikel 71 Abs. 2 VO (EG) Nr. 1083/2006 ist vor Übersendung der Systembeschreibung an die Kommission (KOM) eine Konformitätsprüfung durch die Prüfbehörde vorgesehen.

Von der anschließenden Stellungnahme der Prüfbehörde ist nach Art. 71 Abs. 2 der VO (EG) Nr. 1083/2006 die Leistung der ersten Zwischenzahlung abhängig. Für den Fall, dass die Stellungnahme der Prüfbehörde Vorbehalte enthält, erfolgt die erste Zwischenzahlung erst, nachdem der KOM bestätigt worden ist, dass Abhilfemaßnahmen getroffen wurden und die Vorbehalte daraufhin zurückgezogen werden konnten.

Im Ergebnis dieser Konformitätsprüfung hat die Prüfbehörde gegenüber der KOM eine Stellungnahme dahingehend abgegeben, dass die Verwaltungs- und Kontrollsysteme den Anforderungen der Art. 58 bis 62 der VO (EG) Nr. 1083/2006 entsprechen. Lediglich zu dem eingerichteten EDV-System (efRE-

porter II) konnte durch die Prüfbehörde kein positives Testat abgegeben werden, da dieses sich während der Konformitätsprüfung noch im Testbetrieb befand.

Die Systembeschreibung und der Bericht über die Konformitätsprüfung wurden der EU-Kommission fristgerecht am 05.09.2008 per SFC übermittelt.

Mit Schreiben vom 8.10.2008 teilte die KOM der Verwaltungsbehörde und der Prüfbehörde mit, dass sie die eingereichten Unterlagen (VKS-Beschreibung) als nicht annehmbar erachtet. Sie begründete ihre Aussage mit der fehlenden vollständigen Inbetriebnahme/Abnahme des efREporters II. Somit bestand die Notwendigkeit, eine Follow-up-Prüfung durchzuführen.

Die Verwaltungsbehörde hat mit Wirkung vom Dezember 2008 gegenüber der Prüfbehörde erklärt, dass die technische Funktionsfähigkeit der Offline-Datenzulieferung als gesichert anzusehen ist. Die Prüfbehörde hat daraufhin die Follow-up-Prüfung des efREporters II eingeleitet.

Nach Abschluss dieser Überprüfung ist durch das Land Brandenburg die bereits vorgelegte Beschreibung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme mit dem neuen Bewertungsbericht der Prüfbehörde, in dem die Ergebnisse der Follow-up-Prüfung zu berücksichtigen sind, neu einzureichen.

2.7.2. Bewährte Instrumente der Begleitung

Kontinuierlich in regelmäßigen Abständen tagt der EFRE-Ausschuss. Einmal im Monat kommen die Vertreterinnen und Vertreter der EFRE-Mittel einsetzenden Ressorts zusammen, um über den Fortschritt bei der Programmdurchführung aber auch über die Projekte zu beraten, denen eine Förderung aus dem EFRE zuteil werden soll. Unter dem Vorsitz der Verwaltungsbehörde EFRE wird geprüft, ob die von der Europäischen Union vorgeschriebenen Regularien eingehalten werden. Sachverhalte einzelner Projekte können von den fachlich Zuständigen in dieser Runde noch einmal erläutert werden, wenn etwa auf den ersten Blick Fragen in diesem Zusammenhang auftauchen.

Neben dem EFRE-Ausschuss existiert seit langer Zeit der sogenannte Jour Fixe mit der Verwaltungsbehörde EFRE und der ILB, die den Großteil der Bewilligungen vergibt. In diesem Gremium werden Detail- und Verfahrensfragen im operativen Geschäft bei Bewilligungen, Verwaltung und Kontrolle beraten.

Erstmals wurde im Jahr 2008 neben dem schon bestehenden Jour Fixe mit der ILB ein Jour Fixe mit den zwischengeschalteten Stellen eingerichtet. In diesem Forum sollen speziell die Fragen der zwischengeschalteten Stellen ausführlich beraten werden. Das Gremium soll etwa drei bis vier mal pro Jahr tagen, bei Bedarf auch öfter.

2.7.3. Koordinierungsstelle EU-Förderung

Die Koordinierungsstelle führt u. a. die Geschäfte des Gemeinsamen Begleitausschusses, koordiniert in fondsübergreifenden Angelegenheiten, ist neben den Förderressorts Mitglied in der IMAG Aufbau Ost und prüft die Förderrichtlinien des Landes auf Kohärenz untereinander und mit den OP.

Gemeinsamer Begleitausschuss

Im Jahre 2008 fanden 2 Sitzungen (3. und 4. Sitzung) des Gemeinsamen Begleitausschusses (BGLA) am 05.06. und 20.11.2008 statt.

Im Rahmen der 3. Sitzung erhielten die Mitglieder des BGLA den EFRE betreffend zunächst einen zusammenfassenden inhaltlichen Überblick zum Jahresbericht 2007. In diesem Zusammenhang wurde seitens des Fondsverwalters MW darauf hingewiesen, dass die inhaltliche Darstellung des Berichts auf der Grundlage des in der Durchführungsverordnung vorgegebenen Schemas vorgenommen wurde. Ferner wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Daten für ein detaillierteres Monitoring noch nicht vorliegen, da die Anpassung des Datensystems efReporter II noch nicht abgeschlossen ist.

Bezüglich der in dem Bericht noch fehlenden Angaben zur Chancengleichheit und Nachhaltigkeit wurde vereinbart, eine entsprechende Ergänzung des Berichts vorzunehmen.

Im Anschluss an die Diskussion zum Jahresbericht 2007 wurde die Thematik „Projektauswahlkriterien“ aufgegriffen. Die aufgrund der Hinweise der Europäischen Kommission erneut überarbeiteten Projektauswahlkriterien des EFRE wurden durch MW vorgestellt, danach eingehend diskutiert und abschließend durch den BGLA gebilligt.

Anlässlich der 4. Sitzung wurde der BGLA darüber informiert, dass wie angekündigt eine Ergänzung des durch den am 05.06.2008 durch den BGLA genehmigten Jahresberichts für das Jahr 2007 notwendig sei. Eine diesbezügliche Beschlussvorlage wurde dem Gremium durch MW vorgelegt. Die Änderungen des Jahresberichts, insbesondere „Einfügung einer Übersichtstabelle für die Indikatoren mit den Ausgangs-, Ziel- und Ergebniswerten“, Erstellung eines Verzeichnisses der Begünstigten samt Bezeichnung der Vorhaben und des Betrags der für die Vorhaben bereitgestellten öffentlichen Beteiligungen“ und „Aufnahme der elektronischen Adresse, unter der das Verzeichnis zu finden ist“, wurden durch den BGLA gebilligt.

Als ein weiterer Tagesordnungspunkt der 4. Sitzung stand die Berichterstattung über die Durchführung des Kommunikationsplanes EFRE 2007 bis 2013 auf der Agenda. Dabei hat MW auf der Grundlage einer Power-Point-Präsentation über das Hauptanliegen des Kommunikationsplanes sowie über die Ziele, Zielgruppen und umfangreiche Kommunikationsmaßnahmen im Bereich des EFRE berichtet.

Abstimmungen und Vertretungen in fondsübergreifenden Angelegenheiten durch die Koordinierungsstelle

Im Rahmen ihrer Aufgaben hat die Koordinierungsstelle in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg die Umsetzung der Strukturfondsförderung der Förderperiode 2007 bis 2013 in fondsübergreifenden Angelegenheiten mit einer Reihe von Aktivitäten unterstützt.

Auf Landesebene hat die Koordinierungsstelle u. a. Anfragen und Aufträge aus dem parlamentarischen Raum federführend bearbeitet. Zu nennen sind hier Beiträge zu Sitzungen des Ausschusses für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik des Brandenburger Landtages sowie die halbjährliche Information des Ausschusses für Haushalt und Finanzen (AHF) zur finanziellen Umsetzung der Strukturfondsförderung. Daneben wurden die Auswirkungen eines Urteils des Verfassungsgerichtshofs des Freistaates Sachsen hinsichtlich einer Beteiligung des sächsischen Landtages bei der Strukturfondsprogrammplanung durch die Landesregierung Sachsen auf die Politik in Brandenburg untersucht und bewertet. Im Weiteren wird der Bericht an den Landtag zur Finanzierung der EU-Förderprogramme in vorbereitet.

Darüber hinaus hat sich die Koordinierungsstelle auf der europäischen und der Bundesebene im Zusammenhang mit der Vereinfachungsdiskussion - die im Zusammenhang mit den Ereignissen der 2008 aufkommenden Finanz- und Konjunkturkrise aufgekommen ist - eingebracht. Speziell wurden hier Beiträge zu den vorgeschlagenen und teilweise bereits umgesetzten Verordnungsänderungen geleistet.

IMAG „Aufbau Ost“

Die laufende Kohärenz der Landesstrategie „Stärken stärken“ wird durch die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) „Aufbau Ost“ unter Federführung der Staatskanzlei sichergestellt. Zum einen sind die programmverwaltenden Ressorts und zum anderen die Koordinierungsstelle in der IMAG vertreten. Die IMAG „Aufbau Ost“ hat im Jahre 2008 insgesamt 27 Sitzungen durchgeführt.

2.7.4. Veranstaltungen

Im Rahmen des Projektes Kontakt- und Beratungsstelle zur sozialpartnerschaftlichen Begleitung der Umsetzung des ESF in Brandenburg beim KBS Fachdialog wurden die Neuerungen der Durchführungsbedingungen der EU-Strukturfonds mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern erörtert. Im Kontext des EFRE-Technische-Hilfe-Projekts zur Erhöhung der Wirksamkeit von EFRE-Interventionen in den regionalen Wachstumskernen wurden mit den Vertretern der regionalen Wachstumskerne ebenfalls Bedingungen für EFRE-Interventionen erörtert.

3. Durchführung der Schwerpunkte

3.1. Prioritätenachse/Schwerpunkt 1

Förderung betrieblicher Investitions- und Innovationsprozesse

3.1.1. Ergebnisse und Fortschrittsanalyse

In diesem Schwerpunkt werden die drei Handlungsfelder „Förderung gewerblicher Investitionen“, „Förderung von betrieblicher Forschung und Entwicklung und technologieorientierter Unternehmen“ sowie „Stärkung unternehmerischer Potentiale“ umgesetzt. Spezifische Ziele sind die Unterstützung produktiver Investitionen zur Modernisierung des Kapitalstocks und Erhöhung der Produktivität, die Unterstützung von betrieblicher FuE, des Technologietransfers und technologieorientierter Unternehmen zur Stärkung der Innovationsfähigkeit sowie die Stärkung unternehmerischer Kompetenzen.

Materielle Fortschritte mit Quantifizierung der Ziele in der Förderperiode²⁵

Indikator		2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	gesamt
induziertes Investitionsvolumen in prod. Investition [in Mio. €]	Ergebnis	0	36,77 1a)								36,771
	Zielwert	0	36	390	390	390	390	390	390	390	ca. 2.700
geschaffene Arbeitsplätze bei Förderung prod. Investitionen [Anzahl]	Ergebnis	0	192								192
	Zielwert	0	192	1.044	1.044	1.044	1.044	1.044	1.044	1.044	rd. 7.500
gesicherte Arbeitsplätze bei Förderung prod. Investitionen [Anzahl]	Ergebnis	0	883								883
	Zielwert	0	883	3.400	2.800	2.000	1.500	1.500	1.500	1.500	rd. 15.000
Investitionen in der FuE-Projektförderung [in Mio.€]	Ergebnis	0	1,118 b)								1,118
	Zielwert	0	118	55	60	65	68	68	30	30	rd. 400
geschaffene FuE-Arbeitsplätze (brutto) durch betriebl. Förderung [Anzahl]	Ergebnis	0	0								0
	Zielwert	0	0	145	160	170	175	180	185	185	rd. 1.200
unterstützte Neugründungen, davon technologieorientiert [Anzahl]	Ergebnis	0	0								0
	Zielwert	0	0	30	40	40	20	20	0	0	150

²⁵ siehe auch Anlage 5 Übersicht über die Hauptindikatoren

unterstützte Unternehmen im Bereich internationaler Markterschließung [Anzahl]	Ergebnis	0	0								0
	Zielwert	0	0	60	60	60	60	60	50	50	400
Anzahl der geförderten Vorhaben zur rat. Energiegewinnung/ Nutzung erneuerbarer Energien [Anzahl]	Ergebnis	0	7								7
	Zielwert	0	7	125	130	130	130	130	0	0	rd.650
installierte Leistung regenerativer Energieträger [KW]	Ergebnis	0	75								75
	Zielwert	0	75	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	0	0	10.000

- a) Stand: Gesamtkosten, gezahlt, nur Projekte mit Status abgeschlossen;
b) Stand: Gesamtkosten, gezahlt, nur Projekte mit Status abgeschlossen.

Finanzielle Fortschritte

		2007 in Mio. €	2008 in Mio. €	gesamt in Mio. €
Schwerpunkt gesamt				
Bewilligungen	Ziel			659,558
	Ergebnis	101,307	176,211	277,518
Zahlungen	Ergebnis	6,733	62,449	69,181
Förderung gewerblicher Investitionen				
Bewilligungen	Ergebnis	89,709	140,950	230,660
Zahlungen	Ergebnis	5,402	51,790	57,192
betriebliche FuE und Technologietransfer				
Bewilligungen	Ergebnis	11,278	25,497	36,775
Zahlungen	Ergebnis	1,314	8,418	9,732
Stärkung unternehmerischer Potenziale				
Bewilligungen	Ergebnis	0,32	9,763	10,083
Zahlungen	Ergebnis	0,016	2,24	2,256

Die Umsetzung des Schwerpunktes wurde im Jahr 2008 fortgeführt. Insgesamt sind 42,1 % der EFRE-Mittel dieses Schwerpunkts bewilligt und ca. 10,49 % ausgezahlt. Damit sind bewilligungsseitig in diesem Schwerpunkt die größten Fortschritte zu verzeichnen. Da sich der Durchführungszeitraum der Projekte i.d.R. über mehrere Jahre erstreckt, erfolgen die Auszahlungen der 2007/2008 bewilligten Projekte erst in den Folgejahren 2009/2010 und in geringerem Umfang 2011. Inwieweit sich durch die Finanzkrise Verzögerungen bei der Projektdurchführung ergeben oder Projekte gar nicht umgesetzt werden, muss abgewartet werden. Die Förderrichtlinien FuE in KMU und FuE allgemein sind nach der beihilfe-

rechtlichen Genehmigung im Dezember 2008 in Kraft getreten und werden ihre volle Wirksamkeit erst in den Folgejahren entfalten.

Nachfolgend werden die drei Handlungsfelder näher beschrieben:

a) Förderung gewerblicher Investitionen

Produktive Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA)

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur-Gewerbe“ (GA-G) ist das Hauptinstrument der Wirtschaftsförderung. Im Zeitraum 1.1.2007 bis 31.12.2008 sind insgesamt 227,5 Mio. EUR EFRE-Mittel bewilligt worden. Das entspricht einem Bindungsgrad der in der Förderperiode 2007 bis 2013 für die GA-G vorgesehenen EFRE-Mittel (364,4 Mio. EUR) von 62,4%. Als Besonderheit wird in diesem Schwerpunkt das sog. Mittelstandsprogramm umgesetzt, in dem standortunabhängig finanzielle Hilfen in Form einer Basisförderung und eines KMU-Zuschlags für KMU mit förderfähigen Investitionskosten bis 2,5 Mio. EUR unterstützt werden. Für diese Projekte können Mittel durch die Projektträger zwei Monate *vor* Fälligkeit der Rechnungen bei der ILB abgerufen werden. Durch eine besondere Kennzeichnung dieser Projekte wird gesichert, dass diese Zahlungen erst nach Abschluss der Projekte in die Erstattungsanträge bei der Kommission einfließen. Darüber hinaus ist im Rahmen der GA-Richtlinie auch die Vergabe von EFRE-Darlehen, die mit Zuschüssen aus GA kombiniert werden, vorgesehen. Im Januar 2008 erfolgte die beihilferechtliche Notifizierung der GA-Nachrangdarlehen. Aufgrund der langen Klärungsprozesse konnte die Genehmigung erst im Dezember 2008 erfolgen.

Die förderfähigen Gesamtkosten betragen 1,127 Mrd. EUR. Mit der Realisierung der geplanten Investitionen sollen 2.238 neue Arbeitsplätze, darunter 734 für Frauen, entstehen und 10.376 Arbeitsplätze, darunter 3.145 für Frauen, gesichert werden.

Ausgehend von den bis Ende 2008 bewilligten EFRE-Mitteln und Soll-Kennziffern hinsichtlich induziertem Investitionsvolumen und Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen muss für die Maßnahme „Förderung produktiver Investitionen“ eingeschätzt werden, dass die Zielstellungen des OP 2007 bis 2013 bei den Indikatoren „induziertes Investitionsvolumen“ und „geschaffene Arbeitsplätze“ unter Zugrundelegung der bisherigen Ergebnisse voraussichtlich nicht erreicht werden. Hingegen wird beim Indikator „gesicherte Arbeitsplätze“ eine leichte Übererfüllung erwartet.

Beispielprojekte

1. Als ein sehr gutes Beispiel für die Förderung in diesem Bereich kann die Erweiterung einer Betriebsstätte zur Herstellung von Fleisch- und Wurstwaren bei der Bio Fleisch- und Wurstmanufaktur Velten GmbH gelten. Die leistungsfähige Küche zur Herstellung von Convenience-

Food-Produkten für Großküchen und ein Werksverkauf bringen Biofleisch und Wurst an zahlreiche Konsumenten. Mit der Vergrößerung der Produktion werden auch die Verpackung automatisiert und moderne Verpackungsmaterialien eingesetzt. Im Zuge des Projektes werden zwei neue Mitarbeiterstellen geschaffen. Von den 1,2 Mio. EUR Gesamtkosten entfallen 0,306 Mio. EUR auf den EFRE.

2. Ein weiteres sehr gutes Beispiel stellt die Erweiterung der Betriebsstätte zur Fertigung von Solarstrommodulen bei der aleo solar AG in Prenzlau statt. Hier wird eine der größten und modernsten Produktionsstätten für Solarmodule in Europa in der Kapazität von 90 Megawatt auf insgesamt 170 Megawatt erhöht. Durch das Investitionsvolumen von insgesamt 30 Mio. EUR inklusive der 3,4 Mio. EUR werden in Prenzlau 100 zusätzliche Dauerarbeitsplätze und zwei Ausbildungsplätze neu geschaffen.

Förderung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien (REN - Programm)

Mit In-Kraft-Setzung der neugefassten Richtlinie vom 18. Juli 2007 ist die Nachfrage im Jahr 2008 angestiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nahezu zeitgleich der Bund seine Anstrengungen zur Förderung der erneuerbaren Energien beträchtlich gesteigert und mit seinen Programmen das REN-Programm teilweise überlagert hat. Hier sind beispielhaft die Förderung der Energieberatung durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Rahmen des ERP-Energieeffizienzprogramms und die Förderung der Solarthermie im Rahmen des KfW-Programms „Erneuerbare Energien“ zu nennen. Allerdings hat sich die EFRE-Fähigkeit in Wohngebäuden bzw. von Gebäuden mit gleichzeitiger Wohn- und Gewerbenutzung als ausgesprochen kritisch herausgestellt und insbesondere die REN-Förderung im Handwerksbereich beeinträchtigt, wo sich vielfach Wohn- und Gewerberäume befinden. Dies zusammengekommen hat im Jahr 2008 zu einer nicht befriedigenden Bewilligungs- und Auszahlungssituation geführt.

Als Konsequenz daraus werden die Richtlinie und die Ergebnis-Indikatoren in bestimmten Bereichen (z.B. Fallzahlen Energieberatung, Ergebnisse Solarthermie, Einsatz Erneuerbarer Energien in Wohngebäuden) entsprechend anzupassen sein. Dabei müssen vor allem auch die Erkenntnisse der in 2008 durchgeführten Ergebnisanalyse zum REN-Programm berücksichtigt werden. Durch den damit beauftragten externen Gutachter sind für eine Neufassung der Richtlinie konkrete Empfehlungen gegeben worden, die künftig in die Richtlinie einfließen werden.

Unabhängig von dem so beschriebenen Änderungsbedarf in Bezug auf die Förderinhalte der Richtlinie hat sich das Interesse an der REN-Förderung merklich erhöht. Die Entwicklung insbesondere im Hinblick auf das Jahr 2009 hin ist positiv zu bewerten, obwohl gleichzeitig die Qualität der Anträge in Bezug

auf Vollständigkeit und Finanzierungsplanung abgenommen hat und die Bewilligung dadurch erschwert wird.

Alternative Finanzierungsinstrumente

Das Land Brandenburg hat die Idee der alternativen Finanzierungsinstrumente nach Art. 44 der VO (EG) 1083/2006 im Operationellen Programm aufgegriffen und bereitet die Umsetzung mehrerer dieser Finanzierungsinstrumente vor. Im Jahr 2008 konzentrierten sich die Vorbereitungen insbesondere auf einen Risikokapitalfonds, der Brandenburger KMU Kapital in Form von offenen und stillen Beteiligungen zur Verfügung stellen soll, das im OP beschriebene GA-EFRE-Nachrangdarlehen, mit dem ein Investitions-Zuschuss um ein komplementäres, zinsfreies Nachrangdarlehen erweitert werden kann. Die Vorbereitungen umfassten die Durchführung der beihilferechtlichen Notifizierungen sowie im Fall des Risikokapitalfonds eines europaweiten Vergabeverfahrens hinsichtlich des Managements des Fonds. Im Jahr 2008 wurde allerdings noch kein Finanzierungsinstrument operativ.

b) Förderung von betrieblicher Forschung und Entwicklung und technologieorientierter Unternehmen

Betriebliche FuE-Förderung

Zum weiteren Auf- und Ausbau des betrieblichen FuE-Potentials der Unternehmen in Brandenburg wurde die Förderung durch Gewährung von Zuschüssen für betriebliche FuE-Projekte, die der Entwicklung von neuen Produkten, Verfahren und Technologien auf dem Gebiet der innovationspolitischen Schwerpunktfelder des Landes Brandenburg dienen, im Jahr 2008 fortgesetzt. Für 74 Anträge kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) wurden Zuwendungen für Projekte insbesondere auf dem Gebiet der im Landesinnovationskonzept festgelegten Branchenkompetenzfelder bewilligt. Hinzu kommen Fördermittelzusagen für 4 Anträge von Nicht-KMU aus dem Bereich Luftfahrtforschung, die über den Projektträger Luftfahrtforschung und Technologie beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt in den Meldungen des Bundesministeriums für Wirtschaft statistisch erfasst werden. Das F&E in KMU - Programm wird gut angenommen. Der Antragseingang war in den Jahren 2007 und 2008 gleichbleibend hoch. Um die Förderung von FuE-Vorhaben von KMU auch nach Auslaufen der bis zum 31.12.2008 befristeten bisherigen Richtlinie fortsetzen zu können, wurde eine neue Richtlinie erarbeitet und nach Genehmigung durch die EU-KOM zum 01.01.2009 in Kraft gesetzt.

Beispielprojekte

1. Als ein sehr gutes Beispiel kann hier die Förderung des Projekts „Entwicklung einer Baureihe von Anhängerfahrzeugen für den Behältertransporter in Europa“ der Hüffermann Transportsys-

teme GmbH angeführt werden. Ziel des Projektes ist die Entwicklung von Transportfahrzeugen, die Behälter aus verschiedenen europäischen Ländern aufnehmen und transportieren können. Von den rund 365.000 EUR entfallen ca. 158.000 EUR auf den EFRE.

2. Ein weiteres Beispiel ist die Förderung der Entwicklung eines autonomen Vorlesesystems der beyo GmbH. Das von der Firma entwickelte leistungsfähige Vorlesesystem beinhaltet ein Gerät, das Textinhalte in der Umgebung des Benutzers (Schilder, Briefe, Bücher, Zeitungen) selbständig sucht, erfasst und vorliest. Der jeweils erkannte Text wird mittels Kopfhörer ausgegeben. Die Gesamtkosten der Entwicklung dieser Weltneuheit betragen 946.350 EUR, wovon 375.000 EUR auf den EFRE entfallen.

Innovationsassistenten

Zur weiteren Förderung der Beschäftigung von Hoch- und Fachschulabsolventen als Innovationsassistenten, die Bestandteil der Innovationsstrategie des Landes Brandenburg ist, sind im Berichtsjahr 85 entsprechende Anträge bewilligt worden. Damit wird die Schaffung neuer und höherwertiger Arbeitsplätze unterstützt.

Technologietransfer

Die wesentliche Aufgabe im Technologietransfer bestand dem Landesinnovationskonzept 2006 zufolge in der Neuordnung der Transferlandschaft mit dem Ziel, eine stärkere Unternehmensorientierung zu etablieren. Die Transferaktivitäten sollten sich stärker auf die Branchenkompetenzfelder konzentrieren. Im Jahr 2008 wurde demnach der Aufbau von Branchentransferstellen (BTS) an Unternehmensnetzwerken konsequent fortgesetzt. Gegenwärtig arbeiten Branchentransferstellen in 10 Bereichen (Logistik, Luftfahrt, Ernährung, Kunststoffe, Geoinformationswirtschaft, Energiewirtschaft/Energiotechnologien, Metallerzeugung, -be- und -verarbeitung/Mechatronik, Optik sowie Medien & IKT, der Bereich Mineralölwirtschaft/Biokraftstoffe wird von der BTS Energie mit abgedeckt, im Bereich Biotechnologie/Life Sciences übernimmt BioTOP auch die Aufgaben einer BTS). In Kürze soll auch die BTS im Bereich Automotive ihre Arbeit aufnehmen. Daneben arbeiten die Modellprojekte weiter: die regionalen Transferstellen in der Prignitz und in der Lausitz sowie das Transferzentrum Ostbrandenburg in Frankfurt(Oder), das auch den Bereich Mikroelektronik abdeckt.

Mit diesen strukturellen Neuerungen einhergehend hat sich auch die Zusammensetzung von „iq brandenburg“, dem Netzwerk der brandenburgischen Transferstellen, geändert. Alle Transferstellen an Branchennetzwerken, Hochschulen und regionalen Wachstumskernen sind jetzt Mitglied in dem Netzwerk „iq brandenburg“ und dort gut integriert.

Die zentrale Koordinierung des brandenburgischen Technologietransfers hat die ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH mit ihrem Transferzentrum für Existenzgründung, Innovation und Netzwerke inne. Neben der inhaltlichen Betreuung des gesamten Transfersystems in Brandenburg findet dort auch – gemeinsam mit den Transferstellen - die Koordinierung der Marketing-Aktivitäten statt, wie z.B. die neue iq-Imagebroschüre und der Ausbau und die Pflege des Web-Portals.

Zur besseren Leistungs- und Erfolgsorientierung im Rahmen der Förderung des Ministeriums für Wirtschaft zum Technologietransfer wurde mit Hilfe eines externen Gutachters und mit allen Transferstellen ein neues Anreizsystem für die Transferstellen diskutiert und entwickelt, das sich an der Anzahl von initiierten Projekten, geleisteten Informationsgesprächen und organisierten Veranstaltungen orientiert. Dieser Anreizmechanismus wurde mit der neuen Richtlinie des Wirtschaftsministeriums zum wirtschaftsbezogenen Technologietransfer vom 23.8.2007 eingeführt und brachte im Jahr 2008 die ersten Ergebnisse hervor. Die 7 reinen Hochschultransferstellen haben demnach zwischen Juli 2007 und Juni 2008 105 Veranstaltungen zum Technologietransfer durchgeführt sowie 88 Projekte größer 5.000 EUR mit einem Gesamtvolumen von mehr als 14 Mio. EUR mit brandenburgischen Unternehmen initiiert.

c) Stärkung unternehmerischer Potentiale

GA-Beratung

Mit der Beratungsrichtlinie wird vorrangig die Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit sowie Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen im In- und Ausland gestärkt. Unter anderem kann sich der Antragssteller (KMU) unterschiedliche Beratungs- und Schulungsleistungen für Fach- und Führungskräfte, für Markterschließungsmaßnahmen oder weitere betriebliche Maßnahmen (Organisation) fördern lassen.

Im Jahr 2008 wurden insgesamt 124 Fördermaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 6,2 Mio. EUR bewilligt. Davon konnten zwölf Maßnahmen noch im Jahr 2008 abgeschlossen werden.

Markterschließung Teil A

Das genannte Förderprogramm hatte das Ziel, durch die Unterstützung von Unternehmensaktivitäten und der Markterschließung im In- und Ausland, die KMU sowohl in ihrer Wettbewerbsfähigkeit als auch in ihrer außenwirtschaftlichen Verflechtung und ihrer außenwirtschaftlichen Kompetenz zu stärken. Die unterstützten Maßnahmen umfassten sowohl wirtschaftliche, technische, finanzielle, personalwirtschaftliche und organisatorische Probleme der Unternehmensführung als auch Marktanalysen, Markterschließungsmaßnahmen und Messeteilnahmen.

Insgesamt sind im Jahr 2008 93 neue Projekte bewilligt worden. Beratungsleistungen zu Fragen der Unternehmensführung waren bei den geförderten Projekten am stärksten vertreten (47 Projekte). Als eine wichtige Maßnahme zum Erschließen neuer Märkte auf internationaler Ebene, wird nach wie vor die Teilnahme von den KMU an Messen gesehen. Im Jahr 2008 sind 18 bewilligte Projekte mit der Teilnahme an internationalen Messen verbunden, aber auch die Teilnahme an überregionalen Messen (6 Projekte) wird von den KMU als eine wichtige Maßnahme zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit gesehen. Von den insgesamt im Jahr 2008 bewilligten 93 Projekten waren 25 mit einer eindeutigen internationalen Ausrichtung durchgeführt worden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die genannten Förderprogramme den speziellen Bedürfnissen und Interessen der KMU entsprechen. In Fragen der Verbesserung der Unternehmensführung konnten durch die Förderung die Unternehmen ihre eigenen Potenziale und somit ihre Stellung auf dem Markt stärken. Bei den Messeteilnahmen und anderen Maßnahmen der Markterschließung konnte durch neue Geschäftskontakte und auch Abschlüsse ein weiterer Schritt zur außenwirtschaftlichen Kompetenz durch die Unternehmen gegangen werden. Dennoch ist für das Jahr 2008 eine geringere Anzahl von Projekten, die eine Förderung beantragt haben, zu verzeichnen. Die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise waren auch bei den KMU im Land Brandenburg zu bemerken. So haben viele Unternehmen trotz bewilligter Förderungen, die geplanten Projekte verschoben oder in reduzierter Form durchgeführt, um die eigene Liquidität zu sichern.

Markterschließung Teil B

Es wurden für das Jahr 2008 insgesamt 583.500 EUR im Rahmen der Markterschließungsrichtlinie - MER B- eingesetzt. Davon entfielen auf die Förderung von Messegemeinschaftsständen 77,5 %, auf 2 Unternehmerreisen 11,3 %, ein internationales Unternehmertreffen mit Kooperationsbörse 6,9 % und eine internationale Imagewerbung zur Flughafenumfeldentwicklung Airport Berlin-Brandenburg International auf der ILA 2008 4,3 %.

Durch das Förderprogramm MER B wurden 2008 11 Gemeinschaftsstände auf 9 in- und ausländischen Messen mit überregionaler und internationaler Beteiligung gefördert. Dies entspricht dem Plan "Messebeteiligungen Berlin-Brandenburg 2008". Die Gemeinschaftsstände wurden mit einer guten bis sehr guten Beteiligung und auf einem qualitativ hohen Niveau durchgeführt. Aus Befragungen der beteiligten Unternehmen an den Messen ist erkennbar, dass die Unternehmen überwiegend erfolgreiche und zufriedenstellende Messeergebnisse erzielt haben und an einer weiteren Durchführung von Messegemeinschaftsständen interessiert sind.

Die Unternehmerreisen wurden mit politischer Begleitung erfolgreich durchgeführt. Es konnten durch die Unternehmen neue Geschäftskontakte und Geschäftsabschlüsse während der Reise und zum Teil im Nachgang der Reise erzielt werden.

Richtlinie M 4

Anfang 2008 wurde das Außenwirtschaftskonzept für das Land Brandenburg „brandenburg International“ erstellt. Auf der Grundlage der Leitidee „Stärken stärken – neue Chancen nutzen“ ist dabei auch für die Außenwirtschaftsförderung eine entsprechende Strategie entwickelt worden. Auch in der Außenwirtschaftsförderung sollen die wachstumsstärksten und chancenreichsten Branchenkompetenzfelder besondere Unterstützung erfahren. Für die Umsetzung der Inhalte des Konzepts wurde die Richtlinienstruktur im Jahr 2008 überarbeitet.

Bereits Mitte des Jahres 2007 wurde eine Evaluation der Markterschließungsrichtlinie in Auftrag gegeben; die Ergebnisse lagen im Februar 2008 vor und wurden im Rahmen einer Neustrukturierung der bisherigen Richtlinien GA-B, MER A und MER B aufgenommen. Dabei werden die bisherigen Richtlinien GA-B und MER A zu einer neuen Richtlinie zur Förderung der Unternehmensaktivitäten im Management, Marketing, bei Messen und bei der Markterschließung im In- und Ausland von kleinen und mittleren Unternehmen (M⁴) zusammengefasst und teilweise erweitert.

Die Richtlinie dient insbesondere der Unterstützung und Stärkung von Klein- und Kleinstunternehmen und stellt damit ein Kernstück der Mittelstandspolitik des Ministeriums für Wirtschaft dar. Ziel ist dabei die Stärkung der Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit sowie der Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen im In- und Ausland.

Impulsprogramm

Entsprechend dem Leitgedanken der Neuausrichtung der brandenburgischen Wirtschaftsförderung („Stärken stärken“) wurden im Jahre 2008 durch die Impulsrichtlinie über 19 Impulsnetzwerke für den Zeitraum 2008 bis 2011 angeschoben.

Diese 19 geförderten Netzwerke rekrutieren sich aus 10 Branchenkompetenzfeldern und setzen sich aus 114 brandenburgischen Unternehmen zusammen.

Im Rahmen der Impulsförderung werden nur Beratungsleistungen und nicht sog. investive Maßnahmen subventioniert. Nach Ziffer 1.2 der derzeitigen Impulsrichtlinie ist Ziel des Impulsprogramms, die Kooperation brandenburgischer Unternehmen in Form von Netzwerken aus den Branchenkompetenzfeldern (Ausnahme: Tourismus), dem Verarbeitenden Gewerbe und den industrienahen Dienstleistungen zu

fördern. Damit sollen insbesondere transformations- und betriebsgrößenbedingte Nachteile abgebaut und die räumliche Konzentration von Unternehmens- und Wettbewerbsvorteilen entwickelt werden.

Mit der Förderung sollen vor allem gemeinsame Aktivitäten zur Verbesserung des Standortumfeldes, der Erschließung überregionaler Märkte sowie der schnelleren Umsetzung von Innovationen in neue Produkte und Verfahren initiiert und qualifiziert werden.

Beispielprojekt

Ein sehr gutes Projekt aus diesem Bereich ist die Förderung des Regionalen innovativen Netzwerkes Photovoltaik – Elektronik – Dienstleister in Frankfurt/Oder. Die Netzwerkpartner entwickeln gemeinsam Standards für Zulieferungen und Dienstleistungen und werden damit zur Qualitätssicherung und Imagesteigerung der Photovoltaik- und der Elektronikbranche beitragen. Außerdem wird das Netzwerk Bieterallianzen gründen, die sich positiv auf die Auftragsvergabe von Großaufträgen auswirken sollen. Die Gesamtkosten des Projekts betragen 450.000 EUR, woran sich der EFRE mit 236.250 EUR beteiligt.

Existenzgründung

Im Rahmen der Existenzgründungsförderung werden verschiedene, nachfolgend aufgeführte Einzelprojekte unterstützt:

- Internetauftritt für Existenzgründer/-innen unter www.gruendungsnetz.brandenburg.de
- deGUT 2008
- Businessplanwettbewerb 2008
- GründerService Potsdam
- Förderung der Gründungsaktivitäten an den Hochschulen
- Fit in die Unternehmensnachfolge

Beispielhaft seien der „Businessplanwettbewerb 2008“ und „Fit in die Unternehmensnachfolge“ in der Folge näher erläutert.

Businessplanwettbewerb 2008

Die 13. Auflage des im Sommer 2008 abgeschlossenen Wettbewerbs war zugleich der erfolgreichste BPW: Insgesamt wurden 702 verschiedene Businesspläne erstellt und eingereicht – über ein Viertel mehr als im Vorjahr. Gemessen an allen eingereichten Konzepten lag in dieser Stufe der Anteil technologieorientierter Ideen bei 25 Prozent. Im 13. Jahr in Folge ist die Teilnehmerzahl in der dreistufigen Initiative gestiegen, in den letzten vier Jahren insbesondere in Brandenburg (zuletzt + 71,32% Teilneh-

mer in Brandenburg und +18,60% Businesspläne im BPW 2008 gegenüber dem Vorjahr). 1.343 (Vorjahr 984) Teilnehmer haben 2008 im Rahmen der Initiative 702 (Vorjahr 550) Geschäftsideen entwickelt und bewerten lassen. Insgesamt 12.077 Teilnehmer haben beim BPW 2008 an 219 kostenlosen Veranstaltungen in Brandenburg und Berlin teilgenommen und dort eine intensive Vorbereitung auf ihre Existenzgründung erhalten.

Fit in die Unternehmensnachfolge

Die Niederlausitzer Kreishandwerkerschaft Finsterwalde hat für ihr Maßnahmekonzept „Fit in die Unternehmensnachfolge im Handwerk“ einen finanziellen Zuschuss vom MW bekommen. Mit der Initiative will die Antragstellerin mit den Berufsbildenden Schulen und Unternehmen vor Ort interessierte und engagierte Auszubildende durch Erwerb einer Zusatzqualifikation gezielt auf die spätere Übernahme eines Handwerksunternehmens vorbereiten. Als Ergebnis der Zusatzqualifizierung erhalten die potentiellen Unternehmensnachfolger Qualifizierungsgutscheine für eine Meisterausbildung oder ein Studium. Die Gemeinschaftsinitiative schafft sich damit einen Pool potentieller Übernehmer.

Mit den genannten Maßnahmen kann die Unternehmensfolge in der Region unterstützt werden und der demographischen Entwicklung gezielt entgegengewirkt werden. Das Projekt schafft die Grundlage, um in weiteren Jahren und auch überregional die Zusatzqualifizierung „... Unternehmensnachfolge ...“ als festen Bestandteil in die Handwerker-Erstausbildung zu integrieren.

Die Kreishandwerkerschaft Finsterwalde war mit ihrem Projekt „fit in die Unternehmensnachfolge“ erfolgreich. Sie bekam u.a. den Weiterbildungs-Innovations-Preis 2009 vom Bundesinstitut für Berufsbildung. Auch von der Stiftung Lausitzer Braunkohle ist das Projekt wegen der Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten sowie zur Steigerung der Attraktivität der Region für den Lausitzer Förderpreis 2008 nominiert worden.

3.1.2. Wesentliche aufgetretene Probleme und getroffenen Abhilfemaßnahmen

Die Auflage verschiedener Finanzierungsinstrumente wurde, wie oben beschrieben, intensiv vorbereitet. Wesentliche Probleme sind nicht aufgetreten.

3.2. Prioritätenachse/Schwerpunkt 2

Entwicklung innovations-, technologie- und bildungsorientierter Infrastrukturen

3.2.1. Ergebnisse und Fortschrittsanalyse

In dem Schwerpunkt werden die drei Handlungsfelder „Investitionen im Bereich Hochschulen, Forschung und Entwicklung sowie Wissenstransfer“, „Bildungsinfrastruktur“ und „Informationsgesellschaft und e-government“ unterstützt. Spezifische Ziele sind die Ausschöpfung der Potentiale der Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur zur Stärkung der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft, die Förderung des Qualifikationsniveaus durch Optimierung der Bildungsinfrastruktur sowie die Förderung der Informationsgesellschaft und e-government.

Materielle Fortschritte mit Quantifizierung der Ziele in der Förderperiode²⁶

Indikator		2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	gesamt
geförderte Studienplätze [Anzahl]	Ergebnis	0	0								0
	Zielwert	0	0	0	234	0	795	0	0	0	1029
Kooperationsprojekte zwischen Wissenschaft und Wirtschaft [Anzahl]	Ergebnis	0	0								0
	Zielwert	0	0	35	35	35	35	35	35	35	rd. 245
Modellvorhaben Bildung [Anzahl]	Ergebnis	0	0								0
	Zielwert	0	0	8	10	10	10	10	0	0	48
Investitionen für IuK -Technik im e-governmentbereich [in Mio. EUR]	Ergebnis	0	0								0
	Zielwert	0	0	11	14	15	0	0	0	0	40

²⁶ siehe auch Anlage 5 Übersicht über die Hauptindikatoren

Finanzielle Fortschritte

		2007 in Mio. EUR	2008 in Mio. EUR	gesamt in Mio. EUR
Schwerpunkt gesamt				
Bewilligungen	Ziel			255,500
	Ergebnis	23,409	28,712	52,122
Zahlungen	Ergebnis	0	11,685	11,685
Investitionen Hochschulen, Forschung, Entwicklung sowie Wissenstransfer				
Bewilligungen	Ergebnis	23,409	28,712	52,122
Zahlungen	Ergebnis	0	11,685	11,685
Bildungsinfrastruktur				
Bewilligungen	Ergebnis	0	0	0
Zahlungen	Ergebnis	0	0	0
Informationsgesellschaft und e-government				
Bewilligungen	Ergebnis	0	0	0
Zahlungen	Ergebnis	0	0	0

Die Umsetzung des Schwerpunktes im Handlungsfeld „Investitionen im Bereich Hochschulen, Forschung und Entwicklung sowie Wissenstransfer“ wurde im Jahr 2008 fortgeführt. Insgesamt waren Ende 2008 20,4% der im Schwerpunkt vorgesehenen EFRE-Mittel gebunden und ca. 4,6% ausgezahlt. In den beiden Handlungsfeldern Bildungsinfrastruktur und Informationsgesellschaft wurden in 2008 die Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen. Die Förderrichtlinien sind Mitte 2008 nach umfangreichen Abstimmungsprozessen aufgrund der Neuausrichtung der Förderung in Kraft getreten.

Nachfolgend werden drei Handlungsfelder näher beschrieben:

a) Investitionen in Hochschulen, Forschung, Entwicklung sowie Wissenstransfer

Wettbewerbs- und zukunftsfähige Hochschulen

Eine Komponente der Förderung Wettbewerbs- und zukunftsfähige Hochschulen stellt die Förderung über das so genannte Hochschulinvestitionsprogramm dar (Sonderinvestitionsprogramm Gerätebeschaffung). Diese Maßnahme verfolgt das strategische Ziel des Operationellen Programms, das Innovationspotenzial in Forschung und Bildung zum Ausbau der Wissensgesellschaft zu stärken.

Im Hochschulinvestitionsprogramm wurden im Jahr 2008 74 Anträge berücksichtigt. Insgesamt wurden bisher für diesen Bereich 3,3 Mio. EUR (EFRE) ausgezahlt.

Bei der weiteren Komponente Baumaßnahmen im Hochschulbereich befinden sich die vier geplanten Bauvorhaben derzeit in der Planungsphase. Es handelt sich dabei um Neu- bzw. Umbaumaßnahmen

zur Verbesserung der Infrastruktur von Forschung und Entwicklung an den Standorten Wildau, Cottbus und Eberswalde.

Darüber hinaus ist das Erweiterungsvorhaben der Hasso-Plattner-Stiftung für Softwaresystemtechnik (HPI) zu nennen, das als Einzelmaßnahme im Operationellen Programm des EFRE für das Land Brandenburg ausdrücklich erwähnt wird. Dieses Vorhaben wurde bereits begonnen. Bei der Instituts-Erweiterung mit einem Volumen von insgesamt etwa 25 Mio. EUR Baukosten übernimmt die Hasso-Plattner-Stiftung 16 Mio. EUR, der Beitrag des Landes, finanziert über den EFRE, umfasst 9 Mio. EUR.

Zukunft durch Forschung – Investitionen für die Exzellenz der außerhochschulischen Forschung

Im Förderprogramm Zukunft durch Forschung sind 2008 insgesamt drei größere Forschungseinrichtungen des Landes gefördert worden. Das Leibniz-Institut für innovative Mikroelektronik (IHP – Innovations for High Performance microelectronics) am Standort Frankfurt/Oder stellt dabei den Schwerpunkt dar. Es investierte unter Beteiligung von EU-Strukturfondsmitteln in neue Kommunikationstechnologien 30 Mio. EUR. Hierbei sind insgesamt 22,5 Mio. EUR EFRE-Mittel für das Projekt bewilligt worden. 6,15 Mio. EUR wurden davon im Jahr 2008 aus dem EFRE finanziert.

Beispielprojekte

1. Das genannte Projekt am Leibniz-Institut für innovative Mikroelektronik dient der Erforschung und Integration neuer Materialien für zukünftige Kommunikationstechnologien und kann als sehr gutes Beispiel dienen. Für das Forschungsprogramm „Drahtloses Internet: Systeme und Anwendungen“ kann die IHP GmbH mit Hilfe der EFRE-Förderung in Höhe von 22,5 Mio. EUR eine technologisch zukunftsweisende, hochwertige Geräteausstattung im Gesamtwert von 30 Mio. EUR beschaffen. Diese Basis für die Erforschung und Integration neuer Materialien ermöglicht der IHP auf dem Gebiet der Kommunikationstechnologien eine wettbewerbsfähige Forschung und Entwicklung, was der Etablierung der Region als Hochtechnologiestandort und die Schaffung von Arbeitsplätzen nachhaltig unterstützt. Hierbei handelt es sich um ein Projekt aus dem Jahr 2007.

2. Ein weiteres gutes Beispiel ist die Förderung des Neubaus für Technologieentwicklung und –transfer am Astrophysikalischen Institut Potsdam. Mit dem Neubau auf dem Gelände der alten Sternwarte in Potsdam Babelsberg werden technologieorientierte Arbeitsplätze für Forscher insbesondere im Bereich der Informationstechnologie und zur Ausführung und zum Betrieb von wissenschaftlichen Projekten geschaffen. Um bei minimalem Flächen- und Energiebedarf in kompakter Form Entwicklungspotentiale für die zukünftige Nutzung zu bieten, wird eine nach-

haltige Gebäudekonzeption entwickelt. Bestandteil des Neubaus, dessen Gesamtkosten sich auf 6,99 Mio. EUR belaufen, inklusive der 4,29 Mio. EUR EFRE, ist außerdem die Ausstattung.

Außeruniversitäre Agrarforschung

Der Beginn der vorgesehenen Maßnahmen in der EFRE FP 2007 bis 2013 hat sich durch den erhöhten Abstimmungsbedarf zu den Fördergrundsätzen stark verzögert. Diese wurden am 09.09.2008 verabschiedet und sind Bestandteil der Förderfibel des MLUV und werden auf der Förderseite des MLUV im Internet veröffentlicht.

Antragsberechtigte Institute stellten im November/ Dezember 2008 die ersten Förderanträge beim MLUV. Gegenwärtig liegen dem MLUV von den Instituten 8 Förderanträge vor. Im November 2008 sind diesbezüglich Zuwendungsbescheide über die nationale Kofinanzierung in Höhe von ca. 700.000 EUR erstellt worden.

Wissens- und Technologietransfer

Mit dem Programm Wissens- und Technologietransfer konnten 16 Projekte mit einem EFRE-Förderanteil von 1,6 Mio. EUR gefördert werden. Die Projekte trugen wesentlich zur Stärkung der Transferpotentiale in den Branchenkompetenzfeldern Biotechnologie, Logistik, Luftfahrttechnik, Automotive, Optik, Kunststoffe-Chemie und Metall bei.

Insbesondere die Projekte „Rückgewinnung von Platin und weiteren Edelmetallen aus Recyclingbrennstoffzellen“ (UniP) und „Aufbau eines Dünnschichtlabors zur Charakterisierung von Nanostruktur-Dünnschichtsystemen“ (BTU) sollen an dieser Stelle als best-practice-Beispiele Erwähnung finden.

Je Projekt werden in der Regel zwei neue Kooperationen mit Unternehmen erwartet. Nach bisherigen Erfahrungen kommen im Ergebnis bei 15 bis 20 geförderten Projekten jährlich insgesamt 30 bis 40 neue Kooperationsprojekten mit KMU zustande.

e-learning und e-knowledge

Im Förderprogramm e-learning und e-knowledge wurden zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung eines innovationsorientierten Einsatzes von Multimedia an brandenburgischen Hochschulen bewilligt. Im Jahr 2008 wurden für diese Projekte Bewilligungen in Höhe von rund 2 Mio. EUR ausgesprochen, mit denen beispielsweise zwei Motion Capture Labore sowie Computer-Pools ermöglicht wurden.

b) Bildungsinfrastruktur

Die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung pädagogischer Entwicklungs- und Modellvorhaben im Bildungsbereich wurde am 19. Mai 2008 nach umfangreichen Abstimmungen in

Kraft gesetzt. Sie beschreibt die genannten Sachverhalte in sechs ausdifferenzierten Einzelpunkten. In einer ganzen Reihe zielgruppenorientierter Veranstaltungen wurden Fördergegenstände und –verfahren öffentlich kommuniziert. Für die geplante Modernisierung von Weiterbildungsstandorten zur Erweiterung der Angebotsformen und der zielgruppengerechten Gestaltung (Vorhaben der Gruppe 2.1 der Richtlinie) konnten bisher noch nicht die geplanten sechs Träger mit Bezug zu den Regionen des Landes gewonnen werden, die Entwicklungskonzepte mit der notwendigen fachlichen Qualität erarbeitet hätten.

Für die Kooperationsprojekte Schule/Jugendhilfe (Vorhaben der Gruppe 2.2 der Richtlinie) erfolgte im Jahr 2008 ein zweistufiges Interessenbekundungs- und Auswahlverfahren, bei dem die neuen Trägerstrukturen aufgrund der Qualität ihrer pädagogisch-fachlichen Konzepte unter Einbeziehung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Familie ausgewählt wurden. In jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt des Landes bestehen nunmehr ein bis zwei Angebote, die aber mit Blick auf den hohen Betreuungsaufwand dieser „Risikogruppe“ jährlich nur eine Gruppe von 10 – 15 Jugendlichen aufnehmen. Die ersten Gruppen sind zwischenzeitlich in diese Maßnahmen aufgenommen und seit Herbst 2008 werden Förderanträge gestellt.

Die herausgehobenen Projekte der Begabtenförderung an Gymnasien (Vorhaben der Gruppe 2.3 der Richtlinie) wurden auf der Grundlage pädagogischer Entwicklungskonzepte im Frühjahr 2007 ausgewählt. Es schlossen sich ein kommunalrechtliches Zustimmungsverfahren der Schulträger und ein Auswahlverfahren besonders leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler an und mit dem Schuljahr 2007/08 haben die Schulen in den unteren Klassenstufen mit der Neuausrichtung ihrer Schulprofile begonnen.

Bereits bei der Erarbeitung des Operationellen Programms war klar, dass angesichts der technischen Entwicklungen eine vollständige Neukonzeptionierung des IT-Planungs- und –managementsystems im Bildungsbereich aufgebaut werden soll und deshalb der Einsatz von Mitteln für eine Form eines öffentlichen Informationsportals Schule (Vorhaben der Gruppe 2.4 der Richtlinie) erst in den letzten Jahren der Förderperiode realisiert werden soll. Auch bei Ergänzung der IT-Ausstattung von Schulen, die zu einer Studienberechtigung führen (Vorhaben der Gruppe 2.5 der Richtlinie), um durch IT-gestütztes Lernen eine Verbesserung der Studierfähigkeit zu erreichen, stand im Jahr 2008 die Erarbeitung pädagogischer Entwicklungskonzepte im Vordergrund. Die Arbeiten an Projekten zur Ergänzung der Ausstattung an Oberstufenzentren (Vorhaben der Gruppe 2.6 der Richtlinie) wurden im Jahr 2008 bewusst zurückgehalten, da mit dem Schuljahr 2007/08 der demografische Rückgang der Schülerzahlen im 1. Ausbildungsjahr einsetzt und gegenwärtig die Planungsprozesse zur Konzentration von fachlichen Ausbildungsschwerpunkten laufen. Sowie diese regionalen Abstimmungsprozesse zu belastbaren Ergebnissen im Sinne demografischer Nachhaltigkeit geführt haben, werden die notwendigen Anpassungsinvestitionen beginnend ab 2009 einsetzen.

c) Informationsgesellschaft und e-government

Das Jahr 2008 war geprägt von der Herstellung des rechtlichen Rahmens für die Förderung von Maßnahmen der Geodateninfrastruktur (GDI) im Land Brandenburg. Der Aufbau der Geodateninfrastruktur betrifft in erster Linie die öffentliche Verwaltung, und zwar Verwaltungsebenen übergreifend. Auch Unternehmen können an der Geodateninfrastruktur als Anbieter und nicht nur als Nutzer teilnehmen. Vor diesem Hintergrund sehen die Förderbestimmungen die Förderung von Maßnahmen des Landes, der Kommunen und in geringerem Umfang auch der Wirtschaft vor. Mit Wirkung vom 18. Juni 2008 traten folgende Bestimmungen in Kraft:

- Grundsätze zur Strukturfondsförderung von GDI-Maßnahmen des Landes,
- Förderrichtlinie des Ministeriums des Innern zum Aufbau der Geodateninfrastruktur im Land Brandenburg (*für Maßnahmen der Kommunen und Wirtschaft*)

Zur Unterstützung des Bewilligungsverfahrens wurde im Landesbetrieb Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg (LGB) eine Stelle für die fachtechnische Prüfung der Förderanträge eingerichtet.

3.2.2. Wesentliche aufgetretenen Probleme und getroffenen Abhilfemaßnahmen

Wesentliche Probleme sind nicht aufgetreten.

3.3. Prioritätenachse/Schwerpunkt 3

Wirtschaftsnahe, touristische und Verkehrsinfrastrukturen

3.3.1. Ergebnisse und Fortschrittsanalyse

In dem Schwerpunkt werden die drei Handlungsfelder „Wirtschaftsnahe Infrastruktur“, „Verkehrsinfrastruktur“ und „Touristische Infrastruktur“ umgesetzt. Spezifische Ziele sind die Optimierung der wirtschaftsnahen Infrastruktur zur Ausschöpfung regionaler Wachstumspotentiale, die Verbesserung der überregionalen Erreichbarkeit zur effektiveren Anbindung von Wirtschaftsstandorten und die Ausschöpfung der touristischen Potentiale zur Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung.

Materielle Fortschritte mit Quantifizierung der Ziele in der Förderperiode²⁷

Indikator		2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	gesamt
Schaffung bzw. qualitative Aufwertung von Gewerbeflächen [in ha]	Ergebnis	0	0								0
	Zielwert	0	0	40	40	40	40	40	0	0	200
Instandsetzung von Landesstraßen [in km]	Ergebnis	0	19								19
	Zielwert	0	19	31	50	50	70	80			ca. 300
Schaffung von neuen Umschlagkapazitäten in GVZ [in TEU]	Ergebnis	0	0								0
	Zielwert	0	0	15.000	50.000	0	25.000	0	0	0	90.000
Inwertsetzung Wasserwege für touristische Nutzungen [in km]	Ergebnis	0	30								30
	Zielwert	0	0	76	400	23	10	10	0	0	rd.550

²⁷ siehe auch Anlage 5 Übersicht über die Hauptindikatoren

Finanzielle Fortschritte

		2007 in Mio. EUR	2008 in Mio. EUR	gesamt in Mio. EUR
Schwerpunkt gesamt				
Bewilligungen	Ziel			330,220
	Ergebnis	9,532	76,300	85,831
Zahlungen	Ergebnis	0,690	35,452	36,143
Wirtschaftsnahe Infrastruktur				
Bewilligungen	Ergebnis	8,841	12,448	21,289
Zahlungen	Ergebnis	0	1,154	1,154
Verkehrsinfrastruktur				
Bewilligungen	Ergebnis	0,691	59,567	60,258
Zahlungen	Ergebnis	0,691	34,100	34,100
Touristische Infrastruktur				
Bewilligungen	Ergebnis	0	4,285	4,285
Zahlungen	Ergebnis	0	0,199	0,199

Die Umsetzung des Schwerpunktes hat im Jahr 2007 mit einzelnen Projekten begonnen. Im Jahr 2008 ist die Förderung in allen Handlungsfeldern aufgenommen worden. Insgesamt wurden ca. 26% der für den Schwerpunkt vorgesehenen EFRE-Mittel bewilligt und ca. 11% ausgezahlt. Der größte Fortschritt ist im Bereich Verkehrsinfrastrukturen zu verzeichnen. Nachfolgend werden drei Handlungsfelder näher beschrieben:

a) Wirtschaftsnahe Infrastruktur (GA-I)

Die Schaffung einer funktionsfähigen, wirtschaftsnahen Infrastruktur, vorrangig in den regionalen Wachstumskernen steht in dieser Maßnahme im Vordergrund. Die Umsetzung erfolgt über die Förderrichtlinie Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – Infrastruktur.

Hauptaufgaben im Rahmen der jeweiligen Einzelprojekte sind dabei die bedarfsgerechten Erschließungen sowie Wiederherrichtungen von brachliegenden Industrie- und Gewerbegebieten u. U. mit Umweltschutzmaßnahmen. Im Jahr 2008 sind vier Projekte im Rahmen des EFRE-Strukturfonds bewilligt worden. Den größten finanziellen Anteil der bewilligten Mittel erhält dabei die Stadt Baruth/Mark für die Erschließung des Industriegebiets Bernhardsmüh VI. Bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von etwa 15,5 Mio. EUR beträgt die öffentliche Beteiligung gut 7 Mio. EUR.

In den ersten zwei Jahren der Förderperiode wurden 7 Vorhaben der wirtschaftsnahen Infrastruktur bewilligt und 27,6 Mio. EUR Fördermittel, darunter 21,3 Mio. EUR EFRE-Mittel zugesagt. Die Bindung der im Zeitraum 2007 bis 2013 verfügbaren EFRE-Mittel (69,0 Mio. EUR) liegt damit bei 30,9%. Mit den

zugesagten Fördermitteln werden geplante Investitionen in Höhe von 44,1 Mio. EUR angeschoben und 77 ha Gewerbefläche geschaffen bzw. aufgewertet.

b) Verkehrsinfrastruktur

Straßen

Im Jahr 2008 wurden erstmals in der Förderperiode Projekte im Straßenbau bewilligt. Ein Teil der Vorhaben wurde aber im Rahmen des durch die zwischengeschaltete Stelle genehmigten vorzeitigen Maßnahmebeginns bereits im Jahr 2007 begonnen.

2008 sind insgesamt 87 Maßnahmen mit Hilfe von EFRE-Mitteln begonnen, fortgeführt oder fertig gestellt worden. Bezogen auf die Fördergebiete und Maßnahmentypen ergibt sich folgende Verteilung:

Förderregion / Maßnahmentyp	FG Nordost	FG Südwest	Gesamt
Freie Strecken (FS)	21	15	36
Ortsdurchfahrten (OD)	21	5	26
Radwege (RW)	5	7	12
Bauwerke (BW)	7	6	13
Gesamt	54	33	87

Per 31.12.2008 liegen für 12 Maßnahmen die entsprechenden Verwendungsnachweise vor. Danach ergibt sich folgender Stand:

Förderregion / Maßnahmengruppe	FG Nordost (km)	FG Südwest (km)	Gesamt [km]
Straße	14,7	4,4	19,1
Radwege	1,8	--	1,8
Gesamt [km]	16,5	4,4	20,9 (7 %)

Ausblick zur voraussichtlichen Abrechnung des Indikators im Bereich Landesstraßen:

Jahr	2007/2008	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt
Länge [km]	20,9	30,0	50,0	50,0	70,0	80,0	ca. 300,0

Im Förderjahr 2008 wurden insgesamt ca. 33,4 Mio. EUR EFRE-Mittel ausgezahlt.

Güterverkehrszentren - GVZ

Das Hauptziel der Maßnahme ist die Weiterentwicklung der GVZ einschließlich der zentralen Anlagen des Kombinierten Ladungsverkehrs hin zu intermodalen Schnittstellen (Gütertransport Wasser/Schiene/Straße). Dabei wird das strategische Ziel zur „Unterstützung infrastruktureller Potentialfaktoren für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung“ gestärkt, sowie das spezifische Ziel „Verbesserung der überregionalen Erreichbarkeit und zur effektiveren Anbindung von Wirtschaftsstandorten als Voraussetzung für die regionale Wettbewerbsfähigkeit“ verfolgt. Antragsberechtigt sind bereits bestehende Güterverkehrs- und Logistikzentren des Landes.

Die Güterverkehrszentren im Land Brandenburg haben sich so gut entwickelt, dass Erweiterungen notwendig werden. Heute gibt es dort fast 7.000 Arbeitsplätze bei über 100 Investoren und über 250 Hektar verkaufter Fläche. Im Berliner „Speckgürtel“ sind drei Güterverkehrszentren angesiedelt, in Großbeeren, Wustermark und Freienbrink. Sie sind Schnittstelle verschiedener Verkehrsträger und bieten sich besonders als Umschlagplatz an, um Güter von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Durch den neuen Binnenhafen ist der Standort Wustermark sogar trimodal erreichbar. Im Kombinierten Verkehr ist Großbeeren der umschlagstärkste Standort mit täglichen Verbindungen in die deutschen Seehäfen, in das Ruhrgebiet und nach Russland. Auch das KV Terminal in Frankfurt (Oder) hat sich gut entwickelt. Entsprechend der Nachfrage wird das Terminal erweitert. Auch hier werden EFRE-Mittel verwendet, um die Umschlagskapazität auf ca. 50.000 TEU zu erhöhen.

Nachdem im Jahr 2007 bereits die Hafeninfrastuktur im GVZ Wustermark derart ausgebaut wurde, dass er nunmehr trimodal erreichbar ist, konnten im Jahr 2008 für das GVZ Königs Wusterhausen die Anschaffung eines Mobilbaggers sowie für das GVZ Mühlberg/Elbe die Änderung des Flächennutzungsplans sowie die Aufstellung eines sachlichen Teilflächennutzungsplans gefördert werden.

ÖPNV

Im Rahmen der ÖPNV-Richtlinie wurden im Jahr 2008 drei Projekte mit EFRE-Mitteln gefördert. Hierbei erhielt die Maßnahme am Bahnhof und Busbahnhof Falkensee mit gut 1 Mio. EUR den größten finanziellen Anteil, während in Fürstenwalde die Park & Ride-Anlage am Bahnhof und das Bahnhofsumfeld in Velten jeweils ein Gesamtinvestitionsvolumen von knapp 600.000 EUR hatten.

Beispielprojekt

Die Förderung des Projekts „Umgestaltung des Bahnhofsbereiches Falkensee“ kann als sehr gutes Beispiel genannt werden. Die jetzige Verkehrssituation im Bahnhofsumfeld der Stadt Falkensee ist, wie eine Untersuchung 2007 gezeigt hat, nicht mehr tragfähig. Es gibt nicht genügend Stellplätze für P+R und B+R, die Umsteigesituation zu den Bussen ist ungenügend, die

Buszufahrt am Rande der Leistungsfähigkeit. Neu angelegt wird deshalb ein Kreisverkehr auf der Poststraße mit Auffahrt auf die Scharenbergstraße und auf den Busbahnhof. Ebenfalls neu angelegt wird der östliche Abschnitt der Poststraße mit Ausbau der Kreuzung Bahnhofstraße und die Herstellung des Gehweges zwischen Post- und Bahnhofsstraße. Die Maßnahme trägt zur Verbesserung der Erreichbarkeit der regionalen Wachstumskerne bei.

c) Touristische Infrastruktur

Das OP EFRE legt unter Punkt 3.3.3. die Ziele der Förderung der touristischen Infrastruktur fest. Diese sind deckungsgleich mit den Zielstellungen des aktuellen Tourismuskonzeptes 2006-2010. Wichtigstes Anliegen der infrastrukturellen Förderung ist es, Grundlagen für eine nachhaltige gewerbliche Entwicklung zu schaffen. Mit der Konzentration auf die Themen:

- Aktivtourismus (Rad-, Wasser-, Wandertourismus),
- Kulturtourismus im weiteren Sinne,
- naturnaher Tourismus,
- Gesundheits- und Wellnesstourismus und
- Tagungstourismus

sollen die touristischen Strukturen weiter gestärkt werden.

2008 konnte Brandenburg das bisher beste Ergebnis erreichen. Erstmals wurden mehr als 10 Mio. Übernachtungen gezählt.²⁸ Das ist eine Steigerung um 110% gegenüber dem Jahr 1993.

Beispielprojekte

1. Wiedereröffnung Werbellinkanal

Mit der Förderung der Wiedereröffnung des Werbellinkanals zwischen dem Finowkanal und dem Oder-Havelkanal wird eines der drei Kernprojekte des im EFRE OP aufgeführten WIN-Projektes (Wassersportinitiative Nordbrandenburg) realisiert. Es erfolgt der Anschluss des Werbellinsees an das Wasserstraßennetz Brandenburgs. Das Ziel, ein Wassersportrevier mit einer Länge von ca. 320 km für den führerscheinfreien Charterbootverkehr weiter zu erschließen, wird mit diesem Vorhaben unterstützt. Für ein weiteres Schlüsselprojekt – die Öffnung des „Langen Trödels“ zwischen Zerpenschleuse und Liebenwalde – wurden bereits Vorkehrungen getroffen, um die Projekte, die in der Verantwortung des Landes Brandenburg liegen, umzusetzen. Das Vorhaben befindet sich im Planfeststellungsverfahren. Erste Pläne für gewerbliche Anträge liegen vor. Eine Reihe von gewerblichen Förderungen im Raum Werbellinsee erfolgte bereits.

²⁸ siehe Anhang I Tabelle 16.

2. Radweglückenschluss und Beschilderung zur länderübergreifenden Vernetzung von Elbe und Müritz

Mit diesem Vorhaben wurde durch eine intelligente Wegeführung ein 210 km langer Radweg geschaffen, der Elbe und Müritz miteinander verbindet und damit eine neue, Bundesländergrenzen überschreitende West-Ost Verbindung herstellt. Der Schwerpunkt der Förderung bestand nicht im Wegebau (hier nur 2,8 km Lückenschlüsse), sondern in der Ausschilderung als überregionalem Radwanderweg. Der Radweg stellt eine gelungene Optimierung vorhandener Wegeverbindungen zu einem neuen touristischen Produkt dar.

3. Radfahrer- und Fußgängerbrücke Bad Liebenwerda

Diese Brücke verbindet das Bad „Wonnemar“ des Kurortes Bad Liebenwerda mit dem Zentrum und führt über den Fluss Schwarze Elster. Dieser wurde ebenfalls mit GA-Fördermitteln für den Kanutourismus erschlossen. Über die Brücke wird eine Reihe von überregionalen und regionalen Radwege gebündelt. Es treffen sich hier

- die Tour Brandenburg (überregional)*
- der Fürst-Pückler-Radweg (überregional)*
- die Kohle-Wind+Wassertour (regional)*
- die Elsterradtour (regional)*

Diese Wege ermöglichen die Verknüpfung von rad- und wassertouristischen Angeboten an der Schwarzen Elster mit im Entstehen befindlichem Lausitzer Seenland (mit 13 Seen und 7.000 ha größtes künstlich angelegtes Senngebiet in Europa).

Alle 3 Projekte sind Bestandteil des Wassersportentwicklungsplanes und des Radwegekonzeptes des Landes.

Kommunales KulturInvestitionsProgramm (KKIP)

Zu Beginn der Förderperiode wurde aus dem Kommunalen KulturInvestitionsProgramm (KKIP) nach einer aufwändigen Aussteuerung der Projekte der alten Förderperiode zunächst die Sanierung der Huchel-Gedenkstätte e. V., Wilhelmshorst, bewilligt. Weitere Maßnahmen befinden sich in der Planungs-/Antragsphase und werden in 2009 beginnen.

Landeswasserstraßen

Im Maßnahmebereich Landeswasserstrassen wurden für das OP EFRE 2007 bis 2013 in insgesamt 7 Vorhaben zur Durchführung angemeldet. Das förderfähige Gesamtinvestitionsvolumen beträgt 5 Mio. EUR.

Im Haushaltsjahr 2008 wurde ein Vorhaben umgesetzt. Weitere Vorhaben konnten insbesondere auf Grund der Abwicklung der EFRE-Förderperiode 2000-2006 im Haushaltsjahr 2008 nicht begonnen werden.

3.3.2. Wesentliche aufgetretenen Probleme und getroffenen Abhilfemaßnahmen

Wesentliche Probleme sind nicht aufgetreten.

3.4. Prioritätenachse/Schwerpunkt 4

Umwelt und städtische Entwicklung

3.4.1. Ergebnisse und Fortschrittsanalyse

In diesem Schwerpunkt werden die Handlungsfelder „Kleinräumige Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung“ und „Förderung von Umweltinfrastrukturen“ umgesetzt. Spezifische Ziele sind die Stärkung der Funktionsfähigkeit der Städte und ihrer Strukturen als regionale Wachstumspole und attraktive Lebensräume sowie die Sicherung der Umweltqualität als Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum.

Materielle Fortschritte mit Quantifizierung der Ziele in der Förderperiode²⁹

Indikator		2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	gesamt
erreichte Einwohner bei Maßnahmen der Verringerung der Luftbelastung [Anzahl]	Ergebnis	0	0								0
	Zielwert	0	0	0	500	2.500	3.000	1.000	0	0	4.000
erreichte Einwohner bei Maßnahmen der Verringerung der Lärmbelastung [Anzahl]	Ergebnis	0	0								0
	Zielwert	0	0	0	400	4.000	4.000	1.000	0	0	7.000
Anzahl der Vorhaben in den Städten [Anzahl]											
	Zielwert	0	0	107	106	83	14	4	0	0	315
	Ergebnis	0	1								1

Finanzielle Fortschritte

		2007 Mio. EUR	2008 Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Schwerpunkt gesamt				
<u>Bewilligungen</u>	Ziel			223,480
	Ergebnis	0	8,405	8,405
<u>Zahlungen</u>		0	0,821	0,821
Kleinräumige Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung				
Bewilligungen		0	4,108	4,108
Zahlungen		0	0,220	0,220
Förderung von Umweltinfrastrukturen				
Bewilligungen		0	4,296	4,296
Zahlungen		0	0,601	0,601

²⁹ Siehe auch Anlage 5 Übersicht über die Hauptindikatoren

Die Umsetzung des Schwerpunktes hat erst im Jahr 2008 begonnen. Ursache dafür ist, dass die Abstimmungsprozesse aufgrund der Neugestaltung und Ausrichtung sehr aufwendig waren.

Nachfolgend werden beide Handlungsfelder Umwelt und Nachhaltige Stadtentwicklung näher beschrieben:

a) Förderung von Umweltinfrastrukturen

Im Rahmen dieses Handlungsfeldes werden folgende Förderrichtlinien bzw. – programme umgesetzt:

- Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der Abfallwirtschaft, des Immissions- und Klimaschutzes (Förderrichtlinie Umweltschutz) - MLUV
- Finanzierung von Trink- und Abwasseranlagen - MLUV
- Förderung der Konversion im Land Brandenburg - MW

Umweltschutzrichtlinie

Die Richtlinie „Umweltschutz“ ist am 18. Juni 2008 nach eineinhalbjähriger Vorbereitung in Kraft getreten. Die Richtlinie ist aus den vorher selbständigen Richtlinien für die Bereiche Abfallwirtschaft und Immissions-/Klimaschutz zum Zweck der Erhöhung der Übersichtlichkeit und Transparenz sowie der Verwaltungsoptimierung im Fördergeschäft des MLUV entwickelt worden.

Teil: Immissions- und Klimaschutz

Nach der Veröffentlichung ist die Richtlinie im Teil Immissions- und Klimaschutz im erwarteten Umfang *gut* nachgefragt worden. Im Jahr 2008 wurde insgesamt sechs Förderanträge im Bereich Immissions- und Klimaschutz mit förderfähigen Gesamtkosten in Höhe von 8,7 Mio. EUR gestellt. Angesichts des Datums der Veröffentlichung der Richtlinie wird die Antragslage als gut bewertet. Eine Fortführung dieser Entwicklung wird auch für die folgenden Jahre erwartet.

Die Wirksamkeit der Förderung wird durch die Ermittlung der Reduzierung der Anzahl immissionsbetroffener Einwohner bewertet. Das langfristige Ziel ist die Reduzierung der Anzahl der von negativen Umwelteinwirkungen betroffenen Bürger auf Null. So soll die Anzahl der von starkem Verkehrslärm Betroffenen bis zum Ende der Förderperiode um 7.000 verringert werden. Die Anzahl der durch Feinstaub-Grenzwertüberschreitungen belasteten Einwohner soll auf Null reduziert werden. Die Einhaltung dieser ambitionierten Zielsetzungen ist neben der Förderung auch von wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Rahmensetzungen abhängig. So ist es zurzeit nicht einschätzbar, wie sich bestimmte Vorhaben im Rahmen der Konjunkturbelebungsprogramme umweltseitig auswirken werden.

Ein weiterer Wirkungsindikator der Richtlinie ist die „Maßnahmenbezogene Emissionsminderung klimawirksamer Gase, insbesondere CO₂ durch effizienten Energieeinsatz und Nutzung erneuerbarer Energien in t/a“. Der jährliche Zuwachs an CO₂-Minderung soll vor allem durch Energieeffizienzmaßnahmen im Gebäudebereich (Passivhaus-Standard bei öffentlichen Gebäuden) bewirkt werden.

Beispielprojekt

In 2008 wurde das Projekt " SeeCampus Niederlausitz"z bewilligt. Dieses Projekt wird im Rahmen PPP-Modell (Public-Private-Partnership) umgesetzt, bei dem die öffentliche Hand (Landkreis OSL) und die Privatwirtschaft (BASF) gemeinsam ein Projekt realisieren. Langfristig gesehen können so qualifizierte Arbeitskräfte zielgerichtet für die Wirtschaft ausgebildet werden. Der SeeCampus wird eine Bildungseinrichtung mit naturwissenschaftlicher Ausrichtung, es sollen zwei Gymnasien und zwei Standorte des Oberstufenzentrums Lausitz unter einem Dach vereint werden. Mit den EFRE-Mitteln werden Mehraufwendungen für die energetische Bauweise (Passivhausstandard) gefördert. Der Mittelabfluss wird jedoch erst in den Jahren 2010/2011 nach Zertifizierung des Passivhausstandards erfolgen.

Teil: Abfallwirtschaft

Unabhängig vom Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie wurde im Jahr 2008 der Schwerpunkt auf den ordnungsgemäßen Abschluss der Vorhaben aus dem vorhergehenden Programmzeitraum einschließlich Verwendungsnachweisprüfung gelegt. Dies begründete sich aus der späten Übernahme zusätzlicher Mittel aus anderen Maßnahmebereichen, die erfolgreich eingesetzt werden konnten. Auf Grund der kurzen Zeit, die für die Durchführung, Abrechnung und Prüfung dieser Vorhaben verblieb, war die Konzentration aller für diesen Maßnahmebereich zur Verfügung stehenden personellen Kapazitäten zwingend erforderlich. Vor diesem Hintergrund wurde bezogen auf das aktuelle Programm das Jahr 2008 insbesondere dafür genutzt, um mit den wichtigsten potenziellen Antragstellern die Vorhaben im Hinblick auf die Antragstellung möglichst weitgehend vorzubereiten. Das betraf insbesondere die neuen Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen bei der Deponie Hennickendorf und die potenziellen Vorhaben für den neuen Fördergegenstand der Optimierung mechanisch-biologischer Restabfallbehandlungsanlagen. Hier war es Zielstellung, mindestens ein Vorhaben zeitnah exemplarisch zuwendungsreif vorzubereiten.

Für drei Vorhaben zur Deponiensanierung wurden in 2008 Förderanträge eingereicht. Das beantragte Fördervolumen liegt bei ca. 18 Mio. EUR. Für alle aufgeführten Anträge soll noch 2009 die Zuwendung erfolgen. Gleiches wird für zwei bzw. drei weitere Vorhaben zur Optimierung von mechanisch-

biologischen Behandlungsanlagen mit einem Fördervolumen von insgesamt ca. 4,5 Mio. EUR angestrebt. Inhaltliche Vorarbeiten und Abstimmungen zu den konkreten Projekten sind bereits erfolgt und werden in den kommenden Wochen intensiviert, so dass eine baldige Beantragung zu erwarten ist.

Trinkwasser/ Abwasser

Im Bereich Trink- und Abwasser erfolgten bisher keine Zusagen für EFRE-Mittel aus der Förderperiode 2007 bis 2013. Die Inkraftsetzung der Fördergrundsätze des MLUV „Finanzierung von Maßnahmen zur Förderung öffentlicher Wasserversorgungsanlagen und öffentlicher Abwasserableitungs- und Abwasserbehandlungsanlagen aus Mitteln des EFRE“ soll im 1. Halbjahr 2009 erfolgen. Unabhängig davon fanden Abstimmungen mit potentiellen Antragstellern statt, so dass mit Inkrafttreten der Fördergrundsätze auch mit den ersten Anträgen gerechnet wird.

Konversion

Auf der Grundlage der „Richtlinie zur Förderung der Konversion im Land Brandenburg“ wurden im Jahr 2008 im Land Brandenburg 13 Vorhaben bewilligt.

Bei diesen Vorhaben handelt es sich hauptsächlich um Abrissmaßnahmen. Bei den nicht investiven Maßnahmen wurden beispielsweise im Rahmen der Entwicklung des Technologie- & Industrieparks Cottbus (TIP) auf dem Standort des ehemaligen militärisch genutzten Flugplatzes Cottbus-Nord eine Altlastenuntersuchung durchgeführt. Für die kommenden Jahre wird insbesondere durch die Änderungen bzw. Erleichterungen zum Thema „Einnahmen schaffende Projekte“ mit einer gewissen Anzahl kommunaler Anträge zur Erschließung, Erweiterung oder zum Ausbau kleinerer Gewerbegebiete gerechnet.

Im Jahr 2008 wurden zusätzlich im Rahmen der Aussteuerung des EFRE OP 2000-2006 noch 6 Vorhaben (Cottbus 2, Jüterbog 3 und Falkenberg-Lönnewitz 1) mit einer Fördersumme von 5,4 Mio. EUR durchgeführt.

b) Kleinräumige Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung

Auf Grundlage einer umfangreichen Prüfung zur Auswahl der Städte wurden in 2008 die Handlungsansätze des OP in den 15 ausgewählten Städten weiter verdichtet. Mit der Veröffentlichung der Förderrichtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung zur Jahresmitte 2008 konnten dann die ersten Umsetzungsschritte eingeleitet werden. Durch die geringe Fallzahl und den bis zum Jahresende kurzen zeitlichen Abstand lassen sich allerdings in den Städten derzeit noch keine messbaren Ergebnisse verzeichnen.

Im Einzelnen sind folgende Schritte erfolgt:

1. Jahreswechsel 2007/2008: Abschluss der InSeK-Prüfung und Festlegung der Programmteilnehmer
2. Februar 2008: Übergabe eines ersten Programmentwurfs auf Grundlage der in den InSeK enthaltenen Prioritätenlisten
3. bis Ende März 2008: Startergespräche mit allen Programmstädten, Festlegung von Starterprojekten
4. Juni 2008: Veröffentlichung der Richtlinie und Auftaktveranstaltung zum Programm, Veranstaltungsort Oranienburg
5. bis Dezember 2008: Abschließende Erörterung des Programmentwurfs und Festlegung des weiteren Vorgehens (notwendige Vertiefungsgespräche mit ausgewählten Städten)

Darüber hinaus wurde eine ressortübergreifenden Arbeitsgruppe zur nachhaltigen Stadtentwicklung eingerichtet, deren Aufgabe die fachliche Bewertung der Projekte ist, die im Rahmen der Richtlinie umgesetzt werden sollen.

Im Jahr 2008 wurden im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung insgesamt 5 Projekte bewilligt. In Eisenhüttenstadt, Schwedt und Prenzlau wurden die vereinbarten Startermaßnahmen Friedrich-Wolf-Theater, Multifunktionsplatz und Seepromenade begonnen. Hinzu kommt ein Einzelhandelskonzept für Spremberg, das Grundlage weiterer Anträge sein wird. Bisher konnte ein Projekt abgeschlossen werden.

Beispielprojekte

1. Eisenhüttenstadt - Friedrich-Wolf-Theater

Als gutes Beispiel kann für das Handlungsfeld Kultur die Förderung des Projekts in Eisenhüttenstadt genannt werden. Es handelt sich um die denkmalgerechte Sanierung und den heutigen und zukünftigen Erfordernissen entsprechenden Umbau des Friedrich-Wolf-Theaters in Eisenhüttenstadt. Es werden damit die Voraussetzungen hergestellt, um dieses Haus, das ein Theater ohne eigenes Ensemble ist, zukünftig als regional wirksames Kulturzentrum betreiben zu können. Hierfür werden 2,81 Mio. EUR aus dem EFRE bereit gestellt.

Das aus der Gründungsphase der Stadt Eisenhüttenstadt stammende Theatergebäude (Fertigstellung 1955) wird durch den geplanten Umbau und die Innensanierung an die geänderten Nutzungsanforderungen eines modernen Kulturbetriebes angepasst. Die Maßnahme ist dem Handlungsfeld „Urban-Culture“ der Richtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung zugeordnet.

Nach dem Umbau wird eine multifunktionale Nutzung des Gebäudes möglich sein, diese umfasst Inszenierungen, Kongress-, Tanz-, Musik- und Kinoveranstaltungen sowie Betriebs- und

Familienfeiern. Das Gebäude steht im Rahmen des geplanten Veranstaltungsprogramms des Theaters somit auch zahlreichen weiteren Nutzungsmöglichkeiten offen. Für den Betrieb nach der Rekonstruktion sind bereits jährlich ca. 250 Veranstaltungen mit insgesamt ca. 20.000 Besuchern geplant. Die Außenhülle des Gebäudes wurde bereits mit Fördermittel aus der nationalen Städtebauförderung saniert.

2. Fürstenwalde Spree - Park der Jahreszeiten

Ausgehend von einer minder gestalteten und genutzten innerstädtischen Grünfläche soll eine Parkanlage entstehen, die den angrenzenden Nutzergruppen aus den Seniorenheimen, den Schulen, den Kindertagesstätten und den Wohngebäuden gleichermaßen zur Verfügung steht. Der Begriff der Jahreszeiten (Frühling, Sommer, Herbst und Winter) wird auf den Lebenszyklus der Menschen ausgeweitet und stellt in einzelnen Bereichen der Grünanlage wie der Frühlingswiese, dem Sommerrondell, dem Herbst- und Winterplatz altersspezifische Nutzungsangebote zur Verfügung, somit können alle Generationen in Beziehungen zu einander treten. Die Maßnahme entspricht somit dem Handlungsfeld 2.2. „Beseitigung von städtebaulichen, funktionalen und ökologischen Missständen“, die die Nutzung und Gestalt der städtischen Strukturen beeinträchtigen. Die zuwendungsfähigen Gesamtkosten betragen 537.000 EUR, demzufolge wurden EFRE-Mittel i.H.v. 402.000 EUR bewilligt.

3. Prenzlau - Straße Uckerpromenade

Zur Attraktivitätssteigerung und zur Verbesserung der Verbindung zwischen der Stadt und dem Unteruckersee soll ein Teil der Straße Uckerpromenade grundhaft erneuert werden. Hierzu gehören auch die Erneuerung der Regenentwässerung und der Bau eines Sandfangs zur Verbesserung der Wasserqualität des Sees. Das Vorhaben ist Teil der mittelfristig geplanten umfassenden Neugestaltung des Norduferbereichs. Ziel der Maßnahmen ist es, den Uferbereich als Anziehungspunkt für Touristen und Bewohner weiterzuentwickeln. Die weiteren Abschnitte des Straßenzuges werden bzw. wurden mit Hilfe der nationalen Städtebauförderung fertig gestellt. Hierzu werden der seeseitige Radweg und der vorhandene, marode Straßenbelag der Promenade beseitigt. Der dann zur Verfügung stehende Raum wird für eine 6,00 m breite Straße genutzt, die zukünftig für den Rad- und Kraftfahrzeugverkehr gemeinsam genutzt wird. Der nicht mehr für die Nutzung benötigte Raum wird der vorhandenen Grünfläche zugeordnet und begrünt. Die Fußgänger nutzen einen bereits vorhandenen separaten Weg.

Die hier zu erreichende Verbesserung der städtischen Verkehrsverhältnisse im Zusammenhang mit der angestrebten Standortaufwertung und Umweltverbesserung gehört zum Handlungsfeld

2.3. Für die Durchführung der Maßnahme wurden zuwendungsfähige Kosten i.H.v.342.000 EUR festgestellt und entsprechend wurden der Stadt 256.000 EUR EFRE-Mittel bewilligt.

3.4.2. Wesentliche aufgetretene Probleme und getroffenen Abhilfemaßnahmen

Im ersten Halbjahr standen die Abstimmungsprozesse zur Vorbereitung der neuen Förderrichtlinien bzw. – programme im Vordergrund. Im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung ist im Rahmen der Förderrichtlinie auch die Vergabe von Darlehen vorgesehen. Im Jahr 2008 haben intensive Vorbereitungen und Abstimmungen u.a. auch mit der EU-KOM zur Einrichtung eines Stadtentwicklungsfonds stattgefunden. Der Stadtentwicklungsfonds soll im 1.Halbjahr 2009 starten. Mit dem Jahresbericht 2009 wird darüber berichtet werden. Wesentliche Probleme sind nicht aufgetreten.

4. Großprojekte

Im Jahr 2008 gab es weder Anträge gem. Art. 40 der VO (EG) Nr. 1083/2006 an die GD Regio zur Förderung noch Entscheidungen seitens der EU-Kommission gem. Art 41. Das in der indikativen Großprojektliste vorgesehene FuE-Vorhaben der Conergy AG wird nicht realisiert, so dass dies von der Liste genommen wurde.

Im Jahr 2008 wurde der Großprojektantrag für das Vorhaben der ECO-Strom Plus GmbH Chemie intensiv vorbereitet. Es handelt sich um die Errichtung einer Bioethanolanlage durch ein KMU. Die Kosten-Nutzen-Analyse wurde extern vergeben.

5. Technische Hilfe

Im Jahr 2008 wurde die Technische Hilfe EFRE für die Finanzierung von Projekten, Evaluationen, Informations- und Publizitätsmaßnahmen sowie für Personal- und Weiterbildungskosten eingesetzt. Im Einzelnen gehören dazu Maßnahmen wie die Durchführung der Ex-post-Bewertung, die Durchführung von Modellstudien zur Entwicklung einer regional- und schulbezogenen Medienentwicklungsplanung, der Erwerb eines Software-Programms für die Durchführung von mathematisch-statistischen Stichprobenziehungen sowie Personal- und Weiterbildungskosten für Mitarbeiter der Verwaltungsbehörde, der Prüfbehörde und der Bescheinigungsbehörde. Der prozentuale Anteil der Technischen Hilfe EFRE, der in 2008 gebunden wurde beträgt 5,4 %, derjenige, der in 2008 verausgabt wurde, 0,6 %. Damit wurden bisher insgesamt 10,7 % der Mittel aus der Technischen Hilfe gebunden. Die Planung für die nächsten Jahre lässt eine starke Erhöhung der Mittelbindung erwarten.

Beispiele

1. Mit der Durchführung der Ex-post-Bewertung des Operationellen Programms Ziel-1 EFRE des Landes Brandenburg der Förderperiode 2000-2006 gemäß Art 43 VO (EG) Nr. 1260/1999 vom 21. Juni 1999 wurde am 24.11.2008 begonnen. Die Ex-post-Bewertung soll im Ergebnis Aufschluss über die Verwendung der Mittel, die Wirksamkeit und Effizienz der Interventionen und ihre Auswirkungen geben, damit daraus Lehren für die Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts gezogen werden können. Sie bezieht sich auf die Faktoren, die für den Erfolg oder Misserfolg der Durchführung verantwortlich sind. Die Bewertung der Ergebnisse und Wirkungen der einzelnen Maßnahmen des OP EFRE lehnen sich methodisch an die Halbzeitbewertung und deren Aktualisierung an, um eine sinnvolle Kontinuität in der Bewertung zu errei-

chen und damit zusammenfassende Aussagen für den gesamten Zeitraum von 2000-2006 zu ermöglichen. In der Ex-Post-Bewertung werden alle verfügbaren Informationen zur Bewertung der Erfolge und Wirkungen von Maßnahmen des OP Teil EFRE in Bezug auf die Ziele und Zielvorgaben analysiert und beurteilt. Es werden die Auswirkungen auf die im Artikel 158 des EG-Vertrages genannten Ziele, insbesondere der Beitrag des EFRE in Brandenburg auf die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Gemeinschaft aufgezeigt. Ebenso wird der Grad der Inanspruchnahme der Mittel, die Wirksamkeit und Effizienz der Programmplanung sowie die sozioökonomischen Auswirkungen der Fondstätigkeit und die Auswirkungen auf die Prioritäten der Gemeinschaft überprüft. Außerdem wird die Wirksamkeit der Anpassung der Förderschwerpunkte und des Förderinstrumentariums an die sozioökonomische Entwicklung sowie die Effizienz des Verwaltungs- und Kontrollsystems beleuchtet.

II. Die Modellstudien zur Entwicklung einer regional- und schulbezogenen Medienentwicklungsplanung für die Beispielregionen Barnim und Uckermark dienen der zielgerichteten Ergänzung der IT-Ausstattungen der Schulen. Auf diese Weise soll gerade in den gymnasialen Oberstufen die Möglichkeit eröffnet werden, stärker IT-gestütztes Lernen in diesem Bereich zu realisieren und damit den Anteil der jungen Menschen mit Studienberechtigung deutlich zu steigern. Dafür wurden in den Musterregionen Barnim und Uckermark Studien in Auftrag gegeben, die richtungsweisende Modelle zur Durchführung von Ausstattungskonzepten an Schulen zur Versorgung mit IT-Technik sowie deren Verteilung, Wartung und Pflege darstellen sollen. Die Studien berücksichtigen angemessen die unterschiedlichen Siedlungsstrukturen des Landes Brandenburg, nämlich extrem dünne Besiedlung z.B. im Landkreis Uckermark und stark verdichtete Besiedlung z.B. im Süden des Landkreises Barnim. Dadurch können die Ergebnisse der Studien auf die übrigen Regionen des Landes Brandenburg, unter Berücksichtigung regionaler Anpassungen übertragen werden. Die Arbeiten zu den Modellstudien wurde 2008 begonnen und abgeschlossen.

III. Das Software-Programm für die Durchführung von mathematisch-statistischen Stichprobenziehungen wurde 2008 erworben. Mit diesem Programm ist es der Prüfbehörde möglich, Art 17 Abs. 1 der VO (EG) Nr. 1828/2006 angemessen umzusetzen. Es ermöglicht der Prüfbehörde EFRE Stichprobenziehungen nach dem MUS-Verfahren (Monetary Unit Sampling - Verfahren), welches von der EU-Kommission in einem Leitfaden vorgestellt wurde sowie von ihr selbst und von dem Europäischen Rechnungshof angewendet wird.

*IV. Darüber hinaus wurden Mittel bereitgestellt für die Konzeption eines Landespräsentations-
tools Brandenburgs sowie für mehrjährige Informations- und Publizitätsmaßnahmen über die
unter dem Punkt Information und Publizität ausführlich informiert wird.*

Zur Erfüllung der Aufgaben im Rahmen des EFRE werden hohe Anforderungen an die Mitarbeiter der
Verwaltungsbehörde, Prüfbehörde und Bescheinigungsbehörde gestellt. Um eine ausreichende Quali-
fizierung der Mitarbeiter zu gewährleisten, sind regelmäßige Weiterbildungsmaßnahmen zwingend not-
wendig, die 2008 auch dementsprechend durchgeführt wurden.

"Erhöhung der Wirksamkeit von EFRE-Interventionen in den Regionalen Wachstumsker- nen"

*Die Unterstützung von 15 sog. Regionalen Wachstumskernen³⁰ (RWK, Standorten mit über-
durchschnittlichen wirtschaftlichen und/oder wissenschaftlichen Potenzialen) ist seit dem Jahr
2005 die übergeordnete räumliche Entwicklungsstrategie des Landes Brandenburg. Sie ist auch
im Operationellen Programm für den EFRE verankert.*

*Deshalb führt das MW mit Mitteln der Technischen Hilfe das Vorhaben "Erhöhung der Wirk-
samkeit von EFRE-Interventionen in den RWK" mittels Umsetzung und Weiterentwicklung der
von den RWK aufgestellten Standortentwicklungskonzepte sowie effizienter Strukturen im Be-
reich der regionalen Wirtschaftsförderung durch. Das Vorhaben hat am 19. Dezember 2007 be-
gonnen (Zeitpunkt der Mittelzusage durch die EFRE-Verwaltungsbehörde). Es endet am 31.
Dezember 2010.*

*Im Rahmen des Vorhabens wurde im Jahr 2008 durch das MW begonnen, u.a. Einzelmaßnah-
men aus folgenden Bereichen in und mit den RWK umzusetzen:*

- Weiterentwicklung der Standortentwicklungskonzepte der regionalen Wachstumskerne*
- Stärkung der im EFRE OP verankerten Branchenkompetenzfelder durch eine weitere
Vor-Ort-Profilierung der ausgewiesenen Kompetenzfelder*
- Unterstützung der RWK-Wirtschaftsförderer bei der Gewinnung von Informationen, die
zu einem effizienten Einsatz von EFRE-Mitteln beitragen.*

*Im Mai 2008 ist nach einem Vergabeverfahren eine Regiestelle eingesetzt worden, die den Pro-
zess organisatorisch koordiniert und die RWK bei der Umsetzung der Einzelmaßnahmen unter-*

³⁰ Siehe Karte 1 Übersicht über die Regionalen Wachstumskerne

stützt. Regiestelle ist die Ernst Basler + Partner GmbH. Am 20. Mai 2008 wurden die RWK über die erfolgte Beauftragung der Regiestelle informiert. Am 3. Juni 2008 hat die Regiestelle den RWK die für die Einreichung von Maßnahmenvorschlägen zu verwendenden Unterlagen übersandt und zum Verfahren informiert. Im Rahmen eines Workshops am 9. Juli 2008 in Potsdam erfolgte das erste Treffen der RWK-Vertreter mit dem MW und der Regiestelle, das der Information und Diskussion zum vorgesehenen Verfahren im Projekt diente. Am 4. November 2008 folgte ein zweites Treffen der RWK-Vertreter mit dem MW und der Regiestelle sowie Vertretern der GA-Netzwerkmanagements in Luckenwalde. Dieses diente auch der Information zum aktuellen Projektstand und der Vorstellung des ersten Newsletters zum Projekt.

Die Regiestelle hat im Jahr 2008 mit allen 15 RWK bilaterale Auftaktgespräche zur thematischen Grundausrichtung sowie zum zu erwartenden Maßnahmenportfolios geführt. Bis Jahresende sind durch das MW sechs Startermaßnahmen beauftragt bzw. ausgeschrieben worden. Das zeigt, dass das Vorhaben von den Regionalen Wachstumskernen gut angenommen worden ist. Durch die Vorarbeiten des Jahres 2008 werden im Jahr 2009 für fast alle RWK Maßnahmen im Rahmen des Vorhabens durchgeführt werden können.

6. Information und Öffentlichkeitsarbeit

Hinweis:

Eine Unterteilung der Öffentlichkeitsarbeit zum EFRE nach Förderperioden erfolgt nicht. Diese Unterteilung wäre aufgrund der Überschneidung der Förderperioden nicht sinnvoll. Bei der Veröffentlichung von Informationen zum EFRE und zu Förderbeispielen wird auf die unterschiedlichen Förderperioden hingewiesen.

1) Kommunikationsplan

Anfang des Jahres 2008 wurde der in 2007 erstellte Kommunikationsplan bei der EU-Kommission eingereicht und nach kleinen Änderungen angenommen.

Die InvestitionsBank des Landes Brandenburg (ILB) unterstützt seit Mitte des vergangenen Jahres verstärkt die Verwaltungsbehörde bei der Umsetzung des Kommunikationsplans auf der Grundlage des 2007 geschlossenen Rahmenvertrages. Aufgaben und Verfahren wurden in einer Verwaltungsvereinbarung festgelegt. Zuständig in der ILB ist das Referat 201 „Unternehmensstrategie und Kommunikation“.

2) Internetauftritt

Auch im Berichtszeitraum wurde der Internetauftritt weiter ausgebaut. Bestehende Seiten wurden aktualisiert, neue Seiten kamen hinzu. Die wichtigste neue Seite ist www.efre.brandenburg.de/kommunikation. Hier können sich die Nutzer über die Pflichten und Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit informieren, außerdem ist nun an dieser Stelle das Brandenburger Begünstigtenverzeichnis zu finden.

3) Größere Informationsaktion

Im Februar 2008 begannen die Vorbereitungen für die größere Informationsaktion 2008. Geplant war eine Sonderbeilage in den drei großen Zeitungen des Landes: Märkische Allgemeine Zeitung, Märkische Oderzeitung und Lausitzer Rundschau. Gemeinsam decken diese Zeitungen das gesamte Land Brandenburg mit ihren Verbreitungsgebieten ab. Die Beilage wurde nicht als Werbung, sondern als redaktioneller Beitrag angelegt. Das bedeutet, dass sie in ihrem Erscheinungsbild der jeweiligen Zeitung folgen musste.

Da bisher noch nie eine Sonderbeilage in allen drei Zeitungen gleichzeitig erschienen war, mussten die Chefredakteure von Wirtschaftsminister Junghanns von diesem Vorhaben überzeugt werden.

Für die Beilage wurden aus dem Fundus bereits realisierter Projekte der vergangenen Jahre mehr als 40 Projekte ausgewählt. Die Journalisten der Zeitungen recherchierten die Geschichten hinter den Projekten in ihrem jeweiligen Verbreitungsgebiet. Die Redaktionen tauschten die Artikel gegenseitig aus und passten sie ihrem Format an.

Es erschienen am 17. Oktober 2008 in allen drei Zeitungen Sonderbeilagen, jede mit einem eigenen Titelbild, einer textgleichen Einführung (Grußwort, Erläuterungen zum EFRE und zur ILB) und einer Übersichtskarte über die vorgestellten Projekte. Die vorgestellten Projekte setzten regional unterschiedliche Akzente, waren aber zu 90 % gleich.

Über die Effekte der Beilage gibt es leider keine Auswertungen, da die Zeitungen diese bei ihren Lesern nicht erfragen. Es ist aber davon auszugehen, dass sehr viele Menschen in Brandenburg die Beilage lesen konnten. Durch die Bandbreite der vorgestellten Projekte – von Unternehmensförderung über Forschung und Bildung bis zu Stadtentwicklung und Kultur – wurde ein großer Adressatenkreis angesprochen.

4) Sonderbeilage in der Zeitschrift „Wirtschaft und Markt“

Eine wichtige Maßnahme zur Information potentieller ZuwendungsempfängerInnen war eine Beilage in der Zeitschrift „Wirtschaft und Markt“. Ein aus dem EFRE-kofinanzierten Impulsprogramm des Landes Brandenburg gefördertes Netzwerk initiierte eine Sonderbeilage zum Thema Corporate Social Responsibility. Das Projekt CeSaR wurde vorgestellt, unter anderem gab es zu jedem beteiligten Unternehmen ein Porträt. Diese Chance wurde zur EFRE-Kommunikation genutzt. Dargestellt wurde eine kurze Einführung zum EFRE und dem Einsatz im Land Brandenburg, der EFRE-kofinanzierte Technologietransfer wurde vorgestellt und es gab eine Übersicht zu EFRE ko-finanzierten Förderprogrammen, die für den Unternehmensbereich wichtig sind.

5) RegioStars Award 2009

Die Verwaltungsbehörde reichte in 2008 zum ersten Mal ein EFRE-gefördertes Projekt zum RegioStars Award ein. Der „Integrierte Wissenschaftsstandort Potsdam-Golm“ wurde in den vergangenen zehn Jahren mit erheblichen öffentlichen Fördermitteln geschaffen. Im Ergebnis dieser Anstrengungen hat sich der Standort Golm mit seinem Mix aus universitärer Lehre und Forschung, außeruniversitärer Forschung und Existenzgründungen/Firmenansiedlungen einen exzellenten Ruf über die Landesgrenzen hinaus erworben.

Die Unterlagen wurden von der ILB in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Potsdam und der Verwaltungsbehörde EFRE erarbeitet. Mit diesem Projekt kam Brandenburg unter die Finalisten des Wettbewerbs. Die Nominierung erfuhr in den Medien eine erhöhte Aufmerksamkeit, da die Preisverleihung im Februar 2009 in einer gemeinsamen Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums, der ILB und der

Stadt Potsdam angekündigt worden war. Es gab zudem einen Bildbeitrag dazu in den Nachrichten des regionalen Fernsehsenders Rundfunk Berlin Brandenburg (RBB).

6) Zusammenarbeit auf Bundesebene

Im Jahr 2007 hatte das Bundeswirtschaftsministerium angeregt, einen Erfahrungsaustausch der EFRE-Publizitätsbeauftragten der Länder einzuführen. Da in mehreren Bundesländern die EFRE- und ESF-Öffentlichkeitsarbeit in Personalunion erfolgt, wurde der Erfahrungsaustausch auf den ESF und die Bundesprogramme ausgedehnt. Im Berichtsjahr fanden zwei Treffen statt, auf denen nicht nur die Aktivitäten der Bundesländer vorgestellt wurden, sondern auch zu den Netzwerktreffen auf der europäischen Ebene berichtet wurde (z.B. INFORM-Treffen).

Im Juni besuchten die Teilnehmer des Erfahrungsaustausches die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland (Berlin). Hier äußerten die Teilnehmer den Wunsch nach Unterstützung durch die EU-Kommission beim Umgang mit dem Thema Evaluation und Indikatoren bei der Öffentlichkeitsarbeit. Dieser fand seine Realisierung beim zweitägigen Treffen im November. Der am ersten Tag stattfindende Erfahrungsaustausch wurde mit einem Seminar kombiniert, auf der Kommissionsvertreter Hinweise zur Umsetzung der Kommunikationspläne und Evaluation gaben.

Ein gelungenes Beispiel für die Zusammenarbeit auf der Bundesebene ist die länder- und fondsübergreifende Broschüre, in der pro Bundesland ein EFRE- und ein ESF-gefördertes Projekt vorgestellt werden. Der EFRE Brandenburg war hier mit dem Golmer Investitions- und Gründerzentrum GO:IN (Potsdam) vertreten.

7) Intranet

Um die Mitarbeiter/innen des Wirtschaftsministeriums besser über die mit dem EFRE im Zusammenhang stehenden Regularien und Zuständigkeiten zu informieren, wurde im ministeriumseigenen Intranet ein eigener Auftritt gestaltet, der die öffentlich zugänglichen Seiten des Internetauftrittes www.efre.brandenburg.de ergänzt. Hier können z.B. EFRE-Textbausteine für Richtlinien oder andere Arbeitsdokumente heruntergeladen werden.

8) Arbeitskreis Publizität

Im Berichtsjahr wurden sechs Sitzungen des Arbeitskreises Publizität abgehalten. An den Sitzungen des landesinternen Arbeitskreises nehmen üblicherweise die Vertreter/innen aller Verwaltungsbehörden, der Koordinierungsstelle der Staatskanzlei, der Europapolitischen Kommunikation der Staatskanzlei und der Öffentlichkeitsarbeit einzelner Ressorts teil. Im Arbeitskreis werden fondsübergreifende Projekte der Öffentlichkeitsarbeit geplant und deren Effekte besprochen. Die Verwaltungsbehörden nutzen

das Gremium, um einander über ihre fondsspezifischen Öffentlichkeitsarbeitsmaßnahmen zu informieren und gegebenenfalls Synergieeffekte zu nutzen. Im Berichtsjahr stimmte der Arbeitskreis vor allem die fondsübergreifenden Projekte Pressefrühstück, Broschüre und Befragung ab. Außerdem wurden die Aktivitäten zum Brandenburger Tag abgesprochen. An diesem Tag präsentiert die Koordinierungsstelle stellvertretend für alle Fonds die EU-Förderung den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Brandenburg. Es wurden Give Aways verteilt und Printmaterialien angeboten.

9) Fondsübergreifendes Pressefrühstück

In der Europawoche 2008 lud der Regierungssprecher die Medien des Landes zum Pressefrühstück. Thema war „Wettbewerbsfähigkeit stärken – Strukturen entwickeln – Fachkräfte sichern“. Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns, Sozialministerin Dagmar Ziegler, Umweltstaatssekretär Dietmar Schulze und der Europastaatssekretär Dr. Harms präsentierten die wichtigsten Ergebnisse der EU-(Struktur-) Fondsförderung seit 2000.

Diese Veranstaltung erzeugte ein großes Medienecho, sie fand in Nachrichtensendungen des Sender Rundfunk Berlin Brandenburg (RBB) Erwähnung.

10) Fondsübergreifende Befragung

Im Kommunikationsplan wurde festgelegt, zur Bestimmung des Bekanntheitsgrades am Anfang der Förderperiode eine Befragung der Bevölkerung und der Unternehmen durchzuführen. Wegen der Synergieeffekte einigten sich die brandenburgischen Verwaltungsbehörden von EFRE, ESF und ELER sowie der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA auf eine fondsübergreifende Umfrage.

Die Auftragnehmerin CONVIS Consult und Management (in Zusammenarbeit mit der Humboldtuniversität zu Berlin) führte die Befragung im Juni durch. Rund 1.000 Privatpersonen und 500 Unternehmen wurden befragt.

In der folgenden Tabelle ist eine kurze Zusammenstellung wichtiger Ergebnisse zum EFRE dargestellt.

	<i>Bevölkerungsbefragung</i>	<i>Unternehmensbefragung</i>
Befragte	1.089 Personen	528 Unternehmen
Einstellung gegenüber der EU		
positiv	54 %	43 %
weder noch	30 %	38 %
negativ	16 %	20 %
Wissen, dass Brandenburg finanzielle Unterstützung von der EU erhält	74 %	89 %
Brandenburg braucht EU-Mittel	89 %	95 %
Brandenburg profitiert von EU-	86 %	88 %

Mitteln		
EFRE bekannt (dem Namen nach)	54 %	66 %
Fühlen sich gut informiert	nur 25 %	nur 28 %
Wichtige Informationsquellen	1. Fernsehen 2. Regionale Zeitungen 3. Radio 4. Internet (für Jugendliche bis 25 J. wichtigste Quelle)	1. Internet 2. Beratungsstellen 3. Veranstaltungen/Messen 4. Spezialveröffentlichungen (Broschüren/Faltblätter)
Beratungsstelle bekannt	entfällt	
ILB		93 %
LASA		63 %
ZAB		53 %

Die Befragung wird in der Mitte und am Ende der Förderperiode wiederholt.

11) Fondsübergreifende Broschüre

Zur Information der Brandenburger Bevölkerung, aber auch der Multiplikatoren und (potentiellen) Zuwendungsempfänger/innen wurde eine fondsübergreifende Broschüre erstellt. Sie beinhaltet Informationen zu allen drei EU-Fonds einschließlich ETZ. Jeder Fonds wird mit seinen Zielen und Inhalten vorgestellt, zwei Beispiele illustrieren die Theorie.

12) EFRE-Workshop zur Öffentlichkeitsarbeit 2008

Einmal im Jahr veranstaltet die EFRE-Verwaltungsbehörde gemeinsam mit der ILB einen Workshop mit den EFRE-Referenten der Ressorts und den zuständigen Öffentlichkeitsarbeitern sowie einem Vertreter der ZAB. Vorgestellt wurden die bereits durchgeführten Publizitätsmaßnahmen, die Ergebnisse der Befragung, es gab einen Vortrag einer Werbeagentur zum Thema: Zukunftsinvestition „Imagekampagne“ sowie erste Überlegungen zur für 2009 geplanten Informationskampagne zum EFRE in Brandenburg. Alle Beteiligten waren aufgefordert, ihre eigenen für das folgende Jahr geplanten Maßnahmen vorzustellen.

13) Verzeichnis der Begünstigten

Das Begünstigtenverzeichnis 2008 ist über folgenden Link erreichbar:

<http://www.efre.brandenburg.de/kommunikation>.

14) Indikatoren für Kommunikationsmaßnahmen

a) Printmedien, Veranstaltungen und Pressearbeit

Maßnahme	Quantitative Ergebnisindikatoren der		Quotienten zur Bewertung der Ergebnisindikatoren
	Realisierung	Wirkung	
<i>Printmedien</i>	<i>Auflage Kosten</i>	<i>Verteilte Exemplare</i>	<i>1) Verteilungsquotient 2) Kontaktkostenquotient*</i>
Broschüre Langfassung OP (siehe auch Downloads)	100 0,00 EUR	95	1) 0,95 2) nicht berechenbar
Broschüre Kurzfassung OP, 1. Auflage	500 2.711,68	500	1) 1 2) 5,42 EUR / verteiltes Exemplar
Broschüre Kurzfassung OP, 2. Auflage (siehe auch Downloads)	2.000 3.200 EUR	871	1) 0,44 2) 0,27 EUR / verteiltes Exemplar
Faltblatt EFRE 2007-2013, 1. Auflage	500 349,86	500	1) 1 2) 0,70 EUR/verteilttes Exemplar
Faltblatt EFRE 2007-2013, 2. Auflage	600 273 EUR	346	1) 0,58 2) 0,79 EUR /verteilttes Exemplar
Faltblatt EU-Fonds 2007-2013	3.000 1.464,08 EUR	3.000	1) 1 2) 0,49 EUR /verteilttes Exemplar
Broschüre „Investition in Ihre Zukunft“	10.000 13.204 EUR	6.880	1) 0,69 2) 1,92 EUR /verteilttes Exemplar
EFRE-Fotokalender 2008	1.000 31.009,01 EUR	1.000	1) 1 2) 31 EUR / verteiltes Exemplar
EFRE-Sonderbeilage in MAZ, MOZ und LR	450.000 (Exemplare, ca. 1 Mio. Leser) 88.090,85 EUR	Nicht erhebbar	Nicht direkt berechenbar 0,20 EUR / erstelltem Exemplar
Sonderbeilage in „Wirtschaft und Markt“	8.000 4.373,25 EUR	Nicht erhebbar	Nicht direkt errechenbar 0,55 EUR / erstelltem Exemplar
<i>Veranstaltungen</i>	<i>Kosten</i>	<i>Zahl der Besucher</i>	<i>Kontaktkostenquotient</i>
Brandenburg-Tag	1.550 EUR (nur für Stand der EU-Fonds im Zelt der Landesregierung)	4.000 (im Zelt der Landesregierung)	0,39 EUR / Besucher

<i>Pressemitteilung</i>	<i>Anz. erstellte PM</i>	<i>Anz. veröffentl. Artikel; Sendungen im Radio o. Fernsehen</i>	<i>Erfolgsquotient (Anzahl PM zu Artikeln)</i>
Gemeinsame PM MW, MASGF, MLUV, Stk zu Pressefrühstück	1	9 1 (TV)	0,1
MW, VB EFRE (Bilanz 2007, Halbjahresbilanz 2008) gemeinsam mit ILB	2	6	0,3
Stk (Vorstellung neuer Broschüre)	1	1	1

* Der im Kommunikationsplan angegebene Indikator „Erreichungsquotient“ hat sich als nicht berechenbar erwiesen und wird deshalb nicht mehr aufgeführt.

b) Indikatoren zum Internetauftritt

Internetauftritt www.efre.brandenburg.de	Ergebnisindikatoren	
<i>Seiten</i>	<i>Anzahl Besucher</i>	
	<i>2007</i>	<i>2008</i>
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)	5.585	9.445
davon direkt über www.efre.brandenburg.de	1.408	3.723
Wichtige Dokumente 2007-2013	2.196	2.224
Überblick über die EFRE-Förderung 2007-2013	1.732	2.513
Erstellung des Operationellen Programms 2007-2013 (EFRE)	1.111	1.141
Wichtige Links zu EFRE- bzw. EU-Themen	466	798
Glossar	-	794
EFRE-Auftaktveranstaltung für die Förderperiode 2007 bis 2013	346	k.A.
Seiten mit Überblick zu den vier Schwerpunkten 2007 bis 2013		
SP 1	95	1.404
SP 2	95	1.168
SP 3	99	1.194
SP 4	90	1.147
<i>Dokumente</i>	<i>Anzahl der Downloads</i>	
	<i>2007</i>	<i>2008</i>
Projektauswahlkriterien	-	620
Begünstigtenverzeichnis	-	150
OP EFRE (verschiedene Entwürfe)	1.341	400
OP EFRE (genehmigt)	641	2.077
SUP EFRE	569	236

Sozioökonomische Analyse	569	250
Anlagen zur Sozioökonomischen Analyse	145	117
Handlungsempfehlungen zum Einsatz der Strukturfonds 2007-2013	426	-
Kurzfassung OP (Broschüre)	234	950
Ex-Ante-Bewertung	223	-
Durchführungsverordnung	154	185
Allgemeine Verordnung	135	126
EFRE-Verordnung	134	147
Materialien zur Auftaktveranstaltung (z.B. Vorträge)	je zwischen 70 und 90	je zwischen 120 und 160

c) Übersicht über weitere durchgeführte Maßnahmen wie Veranstaltungen / Tagungen / Vorträge (Beispiele)

Termin	Art der Veranstaltung	Thema	Zielgruppe*	Verantwortlich**
11.03.2008	Infoveranstaltung für Straßenbauverwaltung und VN-Prüfstelle	Hinweise zur Förderung von Landesstraßen, Abwicklung des Fördergeschäfts, besondere Bestimmungen und VN-Prüfung	ZG 2 - 3	MIR
16.04.2008	Informationsveranstaltung des MLUV anlässlich des Tages gegen Lärm	Fachgespräch zur Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie	ZG 2 - 3	MLUV
08.05.2008	Europa-Radtour Neuruppin	ca. 300 Radfahrer (vorwiegend junge Teilnehmer) besuchen EU-geförderte Projekte	ZG 1	Stk
16.06.2008	Nachhaltige Stadtentwicklung - Auftaktveranstaltung	Vorstellung der aus dem EFRE finanzierten Richtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung	ZG 2 - 4	MIR
23.06.2008	Informationsveranstaltung des Hauptverbandes für den Ausbau der Infrastrukturen in den neuen Bundesländern (INF-RANEU)	Zugang zu den Förderprogrammen der EU in Brandenburg und Berlin	ZG 2 - 3	VB EFRE
27./28.06.2008	Deutsche Unternehmer- und Gründertage (DeGUT)	Messe/Seminare für Gründer	ZG 2	MW
09.07.2008	Workshop im Rahmen des Projektes "Erhöhung der Wirksamkeit von EFRE-Interventionen in den RWK"	Vorstellung der Regiestelle, Stand des Projekts, Maßnahmenpektrum und Verfahren	ZG 2 - 3	MW
05. - 07.09.2008	Brandenburg-Tag (Fest für alle BürgerInnen Brandenburgs)	u.a Vorstellung der EU-Fonds mit einem eigenen Stand	ZG 1	Stk
15.10.2008	Nachhaltige Stadtentwicklung - KMU Workshop	Vorstellung der in die Richtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung eingebundenen KMU-	ZG 2	MIR

		Förderung		
04.11.2008	Workshop im Rahmen des Projektes "Erhöhung der Wirksamkeit von EFRE-Interventionen in den RWK"	u.a. inhaltlicher Austausch zwischen RWK-Vertretern und GANetzwerkmanagern, Unterstützung des Marketings der RWK durch die Landesregierung bzw. die ZAB	ZG 2 - 3	MW
26.11.2008	Auftaktveranstaltung „Medienentwicklungsplanung an Schulen mit gymnasialer Oberstufe“	Vorstellung der neuen Richtlinie	ZG 2 - 3	MBJS
mehrere	Informationsveranstaltungen	Modalitäten der Richtlinie „Entwicklungs- und Modellvorhaben im Bildungsbereich“	ZG 2 und ZG 3	MBJS
mehrere	Workshops, Veranstaltungen	Informationen zu Modalitäten der Geodateninfrastrukturrichtlinie	ZG 2 - 3	MI
mehrere	Führungen, Versammlungen und Tagungen im Länderinstitut für Bienenkunde (LIB)	Verschiedene Themen, immer auch Hinweise auf die EFRE-finanzierten Baumaßnahmen	ZG 1	MLUV/LI B
mehrere	Projektfortschritte im Beisein von Ministern oder Staatssekretär	Übergabe von Zuwendungsbescheiden Grundsteinlegungen Richtfeste Einweihungen	ZG 1 und ZG 4	MIR, MWFK
mehrere	Vorträge	Erläuterung zum/Werbung für den Risikokapitalfonds	ZG 2 – 3	MW, Brandenburg Capital (BC)
22.12.2008	Feierliche Übergabe der Elbebrücke bei Mühlberg (besonders bedeutendes Projekt im Landesstraßenbauprogramm)	Beisein von Minister Dellmann	ZG 1 und ZG 4	MIR

d) Übersicht über weitere Publikationen, Pressearbeit und Give Aways

Titel	Verantwortlich	Auflage/Verteilung
Faltblatt „EFRE-Förderung zum Aufbau der Geodateninfrastruktur“	MI/LGB	3.000 Stück, auch als Download verfügbar
Flyer/Karten zur Bewerbung der DeGUT	ILB	
Broschüre „Wirtschaftsförderung im Land Brandenburg“	MW	4.000 Exemplare, auch als Download verfügbar
MIR-Aktuell 2.2008 Titelthema „Mobilität in Brandenburg – Mobilität für alle: Für die	MIR	Einige Berichte über EFRE-geförderte Projekte oder Programme enthalten;

Menschen, für die Wirtschaft.“		
Geschäftsbericht der ILB 2007	ILB	2.000 Stück als Broschüre, auch als Download; u.a. EFRE-geförderte Beispiele enthalten
„Brandenburger Metamorphosen“ (Informationen über geförderte Kulturprojekte)	MWFK	9.700 Stück
Förderfibel Landwirtschaft und Umwelt; Wegweiser zu den Programmen in Brandenburg (Richtlinie Umweltschutz, Agrarforschung und Einsatz von EFRE-Mitteln)	MLUV	3.000 Stück
Give-Aways mit dem Aufdruck www.eu-foerderung.brandenburg.de	Stk	50 Regenschirme (41 verteilt, davon 2008: 8), 500 Schlüsselanhänger (356 verteilt, davon 2008: 164), 500 Kugelschreiber (462 verteilt, davon 2008: 193), 500 Baumwolltaschen (295 verteilt, davon 2008: 195)
Pressemitteilungen zu Projekten anlässlich erreichter Meilensteine und zu Förderrichtlinien	MIR	22 Mitteilungen; außerdem Presseankündigungen zu geplanten Baumaßnahmen des Landesstraßenbauprogramms
Pressemitteilungen zu Projekten anlässlich erreichter Meilensteine und zu Förderrichtlinien	MWFK	14 Mitteilungen
Pressemitteilungen zu Projekten anlässlich erreichter Meilensteine und zu Förderrichtlinien	MW	4 Mitteilungen
Pressemitteilungen zu Projekten anlässlich erreichter Meilensteine und zu Förderrichtlinien	MI	1 Mitteilung
Pressemitteilungen zu Projekten anlässlich erreichter Meilensteine und zu Förderrichtlinien	MLUV	2 Mitteilungen
Pressemitteilungen zu Projekten anlässlich erreichter Meilensteine und zu Förderrichtlinien	MBSJ	1 Mitteilung
Newsletter zu Projekt „Erhöhung der Wirksamkeit von EFRE-Interventionen in	MW	Elektronische Verbreitung

den RWK“		
Newsletter zu DeGUT und Businessplanwettbewerb (bpw)	ILB	Elektronische Verbreitung
Newsletter zu Gründungsnews	MW	Elektronische Verbreitung

e) Übersicht über weitere Internetseiten zum Thema EFRE bzw. EFRE-geförderten Projekten in der Verantwortung der Landesregierung (ausgewählte Beispiele)

Informationen zu/zum/zur	Verantwortlich	URL
Richtlinien und Antragsmodalitäten	ILB	www.ilb.de
EU-Förderung im Land Brandenburg	Stk	www.eu-foerderung.brandenburg.de
Gründen im Land Brandenburg	MW, Ref. 22	www.gruendungsnetz-brandenburg.de
Projekt „Erhöhung der Wirksamkeit von EFRE-Interventionen in den RWK“	MW, Ref. 10	http://www.ebp.de/geschaeftsbereiche/infrastrukturplanung/projekte/262/
Deutsche Unternehmer- und Gründertage	MW, Ref. 22 / ILB	www.deGUT.de
Aufbau der Geodateninfrastruktur	MI	http://gdi.berlin-brandenburg.de/efre.php

Zielgruppen laut Kommunikationsplan

- ZG1 Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg
- ZG2 Zuwendungsempfänger und potentielle Zuwendungsempfänger (Endbegünstigte und pot. Begünstigte): Unternehmen, Kommunen, andere öffentliche Einrichtungen, etc.
- ZG3 Multiplikatoren: Einrichtungen, die mit potentiell Begünstigten im Kontakt stehen (nationale, regionale und lokale Behörden, ZAB, Mitglieder des OP- Begleitausschusses, Industrie- und Berufsverbände, Wirtschafts- und Sozialpartner, Nichtregierungsorganisationen, Europa- Informationszentren und Vertretungen der Kommission in den Mitgliedstaaten, Einrichtungen/Institute für Querschnittsziele)
- ZG4 Medienvertreter
- ZG5 Partner: Ministerien und Bewilligungsbehörde ILB
- ZG6 EU-Kommission, Abgeordnete

Abkürzung der Verantwortlichen

- VB EFRE Verwaltungsbehörde EFRE
- MIR Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung
- Stk Staatskanzlei
- MWFK Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
- MBSJ Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
- MLUV Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz
- MI Ministerium des Innern
- ILB InvestitionsBank des Landes Brandenburg
- LGB Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg